Nr. 120. 26. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur Geschichte der Reichsgründung.

Nach der großen Niederlage Frankreichs im Jahre 1870/71 kannte der Uebermut der „nationalen" deutschen Presse keine Grenzen mehr. Eine Menge von „Siegeslümmeln" trieb in diesen Blättern ihr Unwesen. Diese Leute konnten sich mit dem Siege selbst nicht begnügen und betrieben gewerbsmäßig die brutale Verhöhnung und Beschimpfung der Besiegten. Allerdings war ihnen dabei ein deutscher Professor der Aesthetik, der bekannte Vischer, mit gutem Beispiel vorangegangen, indem er den Franzosen zugerufen hatte: „Euch unverschämter Nation sollte man die Finger zusammenschnüren, daß Euch das Blut aus den Nägeln spritzt!" Die einzige Entschuldigung für diese Rasereien war der allgemeine Glaube, daß die Franzosen den Krieg brutal vom Zaun gebrochen hätten, während man heute weiß, daß der zum Kriege gar nicht genügend gerüstete Napoleon III. durch Bismarcks diplomatisches Spiel zum Losschlagen getrieben wurde, was bei der Nationaleitelkeit der herrschenden Klassen Frankreichs nicht allzu schwer war.

Bis zum Ekel wurde in der „nationalen" Presse das Schlagwort abgewandelt, daß die Franzosen „eine verkommene Nation" seien. Darüber ergrimmte Herr Heinrich Bordier, Bibliothekar an der großen Bibliothek der Rue Richelieu in Paris, und gab aus den von der späteren republikanischen Regierung untersuchten Papieren Napoleons III. eine Auslese deutscher Bettelbriefe heraus, die an den gekrönten Abenteurer gerichtet worden waren. Das Buch, betitelt „Deutschland in den Tuilerien", sollte eine Antwort sein auf eine Depesche Bismarcks, die dieser im Dezember 1871 an den preußischen Gesandten in Paris gerichtet hatte, und in der es hieß, in Frankreich „sei das Rechtsgefühl sogar in denjenigen Kreisen, wo man doch vorzüglich Freunde der politischen Ordnung und der Gerechtigkeit erwartet, vollständig erloschen", während ein sehr hoher Grad „sittlicher Erziehung, sowie das Gefühl des Rechts und der Ehre" dem deutschen Volke eigentümlich sei.

Das Werk Bordiers wurde unter dem Titel „Briefe deutscher Bettelpatrioten an Louis Bonaparte" von Bernhard Becker ins Deutsche übertragen und mit Erklärungen versehen. Diese Uebertragung erschien 1872 im Verlag von W. Bracke in Braunschweig.

Es war ein sehr empfindlicher Schlag, den Bordier geführt hatte, denn es befanden sich sehr viele angesehene Deutsche unter den „Bettelpatrioten" und es erscholl ein Ach- und Wehegeschrei durch ganz Deutschland. Die Tuilerienbettler hatten von Napoleon III. Geld, Orden, Aemter usw. verlangt und ihm mit gereimten und ungereimten Schmeicheleien gehuldigt, während die meisten von ihnen nach dem Kriege wieder Franzosenfresserei trieben. Die Arbeiterklasse hatte sich von dieser Schmutzerei ferngehalten; nur ein Brief einer Wiener Arbeiterin aus dem Jahre 1859 fand sich vor, die den Kaiser bat, doch keinen Krieg anzufangen, ein Brief, welcher der Verfasserin alle Ehre macht. Die Bettelpatrioten gehörten durchweg den herrschenden und Mittelklassen an. Bordier sagt, er habe viele Bettelbriefe weggelassen. Becker bemerkt, daß auch der früher bekannte, in Leipzig wohnhafte Dichter Müller von der Werra nicht angeführt sei, der 1856 Napoleon einen Band Gedichte gewidmet und dafür eine goldene Schnupftabaksdose erhalten habe. In dem Band war auch ein Glückwunschgedicht zur Geburt des Prinzen Lulu enthalten, das in der zweiten Auflage weggelassen wurde, aber aus Versehen im Register stehen blieb.

Nun stellt sich aber heraus, daß Napoleon schon vor dem Kriege seine Korrespondenz mit Deutschland gesichtet und die wichtigsten Papiere in Sicherheit zu bringen versucht hat, wenn anders der Professor Ruville in Halle recht behält, dem man gestattet hat, in die Akten des bayerischen Staatsarchivs Einblicke zu nehmen. Das Werk ist noch nicht erschienen, aber die Verlagshandlung (Hermann Walther in Berlin) hat einem Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung" aus seinem Inhalt einiges mitgeteilt, das interessant genug ist, um schon jetzt zu einer kleinen historischen Betrachtung herangezogen zu werden.

Daß Wilhelm I. lieber ein großes Preußen, in dem Deutschland aufgegangen, gehabt hätte als das Deutsche Reich in seiner jetzigen Föderativgestalt, ist bekannt; es entsprach dies den Anschauungen des alten preußischen Junkertums, wie sie schon 1848 zutage getreten waren. Auch der Großherzog von Baden wünschte „einen festeren Zusammenschluß" der deutschen Staaten. Einen um so hartnäckigeren Widerstand fand darum die Kaiseridee bei den anderen süddeutschen Regierungen, in Bayern, Württemberg und Hessen, und 1869 schien es, als ob die Zustimmung zur Errichtung eines neuen großen Reiches von dieser Seite überhaupt nicht zu erlangen sei.

Bismarck, der „Handlanger", der sich für die Errichtung eines neuen deutschen Kaisertums einsetzte, kam nun während des deutsch-französischen Krieges, wie Professor Ruville entdeckt hat, in die Lage, einen Zufall für seine Pläne mit Erfolg benutzen zu können. Napoleons Polizeiminister Rouher, auch Vizekaiser genannt, hatte es unternommen, die wichtigsten Papiere aus Napoleons Korrespondenz mit Deutschland in Sicherheit zu bringen. Er verbarg sie mit vielen anderen Papieren in dem Schlößchen Cerçay bei Paris. Als Paris von den deutschen Truppen belagert wurde, fiel ihnen diese Korrespondenz in die Hände. Sie wurde an Bismarck abgeliefert, der sie sehr streng geheim hielt, auch vor dem König. Da fand er, immer nach Ruville, Briefe süddeutscher Minister an den Kaiser Napoleon, die für die Verfasser sehr kompromittierend waren. Namentlich der bayerische Minister Graf Bray wollte den Anschluß Bayerns hartnäckig verhindern, aber wenn auch Ludwig II. sich für das Kaisertum ausgesprochen hatte, so wollte doch auch er keine Zugeständnisse machen, welche die bisherige Selbständigkeit Bayerns eingeschränkt hätten. Und hinter dem Grafen Bray stand Bismarcks alter Gegner, der österreichische Kanzler Beust! Von Sachsen ist nicht die Rede; es können demnach als weitere süddeutsche Minister, die mit Napoleon über die deutsche Frage korrespondiert haben sollen, nur Varnbüler in Württemberg und Dalwigk in Hessen-Darmstadt in Betracht kommen. Indessen ward Varnbüler im August 1870 schon aus seinem Amt entlassen, während die deutschen Heere erst später vor Paris erschienen, um die Mitte September.

Nachdem Bismarck die aufgefundene Korrespondenz durchforscht, machte er, wie Ruville berichtet, sogleich Gebrauch davon. Bis im September 1870 hinein hatte Ludwig II. von Bayern, obschon er die Kaiseridee öffentlich unterstützte, soviel Vorbehalte gemacht, daß, wie ein deutscher Historiker sagt, „Bayern ebensogut außerhalb des Bundes verbleiben, als mit solchen Klauseln eintreten konnte". Aber Ende September, etwa 14 Tage nachdem die deutschen Truppen vor Paris angelangt, reiste Delbrück nach München ab, und von da ab beginnt das Zurückweichen des Grafen Bray. Zwar gab es bei dem Ende Oktober in Versailles stattfindenden Verhandlungen Stockungen und Schwankungen, aber Ende November war man im reinen.

Graf Bray wurde nachher zum bayerischen Gesandten in Wien ernannt; Dalwigk mußte auf besonderes Verlangen der preußischen Regierung zurücktreten.

Wenn sich das alles so verhält, dann ist der letzte Rest von romantischem Schimmer, der sich noch an die Reichsgründung geknüpft, völlig hinweggewischt. Das Werk des „Handlangers" Bismarck sinkt bedeutend an historischem Wert, denn es war nicht Bismarcks diplomatische Geschicklichkeit, sondern ein zufälliger Fund, der die Hauptschwierigkeiten aus dem Wege geräumt hat.

Bismarck hat über den Fund geschwiegen; er hat auch später seine Kollegen aus der Diplomatie nicht bloßgestellt. Dagegen hat er später behauptet, die „Frankfurter Zeitung" stände im Solde Frankreichs, was eine gehässige Verleumdung war, und sein Leiborgan hat das gleiche von einem süddeutschen demokratischen Abgeordneten behauptet, ohne den Schatten eines Beweises beibringen zu können.

Aus dem Ruhmeskranze des „Herkules des Jahrhunderts" fällt ein Blatt nach dem anderen herunter.

Bergarbeitertrutz im Dreiklassenhause.

Am Dienstag wurde in dritter Lesung das Berggesetz gegen die Stimmen der Polen und Sozialdemokraten angenommen. Auch das Zentrum hatte sich schließlich nach einigem Sperren zu dem Kompromiß bereit finden lassen, das die Berggewaltigen durch die Vertreter der Konservativen und Nationalliberalen angeboten hatten. Herr Giesberts verteidigte dieses Kompromiß gegenüber dem Genossen Leinert damit, daß das Zentrum eben mit soviel an Verbesserungen habe fürlieb nehmen müssen, als ihm geboten worden sei. Wenn ein Artikel in sozialdemokratischen Blättern behaupte, daß das Zentrum die Interessen der Arbeiter verraten und sich leichtherzig auf den Schacher mit den Konservativen und Nationalliberalen eingelassen habe, so verkenne dieser Artikel, daß dem Zentrum eben jede Macht fehle, seinen Willen bei der Majorität der Bergarbeiterfeinde durchzusetzen.

Diese Verteidigung der Haltung des Zentrums war nichts als eine klägliche Ausrede. Denn wenn das Zentrum tatsächlich energisch für die Interessen der Bergarbeiter eingetreten wäre und den Konservativen und Nationalliberalen erklärt hätte, daß es nur unter ganz bestimmten Bedingungen für das Berggesetz stimmen werde, so hätte es zweifellos weit mehr für die Bergarbeiter durchsetzen können, als die armseligen Konzessionen, zu denen sich die Bergherren endlich haben bereit finden lassen. Die Sache ist aber einfach die, daß das Zentrum gar nicht die Absicht hat, sich energisch für die Interessen der Bergarbeiter ins Zeug zu legen. Das trat bei den letzten Abstimmungen ganz unverkennbar hervor. Schon bei der zweiten Lesung war die Zahl der anwesenden Zentrumsabgeordneten eine außerordentlich geringe, so daß es der ebenfalls nur schwach vertretenen Rechten möglich war, auch die Zentrumsanträge mit Leichtigkeit niederzustimmen. Das gleiche klägliche Schauspiel wiederholte sich bei der entscheidenden dritten Lesung. Angeblich hat das Zentrum ein Zirkular an alle seine Mitglieder versendet, worin die Anwesenheit der Mitglieder bei der dritten Lesung des Berggesetzes zur Pflicht gemacht wurde. Wenn trotzdem kaum der dritte oder vierte Teil der Zentrumsmitglieder anwesend war, so ist das ein Beweis für die unerhörte Gleichgültigkeit, die die Zentrumspartei einem so eminent wichtigen Gesetz gegenüber an den Tag legte! Das Zentrum posiert eben nur Arbeiterfreundlichkeit! Die ihm angehörenden paar Arbeitervertreter und Sozialpolitiker markieren eine intensive Arbeiterfreundlichkeit; wenn es aber gilt, durch die Abstimmung für die Forderungen auch nur des Zentrums selbst einzutreten, so schwänzt die Mehrheit der Zentrumsfraktion die entscheidende Sitzung und leistet dadurch den Bestrebungen des Scharfmachertums, sogar die vom Zentrum selbst gestellten Forderungen zu durchkreuzen, in sträflichster Weise Vorschub! Es ist nur der Gleichgültigkeit des Zentrums selbst zuzuschreiben, daß das Berggesetz so kläglich ausgefallen ist, daß es den Arbeitern nur Steine statt Brot bietet!

Was vom Zentrum gilt, gilt, wie wir kürzlich bereits auseinandersetzten, auch vom Freisinn. An dieser Tatsache wird nicht das geringste dadurch geändert, daß das politisch jugendfrischeste Mitglied des Freisinns, Herr Albert Träger, am Dienstag eine schneidige Philippika gegen den Machtkoller des Grubenkapitals hielt. Herr Träger war, wie so oft, nur wieder einmal vorgeschickt worden, um die völlige Gleichgültigkeit des Freisinns auch gegenüber dem Arbeiterschutz zu maskieren. Für die sozialdemokratische Partei vertrat noch einmal in einer energischen Rede Genosse Leinert den Standpunkt unserer Fraktion. Genosse Leinert rechnete dabei gründlich mit Herrn Beumer und dem Bergherrentum ab und zeigte an der Geschichte preußischer Minister, speziell der Herren Brefeld und Berlepsch, wie das Grubenkapital von jeher erfolgreich in Ministerstürzerei gemacht hat. Wenn Herr v. Delbrück diesmal noch dem Sturz entgangen sei, so nur dadurch, weil er sich auf das eifrigste bemüht hat, durch die Gestaltung der Berggesetznovelle die Seelen der Grubenherren zu gewinnen.

Die indirekten Steuern in der Finanzkommission.

Wenn es sich um die Belastung der breiten Massen handelt, dann schreiten die Arbeiten der Finanzkommission rüstig fort. Bei der Beratung der Brausteuer führte eigentlich bloß der § 6 des Gesetzes, der die Steuerstaffeln enthält, zu etwas lebhaften Auseinandersetzungen. Differenzen bestanden darüber, ob es zweckmäßig sei, eine ganze Reihe von Steuerstaffeln zu schaffen, oder sich mit den vier Staffeln der Regierungsvorlage zu begnügen. Nicht darum drehte es sich bei diesen Differenzen, die Steuer etwa möglichst wenig fühlbar zu machen, sondern darum, die Steuer möglichst restlos auf die Verbraucher abzuwälzen.

In diesem edlen Wettstreit trug die Regierungsvorlage den Sieg davon. Abg. Frhr. v. Gamp, der sich offenbar kein Gesetz ohne Liebesgabe denken kann, trat für eine Kontingentierung der Bierbereitung ein und verlangte außerdem, daß bei genossenschaftlichen Brauereien, die entstanden sind durch Zusammenlegung kleinerer Brauereien, die niedrigsten Steuersätze erhoben werden. Diesen agrarischen Sonderwünschen trat Genosse Stücklen lebhaft entgegen: Die Kontingentierung ist eine ganz rückständige Maßnahme, die die freie Konkurrenz ausschaltet und dadurch die Gastwirte in völlige Abhängigkeit von den Brauereien bringt. Bei der Zusammenlegung kleinerer Brauereien zu einer einzigen größeren kann keine Rede sein von einem genossenschaftlichen Betrieb. Deshalb ist auch eine steuerliche Bevorzugung in keiner Weise gerechtfertigt.

Endlich hielt es auch die Regierung für angebracht zu erklären, daß sie für die Kontingentierung nicht zu haben sei, worauf Herr v. Gamp seine Anträge zurückzog.

Zu einer kleinen Kontroverse kam es noch bei Artikel IV, der die Biersteuer, die von den Gemeinden erhoben wird, auf 65 Pf. pro Hektoliter Bier im Höchstbetrage festsetzt.

Die Sozialdemokraten beantragten, Absatz 5 zu streichen, in dem bestimmt wird, daß Gemeinden, die eine höhere Biersteuer erheben, diese weiter erheben dürfen. Den Antrag begründete Genosse Stücklen mit dem Hinweis auf die enorm hohen Biersteuern einzelner Gemeinden.

Der Antrag wurde angenommen und wenn nun das Plenum nicht wieder einen Strich durch die Rechnung macht, dann müssen die Gemeinden ihre hohen Biersteuern beseitigen. Ein Versuch der Nationalliberalen, die Kontingentierung auf fünf Jahre festzusetzen, mißlang, nachdem Abg. Südekum dagegen gesprochen hatte.

Die Beratung ist damit erledigt, eine Abstimmung fand nicht statt.

Wir lassen nachstehend den Sitzungsbericht folgen.

Die Beratung der Brausteuer wird bei § 6, der die Staffelung der Steuer enthält, fortgesetzt. Dazu liegen eine Menge Anträge vor, die die Steuer teilweise bis auf 22 M. pro Doppelzentner hinauftreiben. Die höchste Staffel würde innerhalb der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft 54 Brauereien treffen.

Abg. **Gröber** (Z.) hält die Staffelung für nötig **im Interesse** der Erhaltung der kleinen und kleinsten Brauereien.

Abg. **Fuhrmann** vertritt dieselbe Ansicht.

Abg. **v. Gamp** erblickt in der hohen Staffelung **einen Ausgleich** für die höhere Leistungsfähigkeit der Großbrauereien. Die Mittelbetriebe nehmen eine eigenartige Stellung ein, weil sie alle technischen Einrichtungen der Großbetriebe haben. Die Kleinbetriebe helfen sich dadurch, daß sie schlechtere Gerste verwenden. Die Höchststaffel von 22 M. ist **notwendig, wenn die geforderten 100 Millionen Mark erzielt werden sollen.**

Abg. Dr. Roesicke konstatiert, daß man die Staffelung gestalten könne, wie man wolle, auf Widerspruch werde man immer stoßen. Der einzige wirksame Schutz für die kleineren und mittleren Brauereien ist die Kontingentierung, für die aber leider kaum eine Mehrheit zu finden ist.

Schatzsekretär Sydow wünscht, daß die Staffel nicht zu lang gestaltet wird. Das erschwert die Abwälzung. Für die Regierung kommt es in der Hauptsache darauf an, daß die 100 Millionen Mark mehr aus der Biersteuer herausgezogen werden. Am günstigsten ist noch immer die Regierungsvorlage, die auf Grund genauer Berechnungen aufgestellt ist.

Abg. v. Gamp tritt noch einmal für eine stärkere Belastung der Großbrauereien ein.

Abg. Mommsen (freis.): Die ganze Staffel ist ein Sprung ins Dunkle. Kein Mensch kann wissen, wie diese Staffelung wirkt. Je größer die Spannung zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Satz der Staffelung ist, desto schwieriger ist die Abwälzung. Die Möglichkeit der Abwälzung ist für die Freisinnigen die Hauptsache.

Abg. Kreth stellt den Antrag, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Bei der Abstimmung wird die Regierungsvorlage angenommen. Danach beträgt die Steuer

von den ersten	250	Doppelzentnern	14	M.
„ „ folgenden	1250	„	15	„
„ „ „	1500	„	16	„
„ „ „	2000	„	18	„
„ dem Rest			20	„

Brauereien, die im Durchschnitt der Jahre 1906—1908 weniger als 150 Doppelzentner Malz verbraucht haben, zahlen, solange sie dieses Quantum nicht überschreiten, 10 M. pro Doppelzentner.

Für Malz, das zur Bereitung von Essig Verwendung findet, werden nur drei Zehntel der Steuersätze erhoben.

Brauereien, die ein und demselben Besitzer gehören, gelten als ein Betrieb, wenn sie nicht mehr als 10 Kilometer voneinander entfernt sind.

Die Nationalliberalen beantragen, solche Brauereien als einen Betrieb zu betrachten, die ein wirtschaftliches Ganzes bilden. Es soll auf diese Weise verhütet werden, daß die Großbrauereien Filialen errichten, die dann als selbständige, gesonderte Betriebe eine geringere Steuer bezahlen würden, als wenn die ganzen Filialen als ein gemeinsamer Betrieb betrachtet werden.

Von konservativer Seite wird eine Streichung beantragt, die in der Praxis bedeuten würde, daß mehrere Brauereien, die für Rechnung ein und derselben Person oder Gesellschaft betrieben werden, als ein einheitlicher Brauereibetrieb anzusehen sind. Dieser Antrag entspringt der bekannten Feindschaft der Konservativen gegen das industrielle Großkapital.

Nach langer Debatte werden die Abänderungsanträge abgelehnt.

Abg. v. Gamp spricht nunmehr für die Kontingentierung, die er für nötig hält im Interesse der Kleinbrauereien. Ein anderer Weg wäre der, wenn man kleinere Brauereien zu Genossenschaften zusammenschließen und ihnen gestatten würde, den niedrigsten Steuersatz zu zahlen. Redner begründet dann einen Antrag, nach dem alle Brauereien, die nach dem 1. Oktober 1909 betriebsfertig werden, 20 M. Steuer zu entrichten haben.

Geheimrat Reinboth tritt diesen Ansichten entgegen. Sobald sich kleine Brauereien zu einem großen Betrieb zusammenschließen, fällt jeder Anlaß fort, sie besonders zu begünstigen, denn sie stehen dann einem großen Betriebe wirtschaftlich gleich.

Abg. Dr. Lehnter wendet sich gegen die Kontingentierung.

Abg. Stücklen betont, daß gar kein Anlaß vorliege, genossenschaftlichen Brauereien eine andere steuerliche Behandlung zuteil werden zu lassen. Das widerspricht dem Abs. 4 des § 6 des Gesetzes. Sobald eine Anzahl Brauereibesitzer zusammentreten und ihre Betriebe zu einer Genossenschaft vereinigen, ist an Stelle einer Anzahl kleiner oder mittlerer Brauereien einfach ein nach kapitalistischen Prinzipien betriebener Großbetrieb getreten. Mit welchem Recht will man sich herausnehmen, einen solchen Betrieb günstiger zu stellen als wie andere Betriebe? Mit aller Schärfe muß aber gegen die Kontingentierung protestiert werden. In diesem System schlummert eine Liebesgabe für Bierbrauereien. Zudem haben sich viele Brauereien gegen die Kontingentierung erklärt. Ganz besonders schlimm muß die Kontingentierung auf die Gastwirte wirken, die damit der Brauerei, mit der sie gerade in Verbindung stehen, auf Gnade und Ungnade überliefert werden. Ein Wechsel im Bezug des Bieres würde geradezu unmöglich gemacht. Glaubt man wirklich, mit dieser Art der Gesetzgebung die Kleinbrauereien schützen zu können? Die Brauerei drängt immer mehr auf den großkapitalistischen Betrieb hin. Die Großbrauerei sichert sich den Absatz des Bieres durch Erwerb von Schanklokalen und durch Beschaffung von Hypotheken auf Gastwirtschaften. Das kann der kleine Bierbrauer nicht, dazu fehlt ihm das Kapital. Die Kontingentierung bedeutet aber weiter eine völlig unberechtigte Erschwerung der Produktion, für die wir auf keinen Fall eintreten können. Warum äußert sich die Regierung nicht zur Frage der Kontingentierung? Wir lehnen die konservativen Anträge ab.

Abg. Mommsen (freis.) wendet sich ebenfalls gegen die Kontingentierung.

Ministerialdirektor Dr. Kühn erklärt, daß die Regierung gegen eine Kontingentierung schwere Bedenken habe und nicht dafür eintreten könne.

Nach unwesentlicher Debatte zieht Abg. v. Gamp seine Anträge zurück.

Nach der Mittagspause gab es noch eine kurze Diskussion bei Artikel IV, der den Höchstbetrag der von den Gemeinden zu erhebenden Biersteuer auf 65 Pf. pro Hektoliter festsetzt. Gemeinden, die bereits eine höhere Biersteuer erheben, sollen diese beibehalten dürfen.

Abg. Stücklen beantragt, letzteren Passus zu streichen. Die Brausteuer verteuert das Bier bereits um 3—4 Pf. pro Liter, unter diesen Umständen muß verhütet werden, daß auch die Gemeinden noch hohe Steuern erheben. In Thüringen gibt es Gemeinden, die 2—3 M., Zella St. Blasii sogar 4 M. pro Hektoliter erheben. Das darf auf keinen Fall mehr geduldet werden.

Abg. Dr. Pichler (Z.) bestreitet, daß der Liter Bier um 3—4 Pfennig verteuert wird, sondern höchstens um 1¾ Pf.

Der sozialdemokratische Antrag wird sodann angenommen.

Die Nationalliberalen beantragen, dem Artikel IV einen Absatz 3 hinzuzufügen, wonach neue Brauereien in den ersten 5 Jahren 22 M. Steuer bezahlen sollen.

Abg. Dr. Südekum bekämpft den Antrag, der eine Beeinträchtigung der Gewerbefreiheit bedeute. Es würde lediglich die Errichtung kleiner und mittlerer Brauereien verhindert.

Der nationalliberale Antrag wurde abgelehnt.

Eine kleine Unterhaltung entspann sich dann noch über den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes.

Schatzsekretär Sydow meinte, das Gesetz könne am 1. Juli in Kraft treten.

Abg. Südekum erklärte, daß dies absolut unmöglich sei, sobald die Steuern durch ein Mantelgesetz verbunden werden. Ein Zurückdatieren des Gesetzes ist nicht gut denkbar.

Schließlich einigte man sich dahin, einen bestimmten Termin nicht festzusetzen und zu bestimmen, daß die Vorschriften betr. die Gemeinden am 1. April 1910 in Kraft treten sollen.

Damit ist die Beratung erledigt, eine Abstimmung findet nicht statt.

* * *

Die Banderolesteuer aufgeflogen.

Zum Schluß der Sitzung kam es noch zu einem sensationellen Zwischenfall. Obwohl es bereits ¼6 Uhr war und eine ganze Menge Anträge dem Vorsitzenden lediglich handschriftlich vorlagen, versuchte es die Mehrheit durchzusetzen, daß noch in die Beratung der Tabaksteuervorlage eingetreten wurde. — Zunächst lag ein Antrag Kreth vor, der die abgelehnte Banderolesteuer zur Grundlage hatte und aus dem Tabak eine Mehreinnahme von 72 Millionen Mark herausziehen wollte. Kreth verzichtete auf eine Begründung, die dem Protokoll beigegeben werden soll. Schatzsekretär Sydow erklärte kurz, daß ihm der Antrag Kreth sehr sympathisch sei und daß er sich vorbehalte, im Laufe der Beratungen darauf zurückzukommen.

Abg. Geyer wies darauf hin, daß nach allgemeiner Auffassung die Banderole mit ihrer Ablehnung in erster Lesung als abgetan gelten müßte. Dies wurde vom Abg. Dr. Spahn (Z.) bestätigt. Man habe allgemein angenommen, daß die Regierung darauf nicht zurückkommen könne. Bei der unmittelbar darauf folgenden Abstimmung wurde die Banderole abgelehnt. Dafür stimmten bloß Konservative, Freikonservative und der Antisemit Böhme.

Ueber den Verlauf der weiteren Verhandlungen geht uns folgender Bericht zu:

Auf Antrag Gröber wird eine Generaldebatte über das Prinzip der Besteuerung des Tabaks eröffnet. In der Vorlage ist bekanntlich der Wertzollzuschlag beschlossen. Dazu liegt der bekannte Antrag Weber-Mommsen vor, der eine Erhöhung des Gewichtszolles und der Inlandssteuer auf Tabak nach dem bisherigen System will. Mommsen begründet den Antrag. — Der Schatzsekretär Sydow erklärt: Der Wertzollzuschlag sei der Regierung lieber als die Erhöhung des Gewichtszolles. Der Wertzollzuschlag bringe mit der Zunahme des Konsums und mit der Verfeinerung des Geschmackes steigendere Einnahmen.

Abg. Kreth ersuchte, den Antrag Weber-Mommsen abzulehnen.

Abg. Molkenbuhr sagte, die Argumente für die Erhöhung des Wertzolles seien nicht besser wie die für die Erhöhung des Gewichtszolles. Die Belastung der Tabakindustrie wirke unsozial nach jeder Richtung, besonders zu ungunsten der Arbeiter. Die Erfassung des Wertes des Rohtabaks sei bei den öfteren Schwankungen der Tabakpreise außerordentlich schwer. Aber gerade infolge dieser Schwankungen werde der Fabrikant, der aus dritter und vierter Hand kaufen müsse, außerordentlich hart getroffen. Die kleinen Unternehmer würden ruiniert. Geschähe das, dann könne man mit Leichtigkeit auf das Monopol hinaussteuern. Deshalb sei auch der Regierung der Wertzuschlag lieber als die Gewichtszollerhöhung. — Abg. Erzberger führte für den Wertzoll einen gegen den Antrag Weber-Mommsen im „Leipziger Tageblatt" gerichteten Artikel an. — Die freisinnigen Abgeordneten Wiemer und Hormann sprachen für den Antrag Weber-Mommsen. Der badische Bundesratsbevollmächtigte Scherer erklärte sich dagegen für den Wertzoll.

Der Antisemit Böhme erklärte, seine Fraktion sei in der Frage der Tabakbesteuerung geteilt; er selbst sei auch gegen jede höhere Steuer, aber um den Zwiespalt in seiner Fraktion zum Ausdruck zu bringen, stimme er für die höhere Steuer.

Es wurde, da Schluß der Generaldebatte eintrat, der Antrag Weber-Mommsen abgelehnt. Es bleibt also die Vorlage der ersten Lesung der Kommission bestehen.

Mittwoch, den 26. Mai, beginnt die Spezialberatung über diese Vorlage.

Der Kampf ums letzte Fünftel.

Am 22. Mai hat in Duisburg eine freisinnige Versammlung getagt, in der der große Stratege der Freisinnigen Volkspartei, Herr Rektor Kopsch, über die Stellung des Freisinns zur Reichsfinanzreform sprach. Nach Zeitungsberichten erklärte er es für eine „nationale" Aufgabe, die Finanzreform unter allen Umständen auf der Grundlage der Regierungsvorlage (400 Millionen indirekter Steuern und 100 Millioner sogen. „Besitzsteuern") zustande zu bringen und dauernd die Finanzen damit zu sanieren. Kopsch predigte unter Ausfällen gegen die Konservativen Kampf gegen Rechts und Links in gleichem Schritt und Tritt mit den Nationalliberalen; doch wolle er, daß der Block erhalten bleibt.

Die Stellungnahme des Herrn Kopsch überrascht uns keineswegs, da wir wiederholt betont haben, daß der Freisinn längst willens ist, entgegen seinem Eisenacher Programm die geforderten 400 Millionen Mark Verbrauchssteuern zu bewilligen und Bier, Branntwein, Tabak, Kaffee, Zündhölzchen verteuern zu helfen. Bei dem heute zwischen Konservativen, Nationalliberalen und Freisinn geführten Steuerkampf handelt es sich, mag jede dieser Parteien noch so viel über liberale oder konservative Grundsätze reden und vom „Wohl des Vaterlandes", „Allgemeinwohl", „Wohlfahrt des deutschen Volkes", „vaterländische Interessen" usw. schwatzen, um nichts anderes als um die rohe, nackte Interessenfrage, welche der wohlhabenden Schichten am meisten zu den 100 Millionen Besitzsteuern beitragen soll. Den unbemittelten Volksklassen 400 Millionen Mark neuer Steuern aufzuladen, darin sind sich alle einig: die Deutschkonservativen wie die Reichsparteiler, die Nationalliberalen wie die Freisinnigen, und selbst das Zentrum, diese „wahrhafte Volkspartei", findet es ganz angebracht, wenn dem Volke die schon heute enorm hoch im Preise stehenden Lebens- und Genußmittel noch mehr verteuert werden. Der „stupiden Masse" kann man es ja bieten.

Aber wer in erster Reihe die übrigen 100 Millionen Mark aufbringen soll, das ist für alle diese „Vertreter des deutschen Volkes" ohne Unterschied der Parteirichtungen eine sehr wichtige Frage. Die Großagrarier möchten diese hundert Millionen Mark durch solche Steuern gedeckt wissen, die vor allem die Banken und Börsen, die großen Terraingesellschaften und Terrainspekulanten oder auch die Wertpapierbesitzer und Großindustriellen zu bezahlen haben; die Freisinnigen und Nationalliberalen wollen dagegen diese Kapitalistengruppen möglichst geschont wissen und dem großen Grundbesitz den Hauptteil an den 100 Millionen zuschieben.

Um diese Verteilung handelt es sich in dem ganzen Kampfe der zurzeit zwischen den staatserhaltenden Parteien ausgefochten wird. Deshalb haben auch den Liberalismus die konservativen Steueranträge so erbittert. Während die liberale Presse die Belastung der Lebens- und Genußmittel für unvermeidlich im nationalen Interesse erklärt; während sie für die Zehntausende von Tabakarbeitern, deren wirtschaftliche Existenz durch die geplante Tabaksteuer vernichtet wird, bisher nichts übrig hatte und über die Verteuerung des Kaffees der armen Fabrikarbeiterin und Näherin durch die projektierte Kaffeezollerhöhung mit ein paar Phrasen hinwegging, veröffentlicht sie jetzt Tag um Tag flammende Entrüstungsartikel gegen die Wertzuwachssteuer und die Besteuerung der Wertpapiere, durch die, wie sie behauptet, nicht nur der kleine Handwerker, sondern auch der arme Arbeiter, der sich einige hundert Mark erspart hat, aufs schwerste bedroht wird. So schreibt z. B. die „Voss. Ztg.":

„Ein armer Teufel hat sich sein Lebenlang hart gemüht, hat gedarbt und gespart, um im Alter nicht dem Hunger preisgegeben zu sein, um auch seine Familie nicht in schlimmster Not zurückzulassen. Er hat seine paar hundert oder tausend Mark in Pfandbriefen angelegt. Alsbald kommt die konservativ-klerikale Mehrheit und nimmt ihm eine „Besitzsteuer" ab. Oder hat er gar für seine Spargroschen Aktien gekauft, dann zahlt er noch höhere „Besitzsteuer", obwohl er keine Ahnung gehabt hat, daß er zu den „besitzenden Klassen" gehört. Wer spart, muß zahlen, das ist die Moral des Besitzsteuerantrages; es wird von Reichs wegen eine Strafe auf Sparsamkeit gesetzt, ganz gleich, wie wenig man auch zurückzulegen vermocht hat. Der Beamte, der Handwerker, der Arbeiter, jeder wird der Steuer unterworfen. Denn jedem wird vorgeredet, daß es die Börse sei, die besteuert wird. Man nimmt ja die Besitzsteuer nicht unmittelbar von dem Besitzer, sondern von dem „Aussteller" der Wertpapiere. Der muß sie nach Maßgabe des Jahresdurchschnittskurses an den Fiskus entrichten und hat sie dann von den Zinsen und Dividenden zu kürzen. Aber er selbst trägt die Steuer doch nur in dem Falle, daß er die Wertpapiere im Schranke hat, und zwar nicht bloß als Bewahrer, sondern als Besitzer. In allen anderen Fällen hat der „Aussteller" die Steuer nur auszulegen und dann abzuwälzen. Zu tragen hat sie auch der Mann, der wegen geringen Einkommens von der Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer befreit ist. Man betrachtet es als einen Segen, wenn ein großer Teil der ärmeren Bevölkerung die öffentlichen Sparkassen benutzt und, sobald einige hundert Mark zusammen sind, dafür Stadtobligationen gekauft werden. Geschieht das, flugs ist auch der Fiskus da und erhebt seine „Besitzsteuer". Diese Steuer müssen also auch diejenigen tragen, die schon von den Verbrauchsabgaben ganz vorzugsweise getroffen werden."

Der letzte Satz, daß durch die Verbrauchsabgaben ganz vorzugsweise die Unbemittelten getroffen werden, ist zweifellos richtig. Dieser Satz ist aber auch so ziemlich das einzig Richtige an dem Artikel; sonst erhält er zumeist nur grobe Uebertreibungen. Der kleine Handwerker und der Arbeiter legen ihr Geld nicht in Spekulationspapieren an. Sind sie wirklich in der Lage etwas zu erübrigen, so tragen sie ihr Erspartes nach der Sparkasse oder kaufen höchstenfalls dafür Staatspapiere. Solche Papiere aber bleiben steuerfrei. Und selbst, wenn der Arbeiter, wie die „Voss. Ztg." annimmt, Stadtobligationen oder andere deutsche festverzinsliche Anleihepapiere kauft, soll er nur 1 M. von 1000 M. zahlen. Ausländische Eisenbahnaktien und andere ähnliche Wertpapiere kauft aber der deutsche Arbeiter nicht, auch nicht der kleine Handwerker. Jedenfalls wird er durch die geplanten indirekten Steuern weit, weit höher belastet, als jemals durch alle Wertzuwachs- und Kotierungssteuern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Mai 1909.

Herrenhäusliches Allerlei.

Die kleine Korona älterer Herren, die das gesetzgeberische Pflichtgefühl dem prachtvollen Frühlingswetter zum Trotz in das Lordspalais vis-a-vis Wertheim gezogen hatte, unterhielten sich am Dienstag mit der schönen Gelassenheit, die aus behaglicher Existenz und gutem Frühstück zu entspringen pflegt, über allerhand, teils interessante, meist uninteressante Fragen, die irgendwie mit dem Etat in Verbindung standen. Man sprach über Aufforstungen, über die Erhaltung des Grunewalds, und hielt sich, nachdem man so dem Allgemeinwohl einen bescheidenen Tribut abgestattet hatte, für berechtigt, mit der tiefen Gründlichkeit deutschen Gemüts über das Elchwild und sonstige vierbeinige Zeitgenossen zu philosophieren. Die heranrückende Stunde des Soupers setzte endlich den Offenbarungen urteutonischen Tiefsinns ein Ende. Am Mittwoch denken die Pairs von Preußen weiter im Schweiße ihres erlauchten Antlitzes mit Gott für König und Vaterland zu arbeiten. —

Die Konferenzen im Reichsschatzamt.

Wir haben schon gestern in unserem kurzen Bericht über die Konferenz, die am Montag im Reichsschatzamt getagt hat, bezweifelt, daß die Meldung der Scherlpresse richtig sei, die Vertreter der Banken hätten selbst eine Dividendensteuer vorgeschlagen. Von anderen mit der Bankfinanz enge Fühlung unterhaltenden Blättern wird denn auch die Meldung des „Lokal-Anzeiger" entschieden bestritten. Das „Berl. Tageblatt" schreibt:

„Ein Berliner Blatt, das unter der Maske der Parteilosigkeit seit einigen Wochen die Geschäfte der konservativen Steuerverweigerer besorgt und eine einseitig agrarische, berlinfeindliche und volksfeindliche Politik betreibt, hat gemeldet, es sei aus den Reihen der Bankiers, die an der Konferenz teilgenommen, „eine neue Art von Steuern, und zwar eine Dividendensteuer, an Stelle der konservativen Wertzuwachssteuer vorgeschlagen worden." Diese Mitteilung ist, wie erst kaum gesagt zu werden braucht, erfunden — und zwar erfunden zu dem Zweck, die bei den Agrariern so beliebte Idee der Dividendensteuer zu lancieren und sie als die Idee der Finanzkreise oder doch der an der Konferenz beteiligten Finanziers hinzustellen. In Wahrheit ist in der gestrigen Konferenz die Frage der Dividendensteuer keineswegs von den Vertretern der Finanzwelt, sondern von den Vertretern der Regierung vorgebracht worden, und die anwesenden Sachverständigen haben sich natürlich gehütet, ihre Zustimmung zu diesem Vorschlage zu äußern. Nachdem von seiten der Regierung zu erkennen gegeben worden war, daß die Regierung das in der Kommission angenommene Projekt des Herrn v. Richthofen, und speziell die Kotierungssteuer auf Wertpapiere, vorläufig für inakzeptabel halte, wurden — immer von seiten der Regierung — verschiedene Steuerarten erwähnt, die eventuell geeignet sein könnten, die Lücke auszufüllen. Unter diesen Steuerarten, über deren Ausführbarkeit die Regierung offenbar die Ansicht der Sachverständigen zu hören wünscht, befand sich auch die Dividendensteuer.

Die Beratungen im Reichsschatzamt, die heute mehrere Stunden lang gedauert, werden in einigen Tagen fortgesetzt werden. Vorläufig hat die Regierung, wie gesagt, zu verstehen gegeben, daß sie die Verwirklichung der von Herrn v. Richthofen eingebrachten und von Konservativen und Zentrum akzeptierten Vorschläge nicht wünscht. Aber das Vakuum, das auf alle Fälle entsteht, müsse eben ausgefüllt werden, und die Vertreter der Finanzwelt und der Industrie werden gebeten, daran mitzuarbeiten."

Nach der „Frankfurter Zeitung" sollen den Konferenzen im Reichsschatzamt eine weit wichtigere Aufgabe haben, als lediglich Gutachten über den konservativen Antrag zu fällen. Es soll sich um die Vorbereitung eines neuen Kompromisses innerhalb der Blockparteien handeln. Das Frankfurter Blatt läßt sich aus Berlin melden:

„Wir glauben zu wissen, wie dieses Kompromiß ungefähr aussehen soll, ohne Ausbau der Erbschaftssteuer geht es natürlich nicht; da kann der Reichskanzler nicht zurück; er muß und wird festbleiben. Aber man wird diese Erbschaftssteuer nur in einem Maße und in einer Form vorschlagen, mit der sich auch die Rechte befreunden kann. Schonende Behandlung des landwirtschaftlichen Besitzes und ein Ertrag von 50 Millionen; dazu sollen dann zunächst so ungefähr 20 bis 30 Millionen durch Besteuerung der Banken und des Umsatzes kommen. Und der Rest findet sich vielleicht durch Verdoppelung der Matrikularbeiträge. Die Konferenz, die gestern im Reichsschatzamte zwischen dem Reichsschatzsekretär, dem preußischen Finanzminister, dem Bankpräsidenten und den Vertretern der Banken und der Industrie stattgefunden hat, läßt — wenn auch über die Einzelheiten Schweigen beobachtet wird — diese Pläne ziemlich deutlich erkennen. Sie gab zunächst gewiß eine Begutachtung der von der Finanzkommission beschlossenen konservativen Anträge, aber das war Nebensache, denn daß diese nicht annehmbar und undurchführbar sind, darüber sind sich die Vertreter der Regierung mit allen Sachverständigen einig.

Die Hauptsache war und bleibt: In den späteren Konferenzen, welche morgen stattfinden, eine Aussprache über neue Vorschläge, durch welche von den Banken etwa 20 bis 30 Millionen pro Jahr aufgebracht werden sollen. Diese Vorschläge sind im einzelnen nicht betont, stehen auch vielleicht heute noch nicht fest, wir vermuten aber, daß zu ihnen eine Erhöhung des Emissionsstempels gehören wird.

Gegen die Reichswertzuwachssteuer.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages trat gestern in Berlin unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters v. Borscht-München, der an Stelle des zurzeit in London weilenden Oberbürgermeisters Kirschner die Geschäfte leitete, hier zusammen, um zu der Frage der Einführung einer Reichswertzuwachssteuer Stellung zu nehmen. Der Vorstand beschloß nach längerer Beratung eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag zu richten, worin nachdrücklich gegen die Einführung einer Reichswertzuwachs- und Umsatzsteuer protestiert wird unter Hinweis auf die außerordentliche Gefährdung der Finanzsysteme nicht nur der Städte, sondern auch der einzelnen Bundesstaaten, die in der Einführung einer solchen Steuer erblickt werden muß. Außerdem sollen die Landesstädte ersucht werden, bei ihren Landesregierungen in gleicher Weise Vorstellungen zu erheben. —

Fürst Eulenburg auf Reisen.

Der unter dem Verdacht des Meineides stehende, und wenn es zur Verhandlung kommen soll, immer schwer erkrankte Fürst Eulenburg ist, wie die „Tägliche Rundschau" mitteilt, mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft zur Kur nach Bad Gastein gereist.

Wenn Fürst Eulenburg will, kann er von Gastein aus ganz bequem nach einem Lande reisen, das wegen Meineids nicht ausliefert, und dann dort seine Tage in Ruhe und Beschaulichkeit verbringen.

Vielleicht entschließt er sich dazu — falls er es für nötig halten sollte.

Das Zentrum und die bayerische Regierung.

Aus München wird uns geschrieben:

Die Drohungen der bayerischen Zentrumspresse gegen die bayerische Regierung wegen ihres angeblichen Festhaltens an der Erbschaftssteuer werden in Zentrumskreisen und in der Regierung selbst sehr ruhig aufgenommen. Man weiß es und verschiedene Zentrumsabgeordnete geben es selbst zu, daß hinter den hohlen Drohungen weder die Absicht noch die Kraft der Verwirklichung steckt. Der rechte, immer noch maßgebende Flügel des bayerischen Zentrums mit seinen verknöcherten Staatsjuristen hält strenge an dem Minister-Ernennungsprivileg der Krone fest und fürchtet eine Annäherung an das parlamentarische Regime. Da man nun weiß, daß auch nach einer etwaigen Beseitigung des gegenwärtigen Ministeriums das Kabinett nicht aus konservativen und Zentrumsparlamentariern oder anderen Zentrumsgrößen, sondern wiederum aus der Bureaukratenklasse genommen werden würde, so unterläßt man jede ernsthafte Aktion und begnügt sich mit dem bedeutungslosen Gepolter in der Presse.

Der demokratische Flügel des Zentrums aber fürchtet sogar eine etwaige Besetzung der Ministersessel mit reinen Zentrumsleuten in der berechtigten Annahme, daß sie die bureaukratische, konservative Staatsgewalt nur verstärken wird und die ultramontane Sehnsucht nach mittleren und oberen Beamtenstellen erst recht nicht erfüllt werden würde.

Die Radbod-Kolonie vor Gericht.

Dortmund, 24. Mai. (Eig. Ber.)

Heute wurde an Ort und Stelle eine Besichtigung der Wohnungsverhältnisse der Kolonie „Radbod" vorgenommen. Um 11 Uhr vormittags trat das Gericht beim Hause Kaiserstr. 1 auf „Radbod" zusammen. Zunächst wurde über die Zulassung verschiedener von der Zeche geladener Personen als Sachverständige verhandelt. Rechtsanwalt Frank, der Verteidiger des Genossen Nottebohm, erklärte, die Herren Regierungsrat Bäumer, Bauführer Kalb und Langbot wegen Befangenheit ablehnen zu müssen, denn alle Drei ständen im Dienste der Zeche. Außerdem besitze Regierungsrat Bäumer keinerlei technische Kenntnisse, vor allen nicht in Brunnenanlagen.

Das Gericht faßte schließlich folgenden Beschluß: Die Herren Baurat Kraft, Langbot und Koloniearzt Teichmüller sind als Zeugen und Sachverständige zu hören. Weiter sind die Herren Dr. Dithmer, Dr. Meyer, Dr. Jakobs, Professor Dr. Sommerfeld und der gerichtliche Bausachverständige Schäfer als Sachverständige zu hören. Regierungsrat Bäumer und Bauführer Kalb sind nur als Zeugen zu vernehmen.

Es werden dann sämtliche Herren vereidigt. Die vom Angeklagten geladenen Sachverständigen Schäfer und Professor Dr. Sommerfeld stellen wichtige Fragen über die Bodenbeschaffenheit und die Niveauunterschiede des Terrains. Bauführer Kalb, der Sachverständige der Zeche, meint, der Unterschied betrage 3 Meter. Diese Aussage begegnet jedoch allgemeinem Widerspruch und es wird schließlich festgestellt, daß der Unterschied 20 bis 30 Meter beträgt.

Die weitere Nachforschung ergibt, daß auf der Kolonie keine Kanalisation vorhanden ist. Regierungsrat Bäumer erklärt, Baurat Siebold habe seinerzeit eine Kanalisation als unzweckmäßig bezeichnet und außerdem ließ sie sich wegen des Kostenpunktes nicht durchsetzen.

Weiter ergab die Besichtigung, daß sich in unmittelbarer Nähe von Brunnenanlagen Aborte befinden und daß dadurch das Brunnenwasser verunreinigt wurde.

Der gerichtliche Bausachverständige Schäfer bemerkt hierzu, bei der Anlage der Brunnen habe sich die Baupolizei unverzeihlicher Fehler zu schulden kommen lassen.

Bei der Besichtigung der Wohnungen von innen bekundet eine Frau Schönke, ihr sei durch die große Nässe eine Matratze angefault und im Keller seien ihr zwei Zentner Kartoffeln und Runkeln erfroren.

Beim Hause Marinestraße 34 befindet sich ein Graben mit übelriechendem Wasser angefüllt. Im Brunnen des Hauses befindet sich schmutziges Wasser. Im Hause sind die Wände feucht, besonders im Schlafzimmer. Hier schlief ein etwa 3—4 Jahre altes Mädchen. Professor Dr. Sommerfeld bezeichnete es als geradezu ein Verbrechen, in solchen Zimmern Kinder schlafen zu lassen.

Nasse Wohnungen werden noch mehrere gefunden, und Professor Dr. Sommerfeld hält dafür, daß die Wohnungsverhältnisse in der Kolonie dazu angetan sind, die Tuberkulose außerordentlich zu fördern.

In dem Ausflußrohr der Brunnenanlage des Hauses Marinestraße 12 werden schmutzige Auswüchse und Wucherungen gefunden, die nach Meinung des Sachverständigen Schäfer von der in der Nähe befindlichen Abortanlage herrühren. Selbst der von der Gegenseite geladene Sachverständige Kraft bezeichnete das Wasser des Brunnens als schlecht.

In einem Hause wurden die Dielen aufgerissen, um näheres über die Isolierschicht festzustellen. Im ganzen wurden etwa 28 Häuser untersucht.

Morgen früh werden die Verhandlungen in Dortmund weitergeführt.

Ein Gesetz über die Schulärzte hat die württembergische Regierung ausarbeiten lassen. Es soll mit der gesetzlichen Regelung der Oberamtsarztpflege erledigt werden, sobald die Finanzlage des Staates günstiger geworden ist. —

Soldatenschinder.

Vor dem Kriegsgericht der 18. Division in Flensburg hatte sich der Sergeant Boller vom 85. Infanterieregiment wegen Mißhandlung eines Untergebenen in mindestens 50 Fällen zu verantworten. In der Zeit vom Januar bis März dieses Jahres hat er den Rekruten Ehlers fast täglich mit Ohrfeigen, Faustschlägen, Stößen und Schlägen mit dem Seitengewehr, Zerren an den Ohrmuscheln usw. mißhandelt. Der Mißhandelte soll etwas schwer von Begriffen gewesen sein. — Das Kriegsgericht erkannte auf vier Wochen mittleren Arrest.

Oesterreich.

Studentenstreik.

Lemberg, 25. Mai. Heute begann ein dreitägiger Demonstrationsstreik der Studentenschaft der hiesigen Universität. Eine Deputation von Studenten begibt sich nach Wien, um eine Petition über Ausgestaltung der Universitätsinstitute und Errichtung eines neuen Universitätsgebäudes zu überreichen.

Frankreich.

Beamtenbestechung.

Paris, 25. Mai. Der Marineuntersuchungsausschuß hatte in den ihm zur Verfügung gestellten Schriftstücken eine Strafanzeige entdeckt, die ein Marinekontrolleur gegen ein großes industrielles Unternehmen wegen Beamtenbestechung erstattet hatte. Um festzustellen, ob dieser Strafanzeige Folge gegeben worden sei, begab sich eine Abordnung des Ausschusses zum Justizminister, der versprach, dem Ausschuß alle erforderlichen Schriftstücke übermitteln zu lassen.

Der Streik der Seeleute.

Marseille, 25. Mai. Der Streik der eingeschriebenen Seeleute dauert an, ohne daß Zwischenfälle vorgekommen wären. Etwa zwanzig Passagierdampfer und mehrere Fischerboote sind zurzeit ohne Bemannung.

Italien.

Das Rüstungsfieber.

Rom, 25. Mai. In der Kammer ist heute ein Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Marineetats zur Verteilung gelangt, der die Ausgabe von 440 Millionen vorsieht, die sich auf sechs Rechnungsjahre von 1909/10 bis 1915/16 verteilen. Das bedeutet eine Mehrausgabe von 146 781 680 Lire gegenüber den Krediten, wie sie durch die früheren Gesetze bereitgestellt waren. In der Begründung heißt es: Angesichts der Notwendigkeit, die Stärke der Seemacht durch einen raschen, in vernünftigen Grenzen der Schnelligkeit gehaltenen Bau von mächtigen Schiffseinheiten nach den modernsten Typen und mit Berücksichtigung der Fortschritte der fremden Flotten zu vergrößern, werden die geforderten 440 Millionen für die Vollendung der in den früheren Gesetzen vorgesehenen Bauten bestimmt sein, ferner für den Neubau von zwei Schlachtschiffen erster Klasse, zwei weiteren Aufklärungsschiffen und einer größeren Anzahl von Torpedobootszerstörern und Unterseebooten, als sie durch das Gesetz vom 2. Juni 1905 vorgesehen sind. Ferner sollen sie auch zur Bestreitung verschiedener anderer unvermeidlicher Ausgaben für die Schlagfertigkeit der Flotte und die Küstenverteidigung verwendet werden, so z. B. zur Einführung von vollkommeneren Ausrüstungsgegenständen auf den im Dienst befindlichen Schiffen, zur Ergänzung der Munition und der Brennmaterialien, zur Verbesserung der den Zwecken der Kriegsmarine dienenden Anstalten und zur Verstärkung der Küstenverteidigung.

Dieses Wettrüsten richtet sich vor allem gegen den Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn und ist die mittelbare Folge der Ankündigung, daß Oesterreich drei oder vier neue Dreadnoughts zu bauen gedenkt. Der bisherige Rüstungswettstreit zu Lande wird so durch den zur See wirkungsvoll ergänzt; die Zerrüttung der Finanzen und das immer erneute Anziehen der Steuerschraube vervollständigt dann diese Politik, deren Wahnsinn den erbittersten Widerstand des Proletariats hervorrufen muß.

Rußland.

Dubrowin.

Die Enthüllungen des früheren Spießgesellen Dubrowins, Prussakow, aus Anlaß der Teilnahme des Häuptlings der echt russischen Banditen an der Ermordung Herzensteins und an einigen anderen Attentaten nehmen einen solchen Umfang an, daß sich selbst die äußerste Rechte in der Duma genötigt sieht, den intimen Freund Nikolaus' II. von sich abzuschütteln. Die sozialdemokratische Dumafraktion hat aus Anlaß dieser Affäre, die auf die Praktiken der herrschenden Bureaukratie helles Licht werfen dürfte, folgende Interpellation in der Duma eingebracht: „Ist es dem Herrn Generalprokurator bekannt, daß beim Prozeß über die Ermordung des Abgeordneten Herzenstein auf Grund der Angaben des Sekretärs des Vorsitzenden des russischen Volksverbandes, Herrn Prussakows, mit genügender Deutlichkeit die Tatsache hervorgetreten ist, daß Dr. Dubrowin an der Organisation der Ermordung Herzensteins wie desgleichen der Attentate auf das Leben P. Miljukows und anderer Personen teilgenommen hat? Und was gedenkt der Herr Justizminister, wenn ihm diese Tatsachen bekannt sind, zu tun, um den Vorsitzenden des russischen Volksverbandes Dubrowin zur gesetzlichen Verantwortung zu ziehen?"

Tscharykow.

Petersburg, 25. Mai. Der Gehilfe des Ministers des Aeußeren Tscharykow ist anstelle Sinowjews zum Botschafter in Konstantinopel ernannt worden.

Tscharykow ist der Vertreter einer aggressiven panslawistischen Politik. Seinem Einfluß zumal war die fortdauernde Schürung des serbisch-russischen Konflikts zuzuschreiben. Seine Entsendung nach Konstantinopel bedeutet für die Türkei eine Gefahr, denn sein Name bedeutet das Programm der Fortsetzung der panslawistischen Aufhetzung der kleinen Slavenvölker gegen die Türkei. Dem Ehrgeiz Tscharykows erschien die Verdrängung und Ersetzung Iswolskis als lockendes Ziel, doch war seine deutschfeindliche Stellung zu ausgesprochen, um ihn als Minister des Aeußeren möglich erscheinen zu lassen.

Die Glaubensfreiheit.

Petersburg, 25. Mai. Die Duma verhandelte heute über einen Gesetzentwurf betreffs Regelung einiger die Glaubensfreiheit berührenden Fragen, speziell über die Gewährung des Rechts der Propagandafreiheit und der Versammlungsfreiheit an die Sekte der Altgläubigen, des Rechts der altgläubigen Priester, sich Geistliche zu nennen, sowie des Rechts zur Bildung altgläubiger Gemeinden lediglich auf Grund der Meldepflicht, also ohne besondere Genehmigung. Die Regierung und die Parteien der Rechten waren gegen die Gewährung dieser Rechte, die Mehrheit des Zentrums und die Linke dafür. Die Debatten waren äußerst lebhaft. 37 Redner hatten sich zum Wort gemeldet, die Abstimmung wird für morgen erwartet.

Türkei.

Das Regierungsprogramm.

Konstantinopel, 25. Mai. Das heute der Kammer unterbreitete Regierungsprogramm kündigt unter anderem die Unterbreitung eines Gesetzentwurfes über den Militärdienst und über die Reorganisation der Verwaltung, insbesondere eine Reform des Beamtensystems an. Der Großwesir ersucht die Kammer, die Gesetzentwürfe über die Presse, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit zu votieren. Er erklärt sich und die Kabinettsmitglieder für Anhänger der Preßfreiheit, aber einer nichtegoistischen und nichtantipatriotischen Preßfreiheit. Bezüglich der äußeren Politik heißt es in dem Programm, wird die Türkei ihre Beziehungen mit dem Auslande auf dem Fuße absolut vollkommener Aufrichtigkeit fortsetzen, dabei aber ihre Interessen und Rechte schützen. Da heute Konflikte mit dem Auslande nicht mehr bestehen, werde die Regierung von jetzt an ihre Bemühungen der Durchführung der Reformen widmen.

China.

Neue Geschäfte.

London, 25. Mai. „Morning Post" meldet aus Schanghai: Der Vorschlag des Admirals Sah an die Flottenkommission, eine Anleihe von 19 Millionen Taels zum Bau von vier kleinen Kreuzern und acht Torpedobootzerstörern aufzunehmen, ist angenommen worden. San-ten-Wan in der Provinz Tschekiang ist als Hauptkriegshafen in Aussicht genommen und in dem Plan, der nur noch der Genehmigung des Regenten bedarf, sind Eisenbahnen, Werften, Arsenale, Kohlendepots, neue Telegraphenlinien und Leuchttürme vorgesehen.

Soziales.

Einen netten Beitrag zur tadellosen Verwaltung der Betriebskrankenkassen

liefert die Betriebskrankenkasse der Kaiserlichen Werft in Danzig.

Ein Leutnant Wisotzki hatte ein Verhältnis mit der Tochter eines Werftarbeiters, das nicht ohne Folgen blieb. Der Leutnant bekannte sich zwar als Vater des unehelichen Kindes, er zahlte aber keine Alimente. Für den Unterhalt seines Kindes ließ der Leutnant die junge Mutter und die Eltern derselben sorgen. Der Vater des Mädchens ging nun zu dem Vorsteher des Arbeitsamtes der Kaiserlichen Werft, dem Korvettenkapitän Simon, der zugleich Vorsitzender der Betriebskrankenkasse ist, und fragte, wie er sich zu verhalten habe. Simon erklärte, er könne nichts tun, weil er selbst Offizier sei, er sei aber bereit, das Kind in einem Säuglingsheim unterzubringen. Das Kind wurde dann auch tatsächlich in einem Säuglingsheim verpflegt. Die Kosten betrugen 135 M. Diese Summe zahlte Simon aus der Betriebskrankenkasse an das Säuglingsheim. Im März 1909 monierte der Revisionsausschuß der Betriebskrankenkasse diese Ausgabe, von der nicht einmal der Vorstand der Kasse durch Simon unterrichtet worden war. Ferner beanstandete der Revisionsausschuß eine Ausgabe von 15 M., die statutenwidrig auf Veranlassung Simons für Behandlung der Frau eines Bureausekretärs gezahlt worden waren. In dem Revisionsprotokoll wurde mit Bezug auf die Verpflegung des unehelichen Kindes durch die Kasse gesagt, es sei nicht ersichtlich, daß die p. T. zu den Verstangehörigen gezählt werden darf, und muß somit der Beschluß des Vorstandes in Abschrift dem Belege beigefügt werden. Zu der 2. Ausgabe wurde bemerkt, daß es sonst üblich sei, für Angehörige der Mitglieder nur die Hälfte der verausgabten Kosten zurückzuerstatten, es seien somit 15 M. zuviel bezahlt worden.

Der verlangte Vorstandsbeschluß unterblieb ebenso wie die Erstattung der beanstandeten Summen. In der dann stattgefundenen Generalversammlung der Betriebskrankenkasse, zu der neben 36 Mitgliedervertretern auch ein Vertreter der Werftdirektion erschienen war, mußte auf Verlangen einiger Vertreter Simon das Revisionsprotokoll verlesen. Zu den beanstandeten Ausgaben bemerkte Simon, daß er für das Geld mit seiner Person hafte; er hätte das Geld ja auch aus einem anderen Fonds nehmen können; aus welchem, sagte er nicht. Ein Arbeitervertreter, der Böttcher Gerloff, rügte die statutenwidrige Ausgabe und beantragte Aussetzung der vollen Entlastung des Kassenvorstandes, bis er die Erstattung der 135 M. nachgewiesen habe. Simon sprach gegen den Antrag. Er meinte, es genüge seine Erklärung, daß das Geld zurückgezahlt werde. Festgestellt wurde noch ausdrücklich, daß es sich um eine eigenmächtige Handlung Simons handele und daß die übrigen Vorstandsmitglieder vergeblich versucht hätten, Simon zur Erstattung der 135 M. zu bewegen.

Der Antrag Gerloff wurde angenommen, sogar der Vertreter der Werftdirektion stimmte dafür. Nach Schluß der Generalversammlung ersuchte Simon den Gerloff, sich davon zu überzeugen, daß das Geld zurückerstattet ist. Das geschah denn auch durch Vorlegung einer Quittung, aus der nicht recht ersichtlich, wer das Geld zurückerstattet. Immerhin war diese Aktion notwendig, um der Kasse zu der zu unrecht entnommenen Summe zu verhelfen. Der Vorstand allein hatte nichts ausrichten können; erst mußte die Versammlung ein ernstes Wort sprechen.

Die Sache hat aber noch ein recht bezeichnendes Nachspiel. Gerloff, der seinen „Vorgesetzten" Simon gezwungen hatte, das zu unrecht verausgabte Geld zurückzuerstatten, erhielt seine Entlassung zum 20. April. Gerloff war bereits 10 Jahre auf der Werft beschäftigt, ohne jemals das geringste verschuldet zu haben. Die Gründe der Kündigung versuchte Gerloff vom Oberwerftdirektor Freiherrn v. Schimmelmann vergebens zu erfahren. Der Direktor wußte nur zu sagen, daß er ihn nicht gebrauchen könne. Gerloff sagte dem Direktor ins Gesicht, daß seine Entlassung auf sein Verhalten in der Krankenkassenversammlung erfolgt sei. Der Direktor bestritt das. Nun wandte sich Gerloff an den Minister v. Tirpitz. Von dort kam der Bescheid, daß die Entlassung bestehen bleibe.

Eine von 800 Arbeitern besuchte Versammlung der Kaiserlichen Werft nahm von dieser Sache Kenntnis und verurteilte auf das entschiedenste die Entlassung Gerloffs, die als eine Maßregelung betrachtet wurde, weil G. in seiner Eigenschaft als Generalversammlungsvertreter die Interessen der Kasse und ihrer Mitglieder in sachlicher Weise vertreten habe. Die Versammelten sprachen dem Gemaßregelten ihre volle Sympathie aus, sie verpflichteten sich, ihn — wenn möglich — auch materiell zu unterstützen. Beschlossen wurde noch einstimmig die Herausgabe von Sammellisten für Gerloff. Dann wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen. Erwähnt sei noch, daß die Versammlung — entgegen den vereinsgesetzlichen Bestimmungen — polizeilich überwacht wurde. Der Polizeibeamte erklärte, er werde bleiben, so lange es ihm gefalle.

Schutz der Maler und Anstreicher gegen Bleivergiftung.

Die Bundesratsvorschriften zum Schutze der Arbeiter stehen nur auf dem Papier. Die Unternehmer richten sich einfach nicht danach, und die Behörden drücken demgegenüber gern beide Augen zu. Bekanntlich sind auch zum Schutze der Maler und Anstreicher gegen Bleivergiftung Vorschriften erlassen, aber wie wenig sie befolgt werden, zeigt folgendes. In Nürnberg sind fast zu gleicher Zeit im städtischen Krankenhause ein Arbeiter an Bleivergiftung gestorben, ein anderer infolge derselben Krankheit unheilbar vom Irrsinn befallen. Bezeichnend ist, daß beide Arbeiter an Unternehmungen beschäftigt waren, die von der Stadt vergeben sind. Dies gab dem sozialdemokratischen Magistratsrat Gn. Merkel Veranlassung, den Antrag zu stellen, in die städtischen Submissionsbedingungen einen Passus aufzunehmen, der die Verwendung bleihaltiger Farbe bei städtischen Arbeiten verbietet. Bei dieser Gelegenheit warf Genosse Merkel dem Magistrat vor, daß er seine Pflicht versäumt habe, obwohl der Gewerberat selbst vor einiger Zeit darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Tünchermeister die Bundesratsvorschriften, wonach den Arbeitern reine Handtücher zur Verfügung zu stellen sind usw., nicht befolgen. Der Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Weiter stellte der Genosse Merkel den Antrag, die Tünchermeister zur Einhaltung der Vorschrift strengstens aufzufordern und die Bauaufseher mit der Kontrolle zu betrauen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Gewerkschaftliches.

Die „politische Neutralität" christlicher Verbände.

In Bayern bestehen zwei große Verbände des unteren Eisenbahn- und Postpersonals. Die Führer beider Organisationen sind Zentrumsleute. Wenn nun behauptet wird, daß diese Verbände im Dienste des Zentrums stehen, wird in der Regel heftiger Widerspruch erhoben. Es wird dann immer behauptet, daß der Eisenbahner- und der Postverband politisch neutral seien. Wie es mit dieser Neutralität aber in Wirklichkeit aussieht, erhellt aus einer Notiz der liberalen „Augsburger Abendzeitung". Das Blatt erinnert an eine schon früher einmal im bayerischen Landtage durch sozialdemokratische Abgeordnete vorgenommene Feststellung, wonach diese christlichen Verbände von Staatsbediensteten ihre Eingaben und Denkschriften nur Zentrumsabgeordneten zukommen lassen. Nach dem Geständnis des Zentrumsabgeordneten Dauer, der Sekretär des Eisenbahnerverbandes ist, geschah das, um zu verhindern, daß Mitglieder anderer Parteien das Material der Verbände kennen lernen!

Das liberale Blatt stellt weiter fest, daß zu den Vereinsversammlungen nur Zentrumsleute eingeladen werden. Wird versehentlich auch einmal ein liberaler Abgeordneter eingeladen, so erhalten die „Schuldigen" Obmannschaften „schwere Vorhalte von Zentrumsabgeordneten". Einzelne Zentrumsabgeordnete haben erklärt, daß sie nur an solchen Versammlungen teilnehmen, zu denen liberale Abgeordnete nicht zugezogen werden. Und solchem Drucke fügen sich die Verbände auch willig. Die Zuziehung sozialdemokratischer Abgeordneter wird natürlich erst recht nicht gestattet.

So werden also die angeblich politisch neutralen Be- Freitag vor Pfingsten gekündigt haben. Kein Friseurgehilfe darf mißbraucht. Auf so einfältige Weise will man verhindern, daß Mitglieder anderer Parteien die Wünsche und Beschwerden der Staatsbediensteten kennen lernen und dadurch die Möglichkeit erhalten, sie im Landtage sachgemäß zu vertreten. Zur Belohnung dafür, daß sich die Verbände diesem Drucke fügen, werden die Beamten und Arbeiter vom Zentrum bei der Steuerreform gehörig geschröpft.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Bauklempner.

In der letzten Versammlung der Streikenden, die am Dienstag im Gewerkschaftshause stattfand, erstattete Dietrich den Bericht über die gegenwärtige Situation. Die Zahl der Beitritte zum Tarifvertrage hat sich wiederum vermehrt. **110 Unterschriften** sind geleistet worden, und am Dienstagmorgen meldeten zwei weitere Firmen ihre Bereitwilligkeit an, den Vertrag zu unterschreiben, so daß schon mit 112 Firmen zu rechnen ist, wo zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird.

Ueber die Absage der erwarteten Verhandlungen haben die Arbeitgeber in einem Zirkular eine Aufklärung gegeben, die zu einiger Verwunderung Anlaß gab und nicht als zutreffend angesehen werden kann.

In dem Rundschreiben Nr. 11, datiert vom 21. Mai, wird den Klempnermeistern mitgeteilt, daß für letzten Freitag eine Aussprache zwischen Mitgliedern der Tarifkommission und den Vertretern der Arbeitnehmer in Aussicht genommen war. Dann heißt es:

„Nach Kenntnisnahme von den hierauf bezüglichen entstellenden Auslassungen des „Vorwärts" vom 19. d. M. hat jedoch die Tarifkommission in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, die Teilnahme an den ihr angetragenen Verhandlungen für heute abzulehnen."

Die Berichte des „Vorwärts" sind nur ein ruhiges, getreues Spiegelbild von der Lage des Streiks, wie diese in den Versammlungen der Streikenden geschildert wird. Den Unternehmern mag es unangenehm sein, daß sie lesen müssen, die Lage des Streiks gestalte sich ungünstig für sie, aber die Tatsachen reden ihre eigene Sprache, und wir haben uns in der Hauptsache darauf beschränkt, das anzuführen, was an Tatsachen in jeder Versammlung der Streikenden vorlag und was die Streikleitung öffentlich bekanntgab. Den Vorwurf über „entstellende Auslassungen" müssen wir zurückweisen; aber die Unternehmer hätten alle Ursache, sich vor den vielen Entstellungen in ihren „Rundschreiben" zu hüten. Das vorliegende Rundschreiben Nr. 11 spricht z. B. davon, daß die Verhandlungen den Unternehmern angetragen worden seien, während Dr. Mielenz selbst bei der Streikleitung anfragte, ob sie zu Verhandlungen bereit sei. — In dem Rundschreiben wird weiter gesagt, daß „die Einstellung von Arbeitswilligen in steigendem Maße zunimmt". Dies widerspricht nicht nur allen Berichten der Streikposten, sondern auch vielen Briefen aus Meisterkreisen, von denen fast in jeder Versammlung unter voller Namensangabe einige verlesen wurden. Diese Behauptung widerspricht ferner den verschiedenen Anzeigen nach Bauklempnern, der Einrichtung eines neuen Arbeitsnachweises am Monbijouplatz, wo man es besonders auf Ausländer abgesehen hat, und weiter den vielen Bemühungen von Streikbrecheragenten, die man in Dienst gestellt hat. Die Streikleitung war stets wachsam genug, um den vielen Maßnahmen der Arbeitgeber wirksam begegnen zu können, und ihr Eifer hatte auch den gewünschten Erfolg.

Die Arbeiter sind auch diesmal wieder klug genug, um zu erkennen, daß nicht der „Vorwärts" die Verhandlungen vereitelt hat, sondern daß die Unternehmer mit dem bevorstehenden Pfingstfest und mit dem Tag der Mietezahlung rechnen. Sie nehmen an, daß die Reihen der Streikenden endlich wankend werden müßten. Die Streikleitung hat dies durchaus nicht zu befürchten, wie aus der Diskussion in der letzten Versammlung deutlich hervorging, und die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes tut noch ein übriges dazu, indem sie jedem Streikenden eine Extraunterstützung zum Fest gewährt. Am Freitag werden den Verheirateten 10 M., den Ledigen 6 M. extra ausgezahlt werden. Wegen einer Unterstützung zur Miete können die Streikenden den statutarisch gewiesenen Weg beschreiten.

Wie die „Volkszeitung" erfährt, fanden sich gestern, Dienstag, die Bauklempnermeister zusammen, um über den Eintritt in Verhandlungen zu beraten, die eventuell am Freitag stattfinden würden. Diese Mitteilung der „Volkszeitung" wurde in der Versammlung verlesen, und darauf erklärte der Vorsitzende Dietrich, daß durch Herrn von Schulz vom Gewerbegericht die Anfrage an den Verband gelangt sei, ob die Arbeitnehmer zu Verhandlungen vor dem Einigungsamt bereit seien. Wie immer in solchen Fällen wurde auch hier eine zustimmende Antwort erteilt.

•

In der Diskussion beschwerte sich ein Streikender, daß er als Bautenkontrolleur in Schildow von dem Gastwirt August Iden und einem Helfer des Wirtes bei der Ausübung seiner gewerkschaftlichen Pflichten bedroht und tätlich angegriffen wurde. Er behauptet, dieser Gastwirt habe sich in sehr herabsetzender Weise über die Arbeiter geäußert.

Maßregelung von Lohnkommissionsmitgliedern in der A. E. G.

Die in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Brunnenstraße, Abteilung Gf. IV, beschäftigten Hilfsarbeiter, die in einer Stärke von 75 Mann in Betracht kommen und Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes sind, stellten vor einigen Tagen an die Betriebsdirektion Forderungen auf Lohnerhöhung. Die Arbeiten, die die in Frage Kommenden zu verrichten haben, sind äußerst schwer und anstrengende und kommt außerdem noch hinzu, daß ein Teil der Arbeiter an Trockenöfen ständig tätig sind, wo sie bei einer Wärme von 40 bis 45 Grad und recht schlechter Luft fronden müssen und daher die bisherige Bezahlung keineswegs im Verhältnis zu den Leistungen steht. Die Löhne, die bisher bezahlt werden, sind äußerst gering und betragen bei der Einstellung 36 Pf. pro Stunde und steigen nach einer Tätigkeit von einem Jahre auf 40 Pf. pro Stunde. Die über 40 Pf. hinausgehenden Zulagen sind der Willkür der Abteilungsleiter überlassen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Meister auf Grund der Leistungen weitere Zulagen für die Arbeiter beantragten, die aber immer von den Abteilungsleitern systematisch gestrichen worden sind. In der eingereichten Forderung wurde verlangt, den Anfangslohn auf 40 Pf. pro Stunde festzusetzen, der dann wie folgt steigen soll: Nach sechswöchentlicher Tätigkeit 42 Pf., nach 12 Wochen 44 Pf., nach ½ Jahr 46 Pf., nach 1 Jahr 48 Pf., nach 1½ Jahr 50 Pf., nach 2 Jahren 52 Pf., nach 2½ 54 Pf. und nach 3 Jahren 56 Pf. pro Stunde.

Die mündliche Begründung wurde einer fünfgliedrigen Kommission übertragen, die dann auch die Forderung am 12. Mai dem kaufmännischen Leiter, Herrn Kaiser, überreichte. Nachdem von Herrn Kaiser erklärt worden war, daß er nicht in der Lage sei, auf die Forderung gleich Antwort geben zu können, wurde er von einem Kommissionsmitgliede gebeten, diese Antwort nicht bis zum Herbst hinausschieben zu wollen. Ironisch bemerkte hierauf Herr Kaiser, daß eine solche früher gegeben werde, als es der Kommission lieb sein würde. Befremdend wirkte es, als nun am Sonnabend, den 15. Mai, das Mitglied der Kommission, welches die Aeußerung getan hatte, daß die Antwort nicht so lange auf sich warten lassen sollte, plötzlich wegen Arbeitsmangel zur Entlassung gelangte. Nach einigen Tagen vergeblichen Wartens auf Antwort trat die Abteilung zu erneuter Beratung zusammen und beauftragte die Kommission, nochmals vorstellig zu werden, um Antwort auf die eingereichte Forderung zu erlangen. Nach längeren Bemühungen erhielt die Kommission Antwort, aber im ablehnenden Sinne. Die Ablehnung wurde mit der gegenwärtigen Krise und der Geschäftsflaue begründet. Aber damit noch nicht genug gelangte am Sonnabend, den 22. Mai, ein weiteres Kommissionsmitglied wegen Arbeitsmangels zur Entlassung. In beiden Fällen ist festgestellt, daß Arbeitsmangel nicht der Grund ist, sondern die beiden Arbeiter sind entlassen worden, weil sie sich erdreisteten, die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten. Es ist in der A. E. G., Brunnenstraße, neu, daß Kommissionsmitglieder, die einen Auftrag ihrer Kollegen zu erfüllen haben, gemaßregelt werden. Mit einem derartigen Vorgehen, und darauf kann die Direktion sicher sein, wird sie die Unzufriedenheit nicht beseitigen. Sie hat Wind gesät und wird gelegentlich Sturm dafür ernten.

Achtung, Kesselschmiede! Wegen Reduzierung einzelner Akkordpreise waren die Kesselschmiede bei der Firma Borsig in Tegel gezwungen, die Arbeit niederzulegen.

Deshalb ersuchen wir die arbeitslosen Kesselschmiede, etwaige Arbeitsangebote bei der Firma Borsig zurückzuweisen.

Die Firma Borsig ist für Kesselschmiede gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung im Baugewerbe des Vierstädtebundes Hamburg-Altona, Wandsbeck, Harburg.

Die Lohnbewegung ist in ein neues Stadium getreten. Die Verhandlungen mit dem „Vierstädtebund" und dem „Bund der Maurer- und Zimmermeister" sind ergebnislos verlaufen. Die Forderungen der Arbeitnehmer sind abgelehnt, und diese ablehnende Haltung ist von der „Vereinigung aller am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe" bestätigt worden. Die Unternehmer bestehen darauf, ihre neue Lohn- und Arbeitsordnung einzuführen. Demgegenüber forderten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter Arbeitszeitverkürzung und entsprechende Lohnerhöhungen.

Die Arbeitnehmer planen, nunmehr mit bestimmten Forderungen an die einzelnen Unternehmer heranzutreten.

Die Unternehmer haben den Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter folgenden Beschluß bekanntgegeben: „Der „Vierstädtebund" in Gemeinschaft mit dem „Bunde der Maurer- und Zimmermeister" hat beschlossen, falls Streiks, Sperren oder sonstige Maßnahmen gegen einzelne Mitglieder der Verbände zwecks Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden sollten, solches als Angriff gegen die Gesamtheit angesehen werden würde."

Wortbrüchige Bäckermeister. Die Bäckergehilfen in Solingen traten im vorigen Jahre in eine Tarifbewegung ein, die hauptsächlich den Zweck hatte, das Kost- und Logiswesen, das noch in den meisten Bäckereien vorherrschend war, zu beseitigen. Es kam auch zu einem Tarifabschluß, in dem die Arbeitszeit, der Wochenlohn und die Bezahlung der Ueberstundenarbeit festgelegt wurde. Betreffs der Beseitigung des Kost- und Logiswesens einigten sich die Kontrahenten dahin, ein Uebergangsstadium zu schaffen, nach welchem am 1. Mai 1909 in allen Bäckereien der Kost- und Logiszwang abgeschafft werden sollte. Den Herren Bäckermeistern fiel es aber nicht im Traum ein, die Abmachungen zu respektieren und ihr gegebenes Versprechen einzulösen; sie trachteten vielmehr danach, die Verbandsgesellen aus den Betrieben hinauszugraulen, um den mittelalterlichen Kost- und Logiszwang beibehalten zu können. Mit dieser Absicht haben aber die Herren vom Backtrog die Rechnung ohne die Arbeiterschaft gemacht. Der Forderung der Bäckergehilfen, am 1. Mai 1909 das gegebene Versprechen einzulösen, kamen nur wenige Meister nach, worauf sich das Gewerkschaftskartell der Sache annahm und die Arbeiterschaft aufforderte, nur in den Bäckereien zu kaufen, die den Tarif anerkannt haben. Das zog sofort, so daß im Laufe der letzten Woche neun Zehntel aller Solinger Bäckermeister die Abschaffung des Kost- und Logiswesens durchführten.

Die Glasergehilfen Leipzigs stehen in einer Tarifbewegung. Die Innung hatte ihnen einen Tarifentwurf vorgelegt, der 5—30 Prozent Abzüge an den Akkordsätzen enthielt und außerdem den Ablauftermin des Vertrages auf den 1. April — eine für die Gehilfen ungünstige Zeit — verlegte. Eine von 400 Kollegen besuchte Versammlung lehnte den Entwurf einstimmig ab. Sie beauftragte die Lohnkommission, an dem Tarif Aenderungen vorzunehmen und mit der Innung weiter zu verhandeln.

120 Maurer und Bauarbeiter haben in Viersen die Arbeit niedergelegt. Sie fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. Beteiligt sind der christliche und der freie Verband. Zuzug ist fernzuhalten.

Gewerbegerichtswahl in Mainz.

Bei der am Montag stattgefundenen Gewerbegerichtswahl siegten die freien Gewerkschaften mit 3502 Stimmen über die Christlichen, die 575 Stimmen erhielten.

Im Arbeitersekretariat Nürnberg haben sich die Geschäfte derart gehäuft, daß sich die Anstellung eines neuen Sekretärs notwendig machte. Als solcher wurde von den Vertretern der vereinigten Gewerkschaften der Genosse Strößner-Nürnberg gewählt, der bisher schon öfters aushilfsweise tätig war. Das Institut hat jetzt fünf Sekretäre und eine Sekretärin.

Ausland.

Konflikte im britischen Bergbau.

London, 22. Mai. (Eig. Ber.) Zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten von Wales und Schottland drohen ernste Konflikte. In Cardiff tagte gestern eine gemeinschaftliche Sitzung der Unternehmer und Arbeiter, die sich mit den Bedingungen der Einführung des gesetzlichen Achtstundentages (ausschließlich Windungen) beschäftigten. Die Unternehmer stellten folgende Bedingungen:

1. Einführung doppelter Schichten.
2. Abschaffung der Zwischenmahlzeiten.
3. Abschaffung der besonderen Vergütung für Nachtschichten.
4. Abschaffung des Gebrauchs der Arbeitsruhe aus Anlaß von Arbeitsunfällen und Begräbnis der Verunglückten.
5. Entsprechende Lohnherabsetzung.
6. Einen Tag der Woche 1 Stunde länger zu arbeiten. (Das Gesetz gestattet 60 Ueberstunden jährlich.)

Die Arbeitervertreter haben diese Bedingungen rundweg abgelehnt, worauf die Unternehmer mit Kündigung drohten. Kommt es zu keinem Ausgleich, so beginnt am 1. Juli die Aussperrung von etwa 150 000 Bergleuten.

Die gestellten Bedingungen sind tatsächlich unverschämt. Die Unternehmer wollen einfach die Kosten der Sozialreform auf die Arbeiter abwälzen. —

In Schottland schlugen die Bergwerksbesitzer eine Lohnherabsetzung von 50 Pf. täglich vor. Die Arbeitervertreter lehnten den Antrag ab. Ein Abwehrstreik würde etwa 80 000 schottische Bergleute betreffen.

Versammlungen.

Für die Arbeiter der A. E.-G., Brunnen- und Voltastraße, fand am Sonntag eine stark besuchte Betriebsversammlung im Germaniasaal statt. Sie diente der Besprechung von Mißständen, über die sich die Arbeiter des genannten Werkes schon seit längerer Zeit beklagen. Der Referent Johannsen besprach die riesige Entwicklung der A. E.-G. und stellte die Behandlung und Entlohnung der Arbeiter damit in Vergleich. In der Diskussion wurden die Angaben des Redners in jeder Hinsicht bestätigt und durch Tatsachen ergänzt. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche besagt:

Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der A. E.-G., Brunnen- und Voltastraße, protestieren ganz entschieden gegen das im Laufe der letzten Zeit eingeführte Ausbeutungssystem und erklären, daß sie bei einer derartigen Ueberhastung kaum normale Arbeit herstellen können. Ferner protestieren sie gegen die schlechte Behandlung und die nichtsozialen Zustände. Die Versammlung ist der Meinung, daß es nur mit Hilfe der Organisation möglich ist, bessere Zustände zu schaffen. Die Versammelten erklären, daß, wenn die Direktion keine Abhilfe schafft, die organisierte Macht ihr entgegenzusetzen.

Die Versammlung der Dachdecker am Sonntag nahm mit allen gegen 3 Stimmen einen Antrag Althaus an, den wegen der Maifeier gemaßregelten Kollegen, welche am 6. Mai nicht wieder eingestellt wurden, von diesem Tage ab eine Unterstützung zu gewähren. — Görnitz verlas ein Schreiben des Bundesvorstandes deutscher Dachdeckerinnungen an den Berliner Gesellenausschuß, in welchem der Ausschuß ersucht wird, ein beigefügtes Schreiben mitzuunterzeichnen, welches dann an die Bauberufsgenossenschaft gesandt werden soll, damit dieselbe sehe, daß nicht nur die Meister, sondern auch die Arbeiter im Dachdeckungsberufe für Aufhebung der Arbeit am Gurt und Leine seien. Verschiedene Redner sprachen sich entschieden für die Unterschrift aus. Auf einem Neubau in der Klosterstraße, sowie in Charlottenburg waren Kollegen, obgleich ein gutes Schutzdach vorhanden war, mit 6 Mark Strafe belegt, weil dieselben ohne Gurt und Leine gearbeitet hatten. Görnitz und Althaus wiesen demgegenüber auf die unzulänglichen Schutzvorrichtungen hin. Wohl sei es in letzter Zeit in Berlin bezüglich der Schutzvorrichtungen an den Neubauten etwas besser geworden, zu bedenken sei indes, daß das Aufheben der Bestimmung für ganz Deutschland gelten solle. Weiter gebe es in den verschiedenen Bauberufsgenossenschaften auch ganz verschiedene Schutzbestimmungen; ja es gäbe noch Geltungsbezirke von Bauberufsgenossenschaften in Deutschland, in welchen es bezüglich der Schutzvorrichtungen noch so sehr im argen liege, daß dort auch eine Bestimmung betreffend Gurt und Leine noch gänzlich fehle, während sie dort von den Arbeitern erstrebt wird. Selbst vor den Toren Berlins sehe sich der Vorstand fortwährend genötigt, wegen fehlender oder mangelhafter Schutzvorrichtungen Anzeige zu erstatten und für Abhilfe zu sorgen. Wir hätten also gar keine Veranlassung, diese Bestimmung, welche ja den Meistern unangenehm sein möge, so leichten Herzens aufzugeben. Eine von Althaus eingebrachte Resolution: „Die Gesellenschaft Berlins kann ihre Zustimmung zu dem von den Meistern übersandten Schreiben, welches der Nordöstlichen Bauberufsgenossenschaft als Unterlage übersandt werden soll, und in welchem dieselbe ersucht wird, die jetzt bestehende Bestimmung, „der Dachdecker hat an Gurt und Leine zu arbeiten", außer Kraft zu setzen, nicht geben, da die zurzeit in den einzelnen Bauberufsgenossenschaften Deutschlands bestehenden Schutzbestimmungen uns diese Bestimmung nicht entbehren lassen", wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Den Kollegen J. Halbsguth, R. Bölte, H. Thunert, F. Schulz, G. Ring und W. Rutsch bei der Firma Halbsguth, die in der Werkstellensitzung für Arbeitsruhe am 1. Mai gestimmt, dann aber am 1. Mai gearbeitet hatten, wurde seitens der Versammlung für ihr Verhalten eine Rüge erteilt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Brandkatastrophen in Baden.

Karlsruhe, 25. Mai. (W. H.) Aus Baden sind wieder einige Brandkatastrophen zu melden. In Pforzheim-Brötzingen wurde die **Lotthammersche Kunstmühle durch Feuer zerstört** und ein Nachbarhaus in Mitleidenschaft gezogen. Ein Feuerwehrmann wurde bei den Löscharbeiten durch einen Sturz **schwer verletzt.** — In Weizen bei Bonndorf **brach im Gasthause „Zur Sonne" Feuer aus,** das so rasch um sich griff, daß die **22 im Gasthause wohnenden Personen nur das nackte Leben retten konnten.** In Unteralpfen brannte das Haus des Kaufmanns Hilpert nieder, eine **70jährige Frau kam in den Flammen um.**

In den Bergen verunglückt.

St. Gallen, 25. Mai. (W. T. B.) Im Säntisgebiet **sind** zwei in Winterthur angestellte **junge Ingenieure abgestürzt. Beide sind tot.**

Unterschlagung amtlicher Schriftstücke.

Paris, 25. Mai. (W. T. B.) Minister Briand teilte dem Ministerrat mit, die Marineuntersuchungskommission habe gegen den Direktor der Marinegenieschule Dupont **eine Klage wegen ungesetzlicher Vorenthaltung amtlicher Schriftstücke eingereicht.** Dupont soll, als er Direktor im Ministerium Thomson war, einen Bericht beseitigt haben, der von dem Versuch eines Beamten einer metallurgischen Fabrik an der Loire, **einen Marinekontrolleur zu bestechen, handelte.** Marineminister Piquard erklärte sich bereit, die notwendigen Maßnahmen bezüglich Dupont zu treffen.

Die Gefangenen des alten Regimes.

Konstantinopel, 25. Mai. (W. T. B.) Die auf der Insel Prinkipo gefangen gehaltenen **Minister und Würdenträger des alten Regimes** sind mit einem besonderen Dampfer gestern nacht nach Stambul gebracht und **ins Kriegsministerium übergeführt worden.** — Der **Scheik Wahdetti,** der Herausgeber des reaktionären Blattes „Volkan", der bei dem letzten Aufstande eine Führerrolle gespielt hatte **und geflüchtet war,** ist in **Smyrna verhaftet worden.** — Depeschen des armenischen Patriarchats zufolge sind in Chisan und Alexandrette wieder **Unruhen ausgebrochen. Die Läden der Christen sind geschlossen.** — Entgegen anderen Meldungen ist festzustellen, daß Mahmud Schewket Pascha vorläufig in Konstantinopel bleibt.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Inserate verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

95. Sitzung. Dienstag, den 25. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Schwartzkopff.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Antrages Freiherr v. Zedlitz (fk.), welcher einen Gesetzentwurf vorschlägt, wonach diejenigen Gemeinden (Gutsbezirke, Verbände), die zur Aufbringung des Diensteinkommens der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nicht staatlichen mittleren Schulen das Recht erhalten sollen, der für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen dieses Bezirks bestehenden Alterszulagenkasse zur Versicherung von Alterszulagen in Höhe der für die Lehrkräfte an den Volksschulen normierten Sätze beizutreten.

Die Redner verschiedener Parteien erklären sich mit dem Antrage einverstanden, der die für den Mittelstand so wichtigen mittleren Schulen heben will.

Ministerialdirektor **Schwartzkopff** dankt für das warme Interesse an den Schulen des Mittelstandes, denen auch die Regierung erhöhtes Interesse zuwenden will.

Darauf wird der Antrag angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Stempelsteuergesetzes.

Durch § 5 des Gesetzes werden von der Stempelsteuer befreit u. a. Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Zweck ist, minderbemittelten Familien gesunde Wohnungen zu billigen Preisen zu verschaffen, und die höchstens 4 Proz. Dividende an die Gesellschafter verteilen dürfen.

Abg. Dr. **Grunenberg** (Z.) befürwortet einen Antrag, wonach diese Gesellschaften oder Genossenschaften sämtliche ermäßigten oder nachgelassenen Stempelbeträge nachträglich entrichten müssen, wenn sie ihr Statut und ihren Zweck in der Weise ändern, daß die angegebenen Voraussetzungen nicht mehr vollständig zutreffen.

Regierungsrat **Köttgen** äußert hiergegen Bedenken und empfiehlt, den Antrag so zu fassen, daß die Stempelsteuerbeträge nachgefordert werden können.

In dieser Fassung, mit der sich der Abgeordnete Dr. Grunenberg (Z.) einverstanden erklärt, wird der Antrag angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Debatte entsprechend den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Eisenbahnanleihegesetzes (Sekundärbahnvorlage).

Hierbei bringt eine Reihe von Rednern Lokalwünsche ihrer Kreise vor.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Berggesetzes.

Abg. **Hirsch** (natl.): Zwischen der zweiten und dritten Lesung sind von den Arbeitgebern wie von den Arbeitern Wünsche besonders über die Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse geäußert worden, die noch einmal zu Verhandlungen zwischen den Parteien geführt haben. Diese Verhandlungen haben zu einem Kompromißantrag geführt, nach welchem die Wahl der Sicherheitsmänner auf Antrag der Werksbesitzer nach Fahrabteilungen statt nach Steigerabteilungen erfolgen darf.

Zu den Wünschen, betreffend Abänderung der aktiven Wahlberechtigung verhalten sich meine Freunde in Uebereinstimmung mit den rechtsstehenden Parteien ablehnend. Dagegen werden wir dem Antrage, daß ein Mitglied des Arbeiterausschusses schon auf je 400 statt 500 Arbeiter zu wählen ist, zustimmen.

Wie das Gesetz wirken wird, muß die Erfahrung lehren. Meine politischen Freunde geben sich darüber keiner übertriebenen Hoffnung hin. Wir glauben, den Wünschen der Arbeiter weit entgegengekommen zu sein. Es ist nun auch Pflicht der Arbeiter, die Bemühungen des Staates und der Werksbesitzer zu unterstützen und von aller Agitation abzulassen, die das Gesetz in den Dienst einer gewissen politischen Partei stellt. Wenn die Arbeiter das letztere tun, wird das Gesetz nicht zum Segen werden, sondern zum Fluch. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Imbusch** (Z.): Das Gesetz erfüllt eine Reihe von Wünschen meiner Parteigenossen und der Arbeiter nicht, so daß uns die Zustimmung keineswegs leicht ist. Es ist mir auch nicht recht begreiflich, warum Preußen und andere Bundesstaaten sich so sehr gegen eine reichsgesetzliche Regelung der Materie wehren. Ein Fortschritt ist die Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle, welche das Gesetz bringt. Sollten sich Mängel bei der Einführung des Gesetzes herausstellen, so erwarten wir, daß man sofort an eine Abänderung des Gesetzes herantritt. Einzelne Teile des Gesetzes entsprechen unseren Wünschen nicht. Deshalb muß es von den Arbeitgebern lojal gehandhabt werden; die Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle darf nicht durch illoyale Handhabung illusorisch gemacht werden.

Abg. **v. Gescher** (k.): Das Leben und die Sicherheit des Bergarbeiters muß geschützt werden, doch wird das durch die vorliegenden Anträge keineswegs erreicht. Trotzdem stimmen wir dem Antrag, daß schon auf 400 Arbeiter ein Ausschußmitglied zu wählen ist, und daß die Wahlen nach Fahrerabteilungen stattfinden können, zu, weil wir Wert darauf legen, daß das Gesetz von einer möglichst großen Mehrheit angenommen wird. Es kommt den Arbeitern soweit entgegen, als das Interesse der Industrie es irgend gestattet. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. **Borster** (freik.): Wir haben Wert darauf gelegt, daß bei der Wahl der Sicherheitsmänner und der Arbeiterausschüsse das ruhige und besonnene Element zur Geltung kommt. (Zustimmung rechts.)

Abg. **Traeger** (frs. Vp.): Bei den Kompromißanträgen muß man die Bescheidenheit der Herren bewundern, die ihnen trotz weitergehender Wünsche beigetreten sind. Die Veränderung der Steigerabteilungen in Fahrerabteilungen war vorher von besonderen Voraussetzungen abhängig und soll nach dem Kompromißantrag von dem Belieben der Werksbesitzer abhängen, das allerdings der Genehmigung durch das Oberbergamt bedarf. Das ist das Ganze. Wir werden dem Gesetz zustimmen, aber nicht auf den Versuch verzichten, es noch nach unseren Wünschen zu verbessern. Nach wie vor verlangen wir ein Reichsberggesetz und deshalb würden wir den Entwurf ablehnen, wenn dadurch das Reichsberggesetz in weite Ferne gerückt würde, wie man auf der Konferenz der Berggewaltigen am 6. Januar hoffte. Diese Hoffnung aber ist eitel. Die Wirkung des Gesetzes wird nicht von dem Verhalten der Arbeiter abhängen, sondern von dem der Arbeitgeber, die vorläufig noch die Mächtigen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb muß der Minister mit aller Energie darüber wachen und darauf dringen, daß das Gesetz seinen Intentionen entsprechend von den Arbeitgebern gehandhabt wird. (Sehr richtig! links.) Die Unternehmer widersetzen sich einem Reichsberggesetz vor allem deshalb, weil sie die Kontrolle des Reichstages bei der Durchführung des Gesetzes fürchten. Im Grunde handelt es sich dabei um eine Opposition gegen die vom Reiche mit Glück begonnene soziale Gesetzgebung. Auf der schon erwähnten Konferenz wurde ja auch ganz offen gesagt, das Berggesetz sei mit sozialen Dummheiten genug beschwert. Selbst die Sicherheitsmänner werden in diesen Kreisen für Pioniere des Umsturzes erklärt. Da ist es gewiß gerechtfertigt, sie nach jeder Richtung zu schützen und unabhängig zu machen. Der Herrenstandpunkt der Bergherren wird auch mit dem Argument verteidigt, daß wir konkurrenzfähig gegenüber dem Ausland bleiben müssen. Sollen wir etwa dadurch konkurrenzfähig bleiben, daß wir unseren Arbeitern das nicht gewähren, was die ausländischen Arbeiter bereits haben? Wir müssen im Gegenteil den Bergarbeitern gewähren, was sie in England und Frankreich längst haben. Den Unternehmern gegenüber muß der Minister fest bleiben, sonst wird durch das Gesetz der soziale Friede nicht gefördert, sondern gestört werden. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. **Leinert** (Soz.):

Beim Anhören der versöhnlichen Reden hier hatte ich die Empfindung, als ob der Terrorismus der Grubenherren gegen die Arbeiter jetzt bei der dritten Lesung vollständig vergessen werden soll. Die hier zutage getretene Versöhnung berührt mich sehr eigentümlich, weil ja über die Ausführung des Gesetzes noch nicht das allergerinste gesagt ist. Ueber die Wahl der Sicherheitsmänner und der Mitglieder des Arbeiterausschusses haben wir nur die Bestimmung: die Wahl ist unmittelbar und geheim. Bei der zweiten Lesung hatte ich einen Antrag eingebracht, diese Wahl wenigstens etwas sicherzustellen. Leider ist er abgelehnt worden; deshalb möchte ich an den Minister die Bitte richten, die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz noch etwas anders zu gestalten, als es bei dem Gesetz von 1905 geschehen ist. In Frankreich sind für die Wahlhandlungen ganz andere Bestimmungen geschaffen. Schon im Jahre 1890 sind dort Sicherheitsmänner eingeführt und im Jahre 1901 sind die Wahlbestimmungen so abgeändert, daß der Wähler, bevor er seine Stimme abgibt, einen isolierten Raum durchschreiten muß, wo er ungesehen seinen Stimmzettel in den Umschlag legen kann; auch darf der Unternehmer in dem Wahllokal nicht durch mehr als zwei Personen vertreten sein. In der Begründung zu dieser Bestimmung war gesagt, die Wahlfreiheit sei nicht gesichert, sondern sei gefährdet, weil die Unternehmer die Stimmzettel nach dem offiziellen Muster vor dem Wahllokal verteilen und die Wahlhandlung kontrollieren konnten. Weiter wird gesagt, die zur Erreichung der Sicherung der Wahlfreiheit vorgeschlagenen Maßnahmen würden bei einer gewöhnlichen Wahl wohl ein wenig komisch erscheinen, denn ein Wähler soll den Mut seiner Ueberzeugung haben (Sehr richtig! rechts), und es sei nicht empfehlenswert, aus ihm ein verzagtes Wesen ohne Charakterfestigkeit zu machen. (Sehr richtig! rechts.) Der Bericht fährt dann fort: „Aber es ist nicht zu verkennen, daß die Lage des Wählers, der hier geschützt werden soll, **verschieden** ist von der eines gewöhnlichen Wählers. Letzterer ist, auch wenn er in sehr untergeordneter Stellung sich befindet, doch nicht von einem einzigen Arbeitgeber abhängig, und kann, wenn er entlassen wird, wieder wo anders Arbeit finden. Der Bergarbeiter aber kann unter einem sehr leicht zu findenden Vorwand aus der Arbeit gejagt werden und findet dann nicht so leicht wieder andere Arbeit.“ Das trifft

für Preußen ganz ebenso zu.

Das Oberbergamt Dortmund hat im Jahre 1906 bestimmt, daß die Stimmzettel von der Zechenverwaltung geliefert werden; auf den Stimmzettel darf von den Wählern nur der Name des zu Wählenden geschrieben werden und kein äußeres Kennzeichen angebracht werden. Diese Bestimmung hat zu merkwürdigen Ergebnissen auf der Zeche Westhausen geführt. Jedes Belegschaftsmitglied erhielt 2 Stimmzettel, einen unbeschriebenen und einen mit dem Kandidaten der Zechenverwaltung bedruckten. Die Beamten der Zeche behielten den Wähler im Auge, bis er an den Wahltisch trat und seinen Zettel abgab. Wollte er gegen den Kandidaten der Zechenverwaltung stimmen, so mußte er den leeren Zettel erst beschreiben, was den Beamten natürlich nicht entgehen konnte. So ist es gekommen, daß der Kandidat des christlichen Verbandes vollständig an die Wand gedrückt und der Kandidat der Zechenverwaltung gewählt wurde. Das nennt man dann eine unmittelbare und geheime Wahl! (Hört! hört! links.) So wie hier wurden auch auf den Zechen „Graf Moltke“ und „Constantin IV und V“ gedruckte Stimmzettel, die übrigens nicht von der Zechenverwaltung ausgegeben waren, für gültig erklärt. Aber auf der Zeche „Vereinigte General und Erbstollen“ wurden bei der Wahl am 6. Oktober 1908 alle gedruckten Stimmzettel, sowie solche, bei denen dem Namen des Kandidaten der größeren Deutlichkeit halber seine Markennummer zugefügt war, für ungültig erklärt. Außerdem erhielt jeder Wähler nur einen Zettel von der Verwaltung und falls dieser verschrieben war, keinen zweiten, so daß einer Reihe von Wählern

das Stimmrecht genommen

wurde. Von 400 Wahlberechtigten übten 260 das Wahlrecht aus. Es wurden aber aus den angeführten Gründen 174 Stimmen für ungültig erklärt und dann nicht diejenigen Kandidaten, welche 177, 182 und 175 Stimmen erhalten hatten, für gewählt proklamiert, sondern die mit 45, 17 und 11 Stimmen zogen als Vertrauensmänner der Wähler in den Arbeiterausschuß ein. Auf die eingelegte Beschwerde bestätigte das Oberbergamt die Ungültigkeitserklärung der Stimmzettel, und der Minister verwies auf den Klageweg beim Oberverwaltungsgericht, für welchen aber der Termin inzwischen verstrichen war. Auch bei der Wahl der Sicherheitsmänner kann die Freiheit der Wahl in ähnlicher Weise illusorisch gemacht werden. Deswegen sollte der Minister die Ausführungsbestimmungen entsprechend einrichten. Bei der zweiten Lesung hat Herr Beumer gesagt, nur kontraktbrüchige Arbeiter kommen auf die schwarze Liste. Es ist aber schon im Reichstag mitgeteilt worden, daß auch andere, namentlich politische Gründe, dafür maßgebend sind. Und vor einiger Zeit hat der Arbeiterschutzverband eine Versammlung abgehalten, in der dasselbe festgestellt wurde; die Bestimmungen sollten revidiert werden aus Anlaß der Verhandlungen im Reichstag und diese Revision besteht nun darin, daß dem Arbeiter bei seiner Annahme eröffnet wird: „Wenn Du kontraktbrüchig wirst, kommst Du auf die schwarze Liste und bekommst sechs Monate keine Arbeit.“ Juristisch mag das unbedenklich sein, wirtschaftlich aber keineswegs, denn über den Kontraktbruch entscheidet in letzter Linie ja der Arbeitgeber. Die schwarzen Listen sind deshalb unmoralisch und mit Recht habe ich deren Anwendung als Terrorismus bezeichnet. Weiter wurde in der De-

Kleines Feuilleton.

Aus der Werkstatt der Diplomatie. Im Jahre 1814 gelang es der englischen Regierung, mit dem persischen Schah ein Bündnis zu schließen, welches besagte, „daß alle Bündnisse Persiens mit den englandfeindlichen Mächten als nichtexistierend betrachtet werden und daß der Schah verspricht, jedem Versuch einer jedweden Macht, durch China oder Buchara nach Indien einzudringen, sich zu widersetzen.“ — Dieses Bündnis, das noch andere gegen Rußland gerichtete Spitzen hatte, veranlaßte Alexander I., einen Gesandten nach Persien zu senden, der dem englischen Einfluß entgegenwirken und einige strittige Fragen schlichten sollte. Der Gesandte Jermoloff, entledigte sich seiner Pflicht vorzüglich. Mit welchen Mitteln, das berichtet er in sehr aufrichtiger und interessanter Weise: „Mein finsteres Gesicht drückte meine Gefühle gut aus, und als ich vom Krieg sprach, spiegelte es die Gefühle eines Menschen wieder, der bereit ist, sich mit den Zähnen jemanden an die Gurgel zu werfen. Zum Unglück für die Perser bemerkte ich, daß sie das nicht gern sahen; wo es mir also an schlagenden Argumenten fehlte, da wirkte ich mit meinem tierischen Gesicht, meiner ungeheuren Gestalt, die einen schrecklichen Eindruck machten und mit meiner breiten Kehle. All' dies machte sie glauben, ein Mensch, der keine guten und überzeugenden Gründe hätte, würde nicht imstande sein, so zu schreien. Während man aber dem Schah zuflüsterte, ich sei ein unnahbares Untier, flößte ich ihm bei meinen Unterredungen das Gift der Schmeichelei ein.“

So zu lesen bei P. A. Nittich: Politisch-statistischer Abriß Persiens. (Petersburg 1896, S. 234.)

Die Autographensammlung Sardous, deren Versteigerung am Montag in Paris begonnen hat, enthält u. a. über tausend Nummern aus der Revolutionszeit. Fast alle bedeutenden Akteure der großen Umwälzung sind darin vertreten: Danton, Marat, Couthon, Fouquier-Tinville, Barras, Drouet, Rouget de l'Isle, Madame Roland, Tallien u. a. Von Robespierre befindet sich darunter außer Briefen das Manuskript der Anklagerede, die Saint Just gegen die Dantonisten hielt, von Camille Desmoulins ein Brief an seine Frau Lucile: voll verliebter Zärtlichkeit und politischer Begeisterung. Mirabeau berichtet in einem Briefe aus dem Gefängnis von Vincennes über einen Zusammenstoß, den er dort mit dem berüchtigten Marquis de Sade gehabt hatte: Sade drohte, Mirabeau nach seiner Freilassung die Ohren abzuschneiden, worauf ihm dieser entgegnete: „Mein Name ist der eines Mannes von Ehre, der noch keine Frauen zerstückelt und vergiftet hat und der ihn Ihnen mit dem Stock auf den Rücken schreiben wird, falls Sie nicht vorher gerädert sind.“ Den Zusammenbruch der königlichen Majestät spiegelt ein von Ludwig XVI. unterzeichnetes Billett aus dem Temple ab, worin es heißt: „Der König bittet für den königlichen Prinzen um einen kleinen Baldachin über die Wiege und für die Prinzessin um ein schmales Bett mit Baldachin.“ — Zugleich mit der Autographensammlung gelangte auch die Bibliothek Sardous zur Versteigerung. Der berühmte Dramatiker, dem seine Millionentantiemen solchen Luxus erlaubt haben, sammelte mit Vorliebe Bände, die sich im Besitz geschichtlich berühmter Persönlichkeiten befunden hatten. Außer etlichen Königen von Heinrich II. an und ihren Maitressen sind auch interessante Namen zu finden. Eine Plinius-Ausgabe von 1496, die sich im Besitze des Erasmus von Rotterdam befunden hat, zeigt am Rande 1600 Anmerkungen von der Hand des berühmten Humanisten. Erwähnenswert ist auch ein Herodot aus dem Besitz Racines mit vielen Randnoten des Dichters.

Die Sinnesschärfe bei den Blinden. Es ist eine allgemein verbreitete Anschauung, daß in den Fällen, in denen der menschliche Organismus eines Sinnes beraubt ist, die anderen Sinne sich zu größerer Feinheit entwickeln und bis zu einem gewissen Grade die fehlenden Eindrücke ersetzen können. Vor allem glaubt man von den Blinden, daß ihr Gehör und besonders ihr Tastempfinden weit besser entwickelt wäre als bei den sehenden Menschen, was ihnen bisweilen mit überraschender Sicherheit ihren Weg selbst zu finden ermöglicht. Diese Meinung wird nun durch eine Reihe von Experimenten widerlegt, die Professor Griesbach und der Direktor des Blindeninstituts in Illzach-Mülhausen Kung an einer großen Zahl von Blinden und gleichzeitig von sehenden Schulkindern desselben Alters angestellt haben, und die nach einem Bericht der „Nature“ folgende Tatsachen ergaben: Die Blinden erkennen die Richtung der Töne nicht besser als Sehende und nehmen sie auch nicht aus größerer Entfernung wahr; ihr Geruchsinn ist sogar geringer entwickelt. In der Blindenschrift, dem Braille-Alphabet, sind die Buchstaben durch verschiedene Kombinationen von Reliefpunkten dargestellt; man nahm nun an, daß der Zeigefinger der rechten Hand, dessen sich die Blinden beim Lesen bedienen, besonders fein entwickelt sein müßte — es ist aber nicht so: eine allzu große Sensibilität der Fingerspitze ist bei der Lektüre eher hinderlich, und wenn die Blinden etwa infolge von Handarbeit eine dickere Haut am Zeigefinger der rechten Hand bekommen, so wird es ihnen leichter, die Buchstaben zu erkennen. Es scheint danach erwiesen, daß bei Blinden die übrigen Sinne keine größere Feinheit entwickeln. Wie ist nun die Tatsache zu erklären, daß die Blinden Hindernisse vermeiden und ihren Weg allein finden können? Man hat vermutet, daß sie auf die Luftströme aufpassen, die ihr Gesicht treffen, und daß sie außerdem durch Temperaturempfindungen geleitet werden. In der Tat vermeiden sie nicht ebenso gut Hindernisse, wenn ihr Gesicht bedeckt wird. Oft erklären sie zu „wissen“, daß sie nahe einer Mauer sind, und es zu „fühlen“, obwohl sie sie nicht berühren. Bei der eben erwähnten Annahme würden sich diese Tatsachen leicht erklären. Man darf jedoch auch die Wichtigkeit des rein psychischen Elements nicht unterschätzen. Die angespannte Aufmerksamkeit bewirkt, daß manche Sinneseindrücke, die uns gewöhnlich nicht zum Bewußtsein kommen, bemerkt werden können. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben die Blinden nicht vollkommenere Gehörs- und Tastempfindungen als die normalen Menschen, wohl aber hat die Notwendigkeit, diesen eine schärfere Aufmerksamkeit zuzuwenden, zur Folge, daß eine größere Zahl von ihnen ins Bewußtsein tritt, und das Resultat ist dasselbe, als ob die Empfindungen an sich wirklich feiner entwickelt wären.

Humor und Satire.

Die Lösung des Problems. Und das Murren über die Mängel des Vereinsgesetzes nahm kein Ende und wurde immer lauter. Da entschloß sich die Regierung, mit starker Hand einzugreifen und folgendes zu verordnen:

§ 1. Mitglied eines politischen Vereins kann jeder unbescholtene Bürger werden, welcher bescholten zu werden wünscht und sich den größten Unannehmlichkeiten auszusetzen beabsichtigt.

§ 2. Jedem Bürger, der der polnischen Sprache mächtig ist, bleibt es unbenommen, sich dem Verein entlassener Strafgefangenen anzuschließen.

§ 3. Soll ein neuer politischer Verein gegründet werden, so haben die Veranstalter der vorgesetzten Polizeibehörde Meldung zu erstatten und sich dringend abraten zu lassen.

§ 4. Der Behörde steht das Recht zu, die Gründung behufs späterer Auflösung zu gestatten.

§ 5. Politische Vereine haben ihr Diskussionsgebiet auf Gemüsezucht, Baumkultur, Kinderernährung, Musik, Hautpflege, Zahnhygiene, Bewegungsspiele und häusliche Handarbeiten zu konzentrieren.

§ 6. Die Statuten sind in zwei Exemplaren einzureichen. Zur Erhebung der Anklage genügt eins.

§ 7. Die Mitgliederbeiträge sind monatlich einzuziehen und zwar nur ein einziges Mal, da im zweiten Monat der Verein bereits erloschen sein wird.

§ 8. Frauen dürfen an Versammlungen teilnehmen, wenn ihnen wegen starken Schnurrbartes das Tragen von Männerkleidung polizeilich erlaubt ist.

§ 9. Versammlungen unter freiem Himmel sind gestattet: a) wenn ein König einzieht, zum Zweck des Tücherschwenkens; b) wenn ein Aviatiker fliegt, zum Zweck gemeinsamer Enttäuschung.

§ 10. In Sälen ist der Mittelgang freizuhalten, und zwar auf Wunsch des überwachenden Beamten in Breite des ganzen Lokales.

§ 11. Ueber „Thema“ darf nicht gesprochen werden.

(„Lustige Blätter.“)

Notizen.

— **Georg von Neumayer**, Prof. Dr., Wirkl. Geheimer Rat und früherer Direktor der Deutschen Seewarte in Hamburg, ist, 84 Jahre alt, gestorben.

— **Kurpfuscher.** In den Prozessen gegen Kurpfuscher wird den Angeklagten häufig mit Recht ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich erbieten, „brieflich zu behandeln“. Die approbierten Aerzte entrüsten sich bei solchen Anlässen gar sehr und finden selbst die höchsten Strafen gegen Kurpfuscher noch zu niedrig. Daß man heutzutage aber sogar in „gebildeten“, „besseren“ bürgerlichen Kreisen auch „studierten“ Medizinern die Bereitwilligkeit zutraut, für schnöden Mammon die berühmte „briefliche Behandlung“ zu betreiben, das geht aus folgender Annonce hervor, die letzten Sonntag im „Berliner Tageblatt“ an hervorragender Stelle prangte:

Arzt gesucht von Verlag für briefliche Behandlung
der Patienten. Bedingungen und Honorarangabe . . .

Wir sind fest davon überzeugt, daß sich auf diese — Kurpfuscher-Annonce Hunderte von Aerzten gemeldet haben. . .

hatte ein großes Aufheben davon gemacht, daß Leimpeters auf dem Kongreß der Bergarbeiter die Einrichtung der Sicherheitsmänner im Saargebiet für bedeutungslos erklärt und gesagt habe, sogar Idioten seien hineingewählt worden. Ein Zentrumsblatt nannte dies eine niederträchtige, beweislose Behauptung. Leimpeters hat gesagt, daß die Bergleute aus Ironie die dümmsten dazu wählen, und da ist es vorgekommen, daß auch ein Idiot gewählt wurde. Und als den Bergleuten darüber Vorhaltungen gemacht wurden, sagten sie, die ganze Einrichtung sei verrückt. Das ist also keine beweislose Behauptung, sondern die Bergleute schätzen in der Tat die Einrichtung der Sicherheitsmänner im Saarrevier in dieser Weise ein. Auch in einem Flugblatt der christlichen Bergarbeiter wird gesagt, daß die Saarbergleute so niedergehalten werden, daß keiner wagt, den Mund aufzutun. In der Aera Hilger, um die es sich auch bei dem Ausspruch Leimpeters handelte, stand nach diesem Flugblatt das Schmarotzertum in voller Blüte. Schmarotzer, Faulenzer und Denunzianten wurden von den Beamten bevorzugt. Das mögen sich diejenigen merken, welche Leimpeters beschuldigen, die Bergleute beleidigt zu haben. Bei diesem Gesetz handelt es sich um gemeinsame Interessen der Arbeiter. Da ist es nicht richtig, einzelne Aeußerungen von Verbandsführern heranzuziehen und Uneinigkeit zu säen. Bei gemeinsamen Interessen der Arbeiter, und wenn Leben und Gesundheit der Bergarbeiter auf dem Spiele steht, hören die Parteiunterschiede auf.

Herr Stroßer warf mir vor, hier spreche ich versöhnend, aber auf einer Versammlung im Ruhrrevier hätte ich geäußert, wenn die Wünsche der Bergarbeiter nicht erfüllt würden, so würde ein ganz gewaltiger Ausstand entstehen. Dabei hatte ich lediglich angeführt, was von dem christlichen Verband durch Gebhard zum Ausdruck gebracht war. Auch eine gewisse Doppelzüngigkeit wurde uns zum Vorwurf gemacht, weil der Bergarbeiterverband eine Petition hier eingereicht hat, das Gesetz besser zu gestalten, und in Versammlungen Resolutionen faßte, das Abgeordnetenhaus möge den Entwurf ablehnen, damit ein Reichsberggesetz geschaffen werde. Es ist doch aber nur logisch, wenn man das letztere nicht erreicht, daß man versucht, das Gesetz besser zu gestalten.

Ein wenig muß ich mich noch mit Herrn Beumer beschäftigen. Er versuchte, die Aeußerungen über Ministerstürzerei in der Geheimkonferenz abzuschwächen und meinte, das komme auch in Fraktionssitzungen vor. So harmlos ist die Sache aber nicht. Herr Generaldirektor Uhlemann sagte, die einzige Hoffnung, **das Gesetz zu Fall zu bringen**, sei das Herrenhaus, und dadurch sei auch die **taktische Handhabe** gegeben,

den Minister zu beseitigen,

der Arm in Arm mit der Sozialdemokratie ein solches Gesetz präsentiert habe. Auch Bergrat Hilger sagte, es scheine ihm, daß es sich bei dieser Vorlage um die Stellung des Ministers handle: man hat ihm von oben die Pistole auf die Brust gesetzt, daher muß man ihm das Rückgrat stärken, und wenn nicht anders, ihm zu einem eleganten Abgang verhelfen. Wenn wir das immer wieder tun, und der zweite und dritte Minister geht, so wird sich das Blättchen zu unseren Gunsten wenden. Die Herren vom bergbaulichen Verein haben also ihre Macht tatsächlich so eingeschätzt, daß sie imstande sind, den Minister zu beseitigen! Und daß das keine leeren Redensarten sind, beweist das

Schicksal der Handelsminister v. Berlepsch und Brefeld,

die ja gerade über die Zechenbarone gestolpert sind. Brefeld fiel, als er die Einfahrer eingeführt hatte, und über Herrn v. Berlepsch schrieb ja Bued, der Sekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller: „Daß wir endlich Herrn v. Berlepsch kleinbekommen haben, erfüllt mich mit aufrichtiger Freude." Die Aeußerungen haben also einen sehr realen Hintergrund in dem Machtbewußtsein der Zechenbesitzer. Dabei hätten die Scharfmacher gar keine Ursache, sich gegen den Handelsminister zu wenden, denn lange Zeit war zwischen ihnen und der Regierung eine Verständigung nicht erzielt, die erst unter dem jetzigen Handelsminister erfolgte. Als auf einem Diner im Oktober 1907 Kirdorf den Herrenstandpunkt betonte, sagte Herr Delbrück, er habe für diese Energie volle Bewunderung und freue sich, ihn so sprechen zu hören; nicht der Herrenstandpunkt soll den Arbeiter gegenüber vertreten werden, sondern sie müßten das Maß von Kommandogewalt haben, das der höhere Offizier gegenüber dem niederen haben muß, wenn der Betrieb nicht stocken soll. Das sind nur Redensarten, die an die bekannten Aeußerungen vom alten Fritz erinnern. Erster Arbeiter im Betrieb zu sein, klingt sehr schön. Wenn man keinen Höheren über sich hat, so bedeutet das, Gebieter im Betrieb zu sein. Und wenn man die Kommandogewalt des Offiziers über den Arbeiter verlangt, so verlangt man vom Arbeiter

Kadavergehorsam.

In dieser Beziehung ist also der Minister mit den Bergherren ein Herz und eine Seele. Trotzdem wollten sie ihm zu einem eleganten Abgang verhelfen. Vielleicht ist das schon erreicht; es stand ja in den Blättern — nur er selbst hat noch keine Nachricht davon — daß er Kultusminister werden soll. Das wäre dann der elegante Abgang. Die Seele des Arbeiters, Herr Minister, werden Sie durch dieses Gesetz nicht finden. Vielleicht versuchen Sie es im Kultusministerium. Als Handelsminister haben Sie alles getan, die Seele des Arbeitgebers zu finden. Ich komme zum Schluß. Wir stimmen überein mit dem, was die „Germania" am 12. Mai 1909 erklärte: es ist bedauerlich, daß die Kommission die durchaus nicht zu weit gehenden Anträge des Zentrums abgelehnt hat und es ist sehr begreiflich, daß in den Kreisen der Bergarbeiter, die ursprünglich für die Vorlage waren und glaubten, sie würde verbessert werden, heute eine andere Ansicht Platz gegriffen hat, man will dort von diesem Gesetz nichts wissen. Auch heute kann ich erklären, daß wir für die Verbesserungsanträge stimmen werden; ich bin aber nicht in der Lage, zu sagen, daß dieses Gesetz den Anforderungen der Arbeiter Rechnung trägt und kann daher mit meinem noch übrig gebliebenen Freunde Ströbel für das Gesetz nicht stimmen. (Zurufe rechts.) Wenn ich bezüglich der Ausführung zu einer anderen Ueberzeugung käme, Herr v. Pappenheim, wenn wir nicht so viele Erfahrungen über die Ausführungsbestimmungen des Ministers und den Terrorismus der Grubenherren gemacht hätten, wäre es vielleicht etwas anderes; so aber können wir nicht dafür stimmen. Ich stimme auch überein mit dem, was im Flugblatt der christlichen Bergarbeiter im März 1908 gesagt ist: „In vielen Fällen hat es sich gezeigt, daß im preußischen Landtage in wirtschaftlichen Dingen nicht die Staatsregierung maßgebend ist, sondern eine Handvoll Großindustrieller des Ruhrgebiets. **Wer von den Bergleuten dort etwas vom preußischen Landtag erwartet, ist unheilbar verrückt.**" (Bravo! links; Unruhe rechts.)

Abg. Giesberts (Z.): Das von Herrn Leinert erwähnte Flugblatt ist nur von einem einzelnen Beamten des christlichen Bergarbeiterverbandes ausgegangen, der wegen des klobigen Schlußsatzes auch zur Rechenschaft gezogen ist. Das Abgeordnetenhaus hat die Aufgabe, jedesmal beim Bergetat die richtige Ausführung des Berggesetzes zu kontrollieren. Dieses Gesetz bringt sehr erhebliche Fortschritte und bedeutet geradezu einen Markstein in der Geschichte unserer Berggesetzgebung. Selbst Herr Leinert schien sich ja weniger gegen den Inhalt des Gesetzes zu wenden, sondern nur die miserable Ausführung zu befürchten. (Widerspruch des Abgeordneten Leinert.) In der sozialdemokratischen Presse wird auch ganz anders geschrieben als wie Herr Leinert hier spricht.

Handelsminister Delbrück: Die Redner der einzelnen Fraktionen sagten, es sei ihnen nicht leicht geworden, für die Kompromißanträge zu stimmen. Dasselbe kann auch ich sagen. (Heiterkeit.) Denn eine Verbesserung des Gesetzes bedeuten sie nach keiner Richtung. Aber das Bessere soll nicht der Feind des Guten sein. Um eine loyale Durchführung des Gesetzes wird sich die Staatsregierung und besonders ich bemühen. Dann werden wir trotz des Herrn Leinert auf den Weg kommen, auf dem wir den Kampf um die Seele des Arbeiters mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen können, den ich hoffentlich noch recht lange an dieser Stelle und nicht an einer anderen führen werde. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Leinert (Soz.) (zur persönlichen Bemerkung): Herrn Giesberts gegenüber bemerke ich, daß auf dem Flugblatt, aus welchem ich einige Stellen verlesen habe, steht: Verlag Gewerkverein christlicher Bergleute, Bezirk Saarrevier. Daß das Blatt von der Zentralleitung ausgegangen ist, habe ich nicht behauptet. Zu der Behauptung, daß ich hier anders rede, als die sozialdemokratische Presse schreibt (sehr richtig! rechts), bemerke ich nur, daß Sie (zum Zentrum) hier ganz anders reden, als Ihre Dasbachpresse uns draußen behandelt.

Bei den einzelnen Paragraphen werden die Kompromißanträge mit großer Mehrheit angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr (Rechnungssachen, kleinere Vorlagen, Interpellation des Zentrums wegen der Ueberschwemmungsschäden, Wahlprüfungen, dritte Lesung des Stempelsteuergesetzes und der Sekundärbahnvorlage.)

Schluß 4¼ Uhr.

Ungesetzliche Wahlrechtsverschlechterung in Rixdorf.

Bekanntlich erfolgte bis vor einigen Jahren die Bildung der drei Gemeindewählerabteilungen ohne Ausnahme in der Weise, daß von den am höchsten besteuerten Wählern so viele der ersten Abteilung zugewiesen wurden, daß die aus ihnen zusammen aufgebrachte Steuer ein Drittel der in der ganzen Gemeinde zu zahlenden Steuersumme ausmacht. Die dann nach der Steuerhöhe folgenden Wähler kamen soweit in die zweite Abteilung, daß ihre Steuersumme das zweite Drittel der Gesamtsteuersumme ausmacht. Die dann noch übrig bleibenden Wähler gehörten der dritten Abteilung an, die zusammen das letzte Steuerdrittel aufzubringen hatten. Diese „Drittelung" hat durch das Gesetz vom 30. Juni 1900 eine Korrektur erfahren durch die Bestimmung, daß in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern alle Wähler, welche mehr als den auf den einzelnen Wähler entfallenden Durchschnittsbetrag der gesamten Steuersumme zu zahlen haben, nach dem Drittelungsprinzip aber der dritten Abteilung angehören würden, der zweiten bezw. ersten Abteilung zugeteilt werden müssen. Diese Art der Abteilungsbildung wird als die Anwendung des „Durchschnittsprinzips" bezeichnet.

In Rixdorf liegen nun die Verhältnisse so, daß bei der Drittelung eine große Zahl von Wählern, die den Durchschnittssteuersatz nicht erreichen, der zweiten Abteilung angehören. Alle diese Wähler hat der Magistrat bei Aufstellung der Gemeindewählerliste in die dritte Abteilung eingereiht. Dadurch ist der sonderbare Zustand entstanden, daß im Jahre 1908 die erste Abteilung 856 Wähler mit einer Steuersumme von 804 282 M., die zweite Abteilung 3926 Wähler mit einer Steuersumme von 804 192 Mark und die dritte Abteilung 31 356 Wähler mit einer Steuersumme von 1 061 166 M. aufwies. Also eine sehr große Zahl von Wählern waren durch diese eigentümliche Art der Listenaufstellung aus der zweiten Abteilung, der sie vordem angehörten, in die dritte Abteilung hinabbefördert worden, nämlich alle diejenigen, welche den Durchschnittssteuersatz von 78,58 M. nicht erreichen, nach dem Drittelungsprinzip aber der zweiten Abteilung hätten zugezählt werden müssen.

Gegen diese Listenaufstellung hat der Stadtverordnete, Genosse Conrad, nachdem seine Beschwerde an die Stadtverordnetenversammlung zurückgewiesen wurde, Klage beim Bezirksausschuß in Potsdam erhoben. Der Kläger beantragt: die Gemeindewählerliste der Stadt Rixdorf zu kassieren und den Magistrat anzuweisen, eine solche erneut nach dem Prinzip der Steuerdrittelung aufzustellen. — Die Klage wurde am Dienstag vor dem Bezirksausschuß verhandelt.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der dem Kläger als Vertreter zur Seite stand, führte an der Hand der Entstehungsgeschichte des Gesetzes vom 30. Juni 1900 und durch Wortlaut des Gesetzes den Nachweis, daß die Aufstellung der Rixdorfer Wählerliste den gesetzlichen Bestimmungen widerspricht. In längerem Vortrage vertrat Genosse Heine im wesentlichen den Standpunkt: Die Einführung des Durchschnittsprinzips in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern bedeutet nicht eine Aufhebung des Drittelungssystems, sondern nur eine Modifikation oder, wie das Gesetz in wörtlicher, nicht geschickter Uebertragung dieses zwar fremdländischen aber verständlichen Ausdrucks sagt, eine „Veränderung" der Drittelung. Das geltende Grundprinzip ist und bleibt auch in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern das der Drittelung. Das ist in § 1 des Gesetzes unter Wiederholung der älteren gesetzlichen Bestimmungen noch einmal normiert. Wer nach der Steuerliste in die zweite Abteilung fällt, ist Wähler der zweiten Abteilung. Davon gibt es nur die einzige Ausnahme in § 1 Absatz 5 für die Personen, die vom Staate zu einer Steuer nicht veranlagt sind. Der § 2 des Gesetzes gibt für die Städte mit mehr als 10 000 Einwohner eine Veränderung, eine Modifikation dieses Prinzips. Dies wird vom Gesetz dahin bezeichnet: „daß jeder Wähler, dessen Steuerbetrag den Durchschnitt der auf den einzelnen Wähler treffenden Steuerbeträge übersteigt, stets der zweiten oder ersten Abteilung zugewiesen wird." — Schon in dieser Fassung ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die einzige Modifikation des Drittelungsprinzips durch das Durchschnittsprinzip in der Ueberweisung von Wählern aus der dritten Abteilung in eine der oberen Abteilungen besteht, daß aber niemals aus dem Durchschnittsprinzip eine Ueberweisung von Wählern, die der Drittelung nach zur zweiten Abteilung gehören würden, in die dritte gefolgert werden darf. Dies steht auch mit einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit in den Motiven des Gesetzes. Es heißt da: Die überlieferte Drittelung bleibt überall, wo sie den durchschnittlichen Steuerleistungen schon jetzt ein Wahlrecht wenigstens in der mittleren Abteilung bietet, unberührt. —

Dies ist in Rixdorf der Fall, wo unstreitig alle Wähler, die mehr als den Durchschnitt zahlen, ohnehin zur zweiten Abteilung gehören, während die Tendenz der Beklagten darauf hinausgeht, die anderen Wähler, die außerdem noch in der zweiten Abteilung sind, aus dieser zu verdrängen. — Weiter heißt es in den Motiven des Gesetzes: Das Korrektiv des Durchschnitts kommt nur dort zur Anwendung, wo das bisherige System den über das Mittelmaß hinausreichenden Steuerleistungen nicht mehr gerecht wird.

Dies heißt also, daß das Durchschnittsprinzip, obgleich es nach dem Gesetz für alle Städte mit mehr als 10,000 Einwohnern gilt, nur in Anwendung kommt, um die Wähler, welche mehr als den Steuerdurchschnitt zahlen, in die zweite Abteilung zu bringen.

Dieselbe Auslegung des Gesetzes kommt auch in dem Bericht der Landtagskommission zum Ausdruck sowie in den von der Regierung erlassenen Ausführungsbestimmungen. Diese sagen ausdrücklich: . . . „daß die Modifikationen nur dann Platz greifen, wenn bei der nach § 1 vorzunehmenden Drittelung Wähler, auf welche mehr als der Durchschnitt der Steuerbeträge entfällt, in die dritte Abteilung gelangen würden. Ist das nicht der Fall, so verbleibt es auch in den hier fraglichen Stadt- und Landgemeinden bei der Drittelung gemäß § 1 des Gesetzes." —

Dieselbe Auffassung vertritt auch der Kommentator des Gesetzes, Oberregierungsrat Georg Ebert.

Die Regierung verfolgte mit dem Gesetzentwurf die Absicht, die Teilnahme weiterer Schichten an der zweiten Wählerklasse zu ermöglichen, dieser Klasse neue Elemente zuzuführen. Sie wollte den Uebelstand beseitigen, daß sogar Wähler, die mehr als den Durchschnitt der Steuer zahlen, in die dritte Abteilung verwiesen waren. Es war aber nicht die Absicht, Leute, die in der zweiten Abteilung zu wählen hatten, aus dieser zu entfernen, weil sie nicht den Durchschnitt zahlen.

Der Vertreter der beklagten Stadtverordnetenversammlung, Rechtsanwalt Gebhard, suchte die angefochtene Listenaufstellung in der Hauptsache damit zu begründen, daß er ausführte: Das Gesetz schreibt nur schlechtweg die Anwendung des Durchschnittsprinzips vor, es sagt nicht, daß dies Prinzip nur da anzuwenden sei, wo dadurch Wähler aus der dritten in die zweite Abteilung kommen. Der Zweck des Gesetzes ist, dem Mittelstande das Wahlrecht zu sichern, welches er seiner Bedeutung gemäß haben muß. Das Gesetz hat nicht den Zweck, den plutokratischen Charakter des Drittelungsprinzips in demokratisierendem Sinne zu modifizieren. Die zweite Klasse soll für den Mittelstand reserviert werden. Deshalb läßt ja auch das Gesetz zu, daß die Gemeinden anstatt des einfachen Durchschnittsprinzips den 1½fachen Durchschnitt setzen können. Die Tendenz des Gesetzes ist: es sollen diejenigen in die zweite Abteilung, die ihrer Steuerleistung nach hinein gehören, aber nicht diejenigen, die ihrer geringen Leistung wegen in die dritte Abteilung gehören.

Rechtsanwalt Heine bemerkte hierauf: Solche Redensarten, daß die zweite Abteilung für gewisse Leute reserviert werden müsse, seien bei der Beratung des Gesetzes auch gemacht worden. Solche politische Tendenzen könnten aber doch im Gesetz nicht zum Ausdruck gebracht werden. Das Gesetz gebe nur allgemeine Vorschriften und gegen diese verstoße die Aufstellung der Rixdorfer Wählerliste.

Schließlich legte noch der Kläger Konrad in einigen Ausführungen die Ungerechtigkeit und Ungesetzlichkeit der Art der Listenaufstellung dar.

Nach langer Beratung gab der Bezirksausschuß sein Urteil dahin ab: Die angefochtene Wählerliste ist zu kassieren. Es ist eine neue Liste aufzustellen nach dem Durchschnittsprinzip, das heißt, daß auf jede Abteilung ein Gesamtsteuerbetrag von 889880 Mark entfällt. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, der Wortlaut des Gesetzes ist nicht so klar, daß nicht verschiedene Auffassungen hinsichtlich seiner Auslegung herrschen könnten. Aber wir sind nach wiederholten Beratungen zu der Ansicht gekommen, daß der Standpunkt des Klägers den Absichten des Gesetzgebers und dem Inhalt des Gesetzes entspricht.

*

Durch diese Niederlage der Rixdorfer Wahlrechtsverschlechterer ist auch der noch weitergehende Wahlrechtsraub, den die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit im Dezember vorigen Jahres an einem großen Teil der Rixdorfer Arbeiter beging, in der Praxis gegenstandslos geworden. Wenn nun auch das Ortsstatut bestimmt, daß nur Wähler, welche den 1½fachen Steuerdurchschnitt zahlen, in die zweite Abteilung kommen können, so kann das nur für den Fall gelten, daß solche anderthalbfachen Durchschnittsmänner bei Anwendung der Drittelung in die dritte Abteilung kämen. Nun müssen aber nach dem Urteil des Bezirksausschusses — dem zweifellos auch das Oberverwaltungsgericht beitreten dürfte, wenn es der unterlegene Teil anrufen sollte — schon die Wähler, die unter dem Steuerdurchschnitt bleiben, der zweiten Abteilung eingereiht werden, soweit sie nach dem Drittelungsprinzip in die zweite Abteilung kommen. — Rahmig und seine Freunde haben also ihr Ziel nicht erreicht, aber durch ihre Absicht, die sie mit ihrem Vorstoß Ende vorigen Jahres bekundeten, haben sie sich für alle Zeit als Volksfeinde gekennzeichnet.

Aus der Partei.

Kongreß der Sozialdemokratischen Partei der Niederlande.

Amsterdam, 23. Mai.

Am Sonntag hielt hier die S. D. P. (die neue Partei) einen Kongreß ab, dessen wichtigste Verhandlungsgegenstände die Beratung über die Haltung der Partei zur S. D. A. P. (alte Partei) im ersten Wahlgang der bevorstehenden Kammerwahlen wie die Aufstellung eines Kampfprogramms war.

Genosse Wynkoop, der den Vorsitz führte, erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß seit den beiden letzten Kongressen manches zum Guten verändert sei. Ein Gradmesser des wachsenden Einflusses der Partei sei der Leserkreis der „Tribüne", deren Abonnentenstand und Auflage nach Deventer 900 bezw. 1500 betragen habe, jetzt aber 1400 bezw. 2000 betrage, obwohl viele Mitglieder der S. D. A. P. jetzt die „Tribüne" nicht mehr lesen. Die Partei sei die einzige, die den Kampf um das allgemeine Wahlrecht in Wirklichkeit führe, er sei ihr einziger Streitruf im jetzigen Wahlkampfe. Die S. D. A. P. hingegen führe diesen Kampf nicht mit dem Ernst, wie es eine proletarische Partei in dieser Situation tun müsse. Die S. D. A. P. begehe noch immer den Fehler, den linken bürgerlichen Parteien Vertrauen entgegenzubringen. Selbst die Freisinnsdemokraten aber sind im Innersten nicht mehr für das allgemeine Wahlrecht; dem Gesetz über den Arbeitskontrakt, das die holländischen Arbeiter in scharfen Kampf mit den Unternehmern verwickelt, haben sie zugejubelt; für Arbeiterversicherung tun sie nichts. Bei den Stichwahlen werde die S. D. A. P. trotz alledem die Liberale Union und die Freisinnig-Demokratische Partei unterstützen. Die S. D. P. dagegen sei die einzige Partei, welche die Fahne des allgemeinen Wahlrechts hoch halte und so die ursprüngliche Taktik der S. D. A. P. fortsetze, die sie bis zum Haager Parteitag beobachtete und die Troelstra selbst dort noch in seiner Wahlrechtsrede vertrat. Auch die in der S. D. A. P. gebliebenen Marxisten fordern in ihrem „Wochenblatt", daß nur wirkliche Befürworter des allgemeinen Wahlrechts von der S. D. A. P. unterstützt würden, und der Redner hofft, daß es ihnen gelingen werde, die Arbeiter der S. D. A. P. vor den Verlockungen der bürgerlichen Parteien zu feien. Zur Tagesordnung übergehend, stellt Wynkoop fest, daß die Partei sich in den Wahlkreisen Amsterdam III und IX, Rotterdam IV und Leiden mit eigenen Kandidaten an den Wahlen beteilige. Namens des Parteivorstandes beantragt Redner, in allen übrigen Wahlkreisen schon beim ersten Wahlgange die Kandidaten der S. D. A. P. zu unterstützen.

G. Mannoury, Mitglied des Parteivorstandes, wendet sich gegen die Unterstützung der S. D. A. P.-Kandidaten. Die S. D. A. P. sei die unmittelbare, die am meisten verderbliche und schädlichste Gegnerin der Sozialdemokratie. Seit dem Deventer Beschluß sei ihre Schuld noch um vieles vermehrt; sie habe die neue Partei mit niedrigen Mitteln bekämpft; Wynkoop wolle sie von der Diskussion in ihren öffentlichen Versammlungen ausschließen.

S. de Wolf, Delegierter von Amsterdam, unterstützt den Antrag des Parteivorstandes, da die S. D. A. P. keine bürgerliche Partei sei, sondern einen Teil des Proletariats vertrete. Die Unterstützung sei die einzige der neuen Partei würdige Antwort auf Troelstras den Arbeitern zu Rotterdam gegebenen Rat: „Drückt sie tot."

Auch andere Delegierte befürworten die Unterstützung, so auch H. Gorter, Mitglied des Parteivorstandes. Zwar sei die S. D. A. P. in ihrem Opportunismus sehr weit gegangen; im Augenblick aber müsse sie noch unterstützt werden, obwohl sie wahrscheinlich noch weiter darin gehen werde, vielleicht noch so weit, daß die Sozialdemokratische Partei sie nicht mehr unterstützen könne.

Schließlich wird die Unterstützung der S. D. A. P. beschlossen, womit gemeint ist, daß die Mitglieder der S. D. P. sowohl ihre Stimmen für die S. D. A. P.-Kandidaten in den Wahlkreisen abgeben sollen, wo die Partei keine eigenen Kandidaten aufstellt, und daß die Partei die Arbeiter zu dieser Unterstützung auffordert, während die Parteimitglieder sich an der Wahlarbeit für jene Kandidaten nicht beteiligen sollen.

Dann wurde zur Beratung des Kampfprogramms geschritten.

Maurenbrecher gegen Bülow.

Das „Volksblatt für Kassel" bringt folgende hübsche Notiz:

„In seiner Reichstagsrede vom 15. November sagte der Reichskanzler Bülow:

„Wir denken nicht daran, eine Flotte zu schaffen, welche so stark wie die englische wäre, aber wir haben das Recht und die Pflicht, uns eine Flotte zu halten, die der Größe unserer Handelsinteressen entspricht, die Notwendigkeit, unsere überseeischen Interessen zu schützen und unsere Küsten zu verteidigen."

In der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" aber schreibt Max Maurenbrecher:

„Das proletarische Interesse diesseits und jenseits des Kanals geht darauf hinaus, eine Demokratie sich gegenseitig im Gleichgewicht haltender Staaten zu schaffen. . . . Die Einschränkung der Rüstungen hat eben das zur Voraussetzung, was die englische Regierung mit ihrer Aktion verhindern will: nämlich den tatsächlichen Verlust und das bewußte Preisgeben des englischen Vorsprungs."

Weiter meint Maurenbrecher, daß wir nur eine solche Einschränkung der Rüstungen erstreben sollen, „die auf der Basis von gleich und gleich berechnet wird". Es ergibt sich also eine Possensituation, wie sie komischer gar nicht erfunden werden kann: ein Mann, der sich zur Sozialdemokratie rechnet, begeistert sich für eine Flottenrivalität mit England, die von den maßgebenden amtlichen Stellen aufs entschiedenste abgelehnt wird. Bülow will eine Flotte, die der Größe unserer Handelsinteressen entspricht. Maurenbrecher dagegen verlangt eine, die so groß ist wie die englische!

Nachdem die „Soz. Monatshefte" neulich die bürgerlichen Demokraten angepöbelt, weil sie nicht patriotisch genug sind, legen sie sich nun sogar schon aus dem gleichen Grunde mit der Regierung an! Die „Nordd. Allg. Ztg.", die sonst die roten Hefte so zärtlich zitierte, wird nächstens beauftragt werden, gegen den maßlosen Chauvinismus, der bei den rechtesten Flügelmännern der vaterlandslosen Partei ausgebrochen ist, ganz entschieden Stellung zu nehmen. Hoffentlich verzichtet sie dann aber auch auf die schwindelhafte Behauptung, daß es in der Sozialdemokratie keine Meinungsfreiheit gebe. Eine Partei, die über den Genossen Maurenbrecher einfach lacht, ist sicher alles eher, denn eine Tyrannin!"

Genosse Julius Vahlteich ist, wie uns aus New York mitgeteilt wird, von der „New Yorker Volkszeitung" zurückgetreten, um seinen Lebensabend bei seinem Sohn, der Arzt in Chicago ist, zu beschließen. Vahlteich und Bebel gehörten mit zu den ersten Mitgliedern des Leipziger Gewerblichen Bildungsvereins, der im Februar 1861 gegründet wurde und nachher in der Bewegung eine gewisse Rolle spielte. Später war Vahlteich bekanntlich Sekretär Lassalles, mit dem er sich aber bald überwarf und auf dessen Antrag er aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgeschlossen wurde.

Der Grund zu Vahlteichs Rücktritt ist ein Herzleiden. Ende Dezember vollendet er das 70. Lebensjahr.

Aus Industrie und Handel.

Rentabilität in der Maschinenindustrie.

Es haben bis jetzt 90 Maschinenfabriken ihre Geschäftsabschlüsse für 1908 veröffentlicht. Diese Gesellschaften hatten zusammen ein Aktienkapital von 184,95 Millionen Mark. Der Reingewinn stellte sich bei diesen Gesellschaften im Jahre 1908 auf 24,10 Millionen Mark gegen 23,60 Millionen im Jahre 1907. Die Verluste beliefen sich zusammen nur auf 2 096 000 Mark gegen 7 143 760 Mark 1907. Bringen wir den Gesamtverlust von der Summe des Reingewinns in Abzug, so erhalten wir einen Gewinnüberschuß von 22 Millionen Mark im Jahre 1908, während er 1907 nur 16,46 Millionen betragen hatte. Es ergibt sich demnach noch eine Steigerung des Ueberschusses um 5½ Millionen Mark oder um rund 34 Proz. Auch die Abschreibungen weisen eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre auf; sie sind bei den in Betracht kommenden Gesellschaften von 11,54 Millionen Mark auf 14,51 hinaufgegangen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1908.

In der Zeit vom 14. bis 17. Juni finden in Mainz die diesjährigen Tagungen des Zentralverbandes und der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine statt. Der jetzt vorliegende Geschäftsbericht äußert sich in sehr eingehender Weise über zahlreiche, die Genossenschaftsbewegung im allgemeinen und die Konsumvereine im besonderen berührende Fragen. Aus der Fülle von Angaben seien hier ein paar Zahlen mitgeteilt.

	1902	1906	1907	1908
Zahl der Verbandsvereine	585	929	985	1 068
Zahl der berichtenden Vereine	503	886	964	1 060
Mitgliederzahl	480 916	781 369	885 074	975 605
Zahl d. Verkaufsstellen	1 261	2 324	2 562	2 829
Zahl d. beschäft. Pers.	—	10 716	12 783	14 910
	M.	M.	M.	M.
Umsatz	147 895 161	258 514 822	303 794 452	349 728 334
In eigener Produktion hergestellte Waren	—	24 803 206	32 634 305	44 482 900
Erübrigung	12 477 852	19 370 284	20 995 226	21 102 782
Warenbestände	16 132 939	29 091 285	32 207 990	36 457 971
Inventar u. Maschinen	3 008 181	5 586 708	6 612 341	8 808 435
Buchwert d. Grundbes.	18 336 770	37 075 803	42 079 847	48 500 087
Eigenes Kapital	14 456 283	25 311 783	28 396 578	32 467 578
Fremdes Kapital	16 625 313	36 281 262	43 160 709	51 315 909

In diesen Zahlen sind auch die Geschäftsergebnisse der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine und der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sowie der Arbeitsgenossenschaft enthalten. Beschränken wir uns auf die Konsumvereine allein, so erhalten wir das folgende Bild:

	1902	1906	1907	1908
Zahl der berichtenden Vereine	503	865	989	1 021
Mitgliederzahl	480 916	776 999	879 221	966 904
	M.	M.	M.	M.
Umsatz	113 000 000	208 000 000	238 000 000	276 000 000
Erübrigung	12 400 000	19 000 000	20 800 000	20 400 000

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine wurde im Jahre 1903 in Dresden gegründet.

Der Entwickelung des Ganzen entspricht auch die Entwickelung der einzelnen Teile. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine besteht aus 1028 Konsumvereinen, 38 Arbeitsgenossenschaften und Genossenschaften anderer Art, einer Großeinkaufs-Gesellschaft und einer Verlagsanstalt des Zentralverbandes. Die Großeinkaufs-Gesellschaft erzielte im Jahre 1908 einen Umsatz von 65 778 277,03 Mark. Die Verlagsanstalt betreibt eine große Druckerei, die Herausgabe zweier Zeitungen, von Büchern und Broschüren, ferner Buch- und Papierwarenhandlung, die Fabrikation von Papierwaren, insbesondere Papiertüten, und besitzt außerdem eine Abteilung für Versicherungswesen. In den verschiedenen Abteilungen des Unternehmens wurden im Jahre 1908 insgesamt 98 Personen beschäftigt. Der Nettoumsatz der Verlagsanstalt im eigenen Geschäfte betrug 484 058 M. gegen 360 000 M. im Jahre 1907.

Am bedeutungsvollsten ist die Gruppe der Konsumvereine. Ihre Zahl betrug 1908 1021 gegen 989 im Jahre 1907. Die Mitgliederzahl wuchs von 879 221 auf 966 904. Die Zahl der Verkaufsstellen stieg von 2562 auf 2828, die Zahl der Zentrallager von 135 auf 149. Der Gesamtumsatz erreichte die Höhe von 276 Millionen Mark gegenüber 238 Millionen Mark im Jahre zuvor. Vom Gesamtumsatz entfielen 258 gegen 217 Millionen Mark 1907 auf das eigene Geschäft, auf das Lieferantengeschäft 23,5 gegen 21,5 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Zahl der in der Warenverteilung beschäftigten Personen stieg von 9662 auf 11 706. Bei der Warenherstellung, in der Hauptsache in Bäckereien, Schlächtereien und Mineralwasserfabriken der Konsumgenossenschaften stieg die Zahl der beschäftigten Personen von 1810 auf 2069. Der Durchschnittsumsatz in jedem Verein ist seit 1902 von 251 147 Mark auf 270 382 Mark im Jahre 1908 gestiegen, der Durchschnittsumsatz des Mitgliedes von 263 Mark auf 285 Mark. Davon entfielen auf den Umsatz im eigenen Geschäft im Jahre 1902 236 Mark, im Jahre 1908 261 Mark, auf den Umsatz im Lieferantengeschäft 1902 27 Mark, 1908 24 Mark.

Der Zentralverband führt auch eine Berufsstatistik der Mitglieder in den einzelnen Konsumvereinen. Diese ist zwar nicht ganz vollständig, da von 966 904 Mitgliedern nur 838 073 zur Berufsstatistik berichtet haben.

In der Zeit von 1903 bis 1908 stieg die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden von 38 295 auf 56 939, der selbständigen Landwirte von 8583 auf 14 964, der Angehörigen der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamten von 22 593 auf 35 456, der gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen in gewerblichen Betrieben von 390 601 auf 638 251, der gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen in landwirtschaftlichen Betrieben von 14 811 auf 28 384, der Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner usw.) von 24 123 auf 64 079. Von den 838 073 Mitgliedern, über die zur Berufsstatistik berichtet wurde, waren 735 484 Männer und 102 589 Frauen. Das Verhältnis zu der Gesamtzahl der Mitglieder entwickelte sich in den einzelnen Berufsgruppen verschieden. Der Anteil der selbständigen Gewerbetreibenden ging von 1904 bis 1908 von 8,87 Proz. auf 6,79 Proz., derjenige der selbständigen Landwirte von 2,09 Proz. auf 1,79 Proz. und der der Angehörigen der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamten von 6,12 Proz. auf 4,23 Proz. zurück. Unter den gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen in gewerblichen Betrieben sind vorwiegend Industriearbeiter zu verstehen, daneben aber auch noch Werkmeister, technische Beamte, kurz die Angehörigen des sogenannten „neuen Mittelstandes". Ihr Anteil an der Mitgliedschaft stieg von 72,61 Proz. im Jahre 1904 auf 76,44 Proz. im Jahre 1907, 1908 trat wieder ein kleiner Rückgang auf 76,15 Proz. ein.

Ein Viertel der Mitglieder der Konsumvereine des Zentralverbandes gehört Bevölkerungsschichten an, die sich zum Mittelstande rechnen.

Zollräuberei.

Wie jetzt bei den Zolltarifverhandlungen in den Vereinigten Staaten gemogelt, betrogen und geräubert wird, dafür bringt die „New Yorker Handelsztg." einen hübschen Beitrag. Sie schreibt: Vor einiger Zeit wurde aus Calais hierher gemeldet, daß sich in der dortigen Arbeiterschaft große Feindseligkeiten gegen den Spitzenfabrikanten Emile Ozanne kund tue, weil dieser seine Fabrik und seine Maschinen nach Amerika verlegen wolle. Es sei ihm das aus dem Grunde bisher nicht möglich gewesen, weil sich kein Arbeiter in Calais finde, welcher zur Fortschaffung jener Maschinen eine Handreichung zu leisten bereit sei. Diese hier nur vorübergehendes Interesse erregende Meldung hat inzwischen durch eine Bestimmung der sogenannten Aldrich Bill diesseits erhöhte Bedeutung gewonnen. Denn auffälligerweise empfiehlt die betreffende, in § 194 enthaltene Bestimmung Zollfreiheit für die Einfuhr gerade der in Betracht kommenden Maschinen jenes französischen Fabrikanten. Dieses merkwürdige Zusammentreffen wird aus freundschaftlichen Beziehungen erklärt, welche zwischen dem Vorsitzer des Senats-Kommittees, Senator Aldrich von Rhode Island, und dem Haupteigentümer der Spitzenfabrik der American Textile Co. in Pawtucket, Rhode Island, bestehen soll, an welch letzterer der obengenannte französische Spitzenfabrikant beteiligt ist. Die hiesigen Spitzenimporteure haben diese Angelegenheit einem Proteste gegen die empfohlene zollfreie Einfuhr jener Maschinen zugrunde gelegt. Durch die in der Aldrich-Bill vorgesehene Vergünstigung durch Nachlaß des Zolles erspart der — Auswanderer 145 000 Dollar. Immerhin ein ganz nettes Geschäft.

Eingegangene Druckschriften.

Das literarische Echo. 2. Maiheft. Halbmonatsschrift für Literaturfreunde. Herausgeber: Dr. J. Ettlinger, Verlag: E. Fleischel u. Co., Berlin W. 9.

Nord und Süd. Eine deutsche Monatsschrift. Maiheft. Einzelheft 2 M. S. Schottländer, Berlin W. 35.

Der Kampf. Heft 8. Sozialdemokratische Monatsschrift Oesterreichs. 50 Heller. Verlag: Wien, Mariahilferstr. 89.

„Der Arbeitsmarkt". Nr. 8. Monatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte (Herausgeber Prof. Dr. J. Jastrow). Verlag von Georg Reimer, Berlin.

Technisches Magazin. Heft 3. Monatsschrift. Herausgegeben von M. H. Blancke. Verlag Berlin SW. 68.

Der Naturarzt. Nr. 5. Red.: Dr. med. Schönenberger und W. Siegert. Jährlich 3 M. Verlag Berlin SW. 11.

Straube's Wegekarte vom Iser- und Riesengebirge. 30 Pfg. Selbstverlag Berlin SW. 13.

Lederstrumpfs Erben, Tragikomisches. Von H. Urban. Geh. 2,50 M., geb. 3,50 M. — **Ist das — das Leben?** Roman von Mite Kremnitz. H. Ehbuck, Berlin W. 30. Geh. 4 M., geb. 5 M.

Moderne Tauben und deren Kongreß. Entwicklungsgedicht von Hedwig Fichte. 263 Seiten. E. Pierson, Dresden.

Die Drei! Roman von Harold Morré. Hesperus-Verlag, Berlin W. 30. Geh. 2 M., geb. 3 M.

Vom inneren Wesen. Ein Buch zum Sinnen und Schaffen. Von Marg. R. Zepler. Wiegand u. Gnieben, Berlin.

Das kleine Wanderbuch. 100 beliebte Ausflüge von Berlin. 1 M. W. Holz, Berlin SW. 47.

Erläuterungen zu Ibsens pathologischen Gestalten. I. Oswald Alning. Pathologisch-liter. Studie zu Ibsens „Gespenstern". Von Dr. O. Aronsohn. 1 M. C. Marhold, Halle a. S.

Singspiele. Im Auftrage des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele in Deutschland. Von Minna Radczwill. Geh. 1,40 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 26. Mai.

Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Verflegelt.
Marie, die Tochter des Regiments.
Königl. Schauspielhaus. Mrs. Dot.
Deutsches. Faust.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege. Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.
Neues königliches Opernt heater. Geschlossen.
Lessing. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Jungfer Obrigkeit.
Schiller Charlottenburg. Bresters Millionen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die beiden Leonoren.
Neues Schauspielhaus. Mahó.
Komische Oper. Tiefland.
Westen. Ein Walzertraum.
Neues. Tricoche und Cacolet.
Thalia. Hans Huckebein.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Lustspielhaus. Im Klubsessel.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Luisen. Krone und Fessel.
Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operetten. Der Zigeunerbaron.
Berliner Operetten-Theater SW. Cyprienne. Anfang 8½ Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Rose. Das Mädchen ohne Ehre.
Gastspiel-Theater. Lord Lister. Der große Unbekannte. (Anfang 8½ Uhr.
Apollo. Hartstein. Er oder Er. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Allein — endlich. Ungerade Tage. (Anf. 8½ Uhr.)
Casino. Das Opferlamm. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Spezialitäten. Anfang 8¼ Uhr.
Parodie. Siegel siegelt alles. — Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8½ Uhr.)
Reichshallen. Stettiner Sänger. Der Kompagnieball.
Urania. Taunenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Die Dollarprinzessin.**

Berliner Theater.
Gastspiel Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: **Ein Herbstmanöver.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Tricoche und Cacolet.
Morgen und folgende Tage:
Tricoche und Cacolet.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Morgen: Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, den 26. Mai, Anfang 8 Uhr: Zum erstenmal:
Die beiden Leonoren.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Korker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Jungfer Obrigkeit.** Komödie in 3 Akten v. Gustav Davis. Ende 10½ Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Vater und Sohn.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Vater und Sohn.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Bresters Millionen.** Lustspiel in 4 Akten von Winchell Smith und Byron Ongley. Ende 10½ Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Narziß.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Bresters Millionen.**

CASTAN's PANOPTICUM Friedrichstr. 165 (Pschorrpalast).
Neu! Ohne Extra-Entree. Sensationell!
Mariedl, die größte lebende Riesin der Welt.
„Bellachinis Zauberwelt!"
Täglich: Nachm.: Soireen. — Abends 8 Uhr: Haupt-Soiree.
Täglich: 7½ Uhr abends: Ohne Extra-Entree!
Humoristische Künstlerabende. Sonntags 2 Vorstellungen.

Wohin gehen wir **Pfingsten?** Zum Restaurant
„Hungriger Wolf", Strausberg II.
Kegelbahn — Tanzsaal — Kaffeeküche.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Neues Kgl. Opern-Theater. (Kroll.)
Gura-Oper.
Sonnabend, den 5. Juni 1909:
Eröffnungs-Vorstellung.
Anfang 7½ Uhr.
In neuer Inszenierung u. Ausstattung
Der fliegende Holländer.
Dirigent: Gust. Brecher.
Mitwirkende: Ernst Kraus, Lattermann, Van Rooy, Anni Hummel, Frieda Langendorff. 71/11*
Billettvorverkauf am Schalter III des Kgl. Opernhauses 10¾—1 Uhr, bei A. Wertheim und im Invalidendank.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron.

Luisen-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Krone und Fessel.
Freitag 8 Uhr: Die Grille.
Sonnabend 8 Uhr: Auf neuem Wege.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kabale und Liebe. 8 Uhr: Krone u. Fessel.
Montag nachm. 3 Uhr: Käthchen von Heilbronn. 8 Uhr: Die Grille.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Beginn der
Sommer-Saison:
30. Mai.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.

Zoologischer Garten
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.
Kümmere Dich um Amelie.
Schwank in 3 Akten (4 Bildern) von Fehdeau.
Morgen u. folg. Tage: Diel. Vorstellg.
Sommerpreise.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensationsstück in 4 Akten v. Melville.
Wochentagspreise.
Morgen und folgende Tage: Das Mädchen ohne Ehre.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 68. Heute 8½ Uhr:
Lord Lister!
(Raffles). Der große Unbekannte. Englische Detektivkomödie in 4 Akten. Unsere Abonnenten haben die bekannte Ermäßigung.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große Mai-Programm.
Grete Gallus, die beliebte Soubrette, u. die übrigen Spez.
Im Garten: **Freikonzert.**
Heute: **Tanz-Reunion.**

Der
Schweizer-Garten
eröffnet mit
täglichen Vorstellungen zu Pfingsten
Sonntag, 30. Mai.
An beiden Feiertagen:
Früh-Vorstellungen
Entree 30 Pf. Anf. 5 Uhr früh.

Rauchen Sie
Phänomen
Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Nur kurze Tage!

Zirkus Charles

Schöneberg, Salzburger Straße, gegenüber den Beamtenhäusern.
Größter und eleganteste Zeltzirkus Deutschlands.
Mittwoch, 26. Mai, abends 8 Uhr:

Gala-Première

mit Weltstadt-Riesen-Programm, wie solches bisher hierorts kein Zirkus geboten hat.
Täglich abwechselndes Sensationsprogramm.
Alles Nähere besagen die Plakate.

WINTER GARTEN

Letzte Woche!

Les Riogokus
japanische Hofkünstler.

„Durga"
das fliegende Piano.

Felice Lorraines
lebende Kunstwerke
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.

Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Garderobe).

Apollo Theater

9½ Uhr: 9½ Uhr:
Der tollste Schwank der Gegenwart:

Er oder **Er** mit

Hartstein

in der Doppelrolle als
Max und Moritz.
Vorher 8 Uhr:
Die glänzenden Spezialitäten.

Passage-Theater.

Walter Schneider der eigenartige Vortragskünstler.

Bruns-Lebrun
der fahrende Sänger

Jaka Jshad
Maur. Schlangentänzerin.
2ter Monat.

Das neue Mai-Programm ein voller Erfolg!

Passage-Panoptikum.

Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen
vom Stamme der
Azteken!
Ohne Extra-Entree!
Experiments der IV. Dimension.
Neapol. Briganten.
Alles ohne Extra-Entree!

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Am 1. Pfingstfeiertag:

Wiedereröffnung

in den gänzlich renovierten Räumen.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Sonnabend, 29. Mai: **Oeffentliche Generalprobe.**
Anfang 7 Uhr. Entree **frei.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
„Mein Freund Hugo."
Burleske von **Meysel.**

Anfang wochentags **8** Uhr, Sonntags **7** Uhr.

Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Art. Leitung: **Walter Gravenitz.**
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Bellermanns Brautschau.
Schwank in 1 Akt.
Neues Spezialitäten-Programm.
The Morrows, Hes & Shee, Marco & Tatjana, Paulsen, Loröe, etc. etc.
Anfang Sonntags 5½ Uhr, wochentags 7½ Uhr.

Brauerei Friedrichshain

Am Königstor. Inh.: **Ernst Liebing.**
1., 2. und 3. Pfingstfeiertag:

Garten-Konzert von

Johann Strauß aus Wien

mit der gesamten Kapelle (60 Künstler).
Anfang 4 Uhr. — Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Billetts zum ermäßigten Preis, Entree 40, reserviert 60 Pf., in der „Vorwärts"-Spedition bei **Zucht,** Immanuelkirchstraße 12, und **Hahnisch,** Auguststraße 50, zu haben.

AUSSTELLUNG

von

!!! Wohnungs-Einrichtungen u. Erzeugnissen der Berliner Holzindustrie in den Ausstellungs-Hallen am Zoo. !!!

Entree 1 M. — Geöffnet von 10—8 Uhr. — Täglich Konzert.

Der Frühling lockt und ruft zum Ringelreihen,
Und alles tanzt und jubelt: Es ist Maien!
Stolz dreht sich heisa-hopsa wie ein Pfau
In Salamander-Stiefeln Mann und Frau!

Salamander

Schuhges. m. b. H.

BERLIN W. 8, Friedrich-Strasse 182

C. Königstr. 47
C. Rosenthalerstr.
NW. Wilsnacherstr. Ecke Turmstr. 9
SW. Friedrichstr. 221
W. Potsdamerstr. 8
W. Tauentzienstr. 18
N. Badstr. 20
Spandau, Breitestr. 36

Einheitspreis M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50

Fordern Sie Musterbuch V

Neu eröffnet:

Berlins neuester Vergnügungs-Park.

Gast-Dirigent: Paul Linke.

WHITE CITY

?

Gast-Dirigent: Paul Linke.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai!

Franz Ziegelmann & Co.

Kaufhaus guter Herren- u. Knaben-Bekleidung
31 Greifswalder Straße 31
an der Hufelandstraße. 11682* Gegenüber der Marienburger Straße.

Orts-Krankenkasse

für den

Gemeindebezirk Weißensee.

Bekanntmachung.

Die von der Generalversammlung am 15. Mai 1908, 16. November 1908 und 18. Februar 1909 beschlossene neue Kassensatzung ist von dem Königlichen Bezirksausschuß zu Potsdam unterm 9. März d. J. genehmigt worden und tritt vom 14. Juni dieses Jahres ab an die Stelle der bisherigen Satzung.

Klasseneinteilung.

Für die Bemessung der Höhe der Kassenleistungen und der Beiträge werden die Kassenmitglieder künftig in **sechs** Klassen eingeteilt:

1. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3,25 M. und mehr beträgt: I. Klasse
2. 2,75 bis 3,24 M. „ II. „
3. 2,25 „ 2,74 „ „ III. „
4. 1,75 „ 2,24 „ „ IV. „
5. 1,25 „ 1,74 „ „ V. „
6. weniger als 1,25 M. „ VI. „

Durchschnittliche Tagelöhne.

Der durchschnittliche Tagelohn wird künftig betragen:

in der	I. Klasse	3,50	M.
„ „	II. „	3,00	„
„ „	III. „	2,50	„
„ „	IV. „	2,00	„
„ „	V. „	1,50	„
„ „	VI. „	1,00	„

Krankenunterstützungen.

Als Krankengeld werden künftig denjenigen Mitgliedern, welche mindestens sechs sällige Wochenbeiträge ununterbrochen zu einer Zwangskasse oder zu einer Gemeindekrankenversicherung gezahlt haben, $^{9}/_{10}$ und denjenigen Mitgliedern, welche diese Bedingung nicht erfüllt haben, $^{8}/_{10}$ des durchschnittlichen Tagelohnes gewährt und zwar:

in der	I. Klasse	2,10	bezw.	1,75	M.
„ „	II. „	1,80	„	1,50	„
„ „	III. „	1,50	„	1,25	„
„ „	IV. „	1,20	„	1,00	„
„ „	V. „	0,90	„	0,75	„
„ „	VI. „	0,60	„	0,50	„

Die im Krankenhaus Untergebrachten erhalten, wenn sie Angehörige haben, deren Unterhalt sie bisher aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten haben, die Hälfte des als Krankengeld festgesetzten Betrages für diese Angehörigen.

Die im Krankenhaus Untergebrachten, welche nicht den Unterhalt von Angehörigen aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten haben, erhalten neben freier Kur und Verpflegung im Krankenhaus $^{1}/_{10}$ des als Krankengeld festgesetzten Betrages.

Sterbegeld.

Für den Todesfall eines Mitgliedes werden künftig ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft als Sterbegeld gewährt:

in der	I. Klasse	140	M.
„ „	II. „	120	„
„ „	III. „	100	„
„ „	IV. „	80	„
„ „	V. „	60	„
„ „	VI. „	40	„

Eintrittsgeld.

An Eintrittsgeldern werden künftig erhoben:

in der	I. Klasse	2,80	M.
„ „	II. „	2,40	„
„ „	III. „	2,00	„
„ „	IV. „	1,60	„
„ „	V. „	1,20	„
„ „	VI. „	0,80	„

Beiträge.

An Kassenbeiträgen werden fortan erhoben:

in der	I. Klasse	96	Pf.
„ „	II. „	81	„
„ „	III. „	69	„
„ „	IV. „	54	„
„ „	V. „	42	„
„ „	VI. „	27	„

Druckexemplare der neuen Satzung können im Geschäftszimmer der Kasse hier, Sedanstr. 48, in Empfang genommen werden.

Die Herren Arbeitgeber werden höflichst gebeten, im Interesse einer schnelleren Erledigung der durch die neue Klasseneinteilung erforderlichen Arbeiten die ihnen noch zugehende Lohnliste nach Maßgabe des Vordruckes auszufüllen und spätestens innerhalb einer Woche der Kassenverwaltung zurückzugehen.

Weißensee, den 14. Mai 1909.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Weißensee.
Fuhrmann, Vorsitzender. 275/6

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters

Julius Sonnenberger

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der A. E.-G. unseren innigsten Dank. 2770b

Ida Sonnenberger nebst Kindern,
Swinemünder Str. 82.

Reste

Damentuche, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster. Tricot-Stoffe, Seiden-Plüsch, Sammete, Seide etc.

Confection

Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Costumes und Costumröcke in grosser Auswahl.

C. Pelz,
Kottbuserstr. 5.

Soeben erschienen:

Herzliche Grüße.

Geschichten
von
Stefan Großmann.
Preis brosch. 2,— M., geb. 2,80 M.

Vorläufer d. neueren Sozialismus.

Von **Karl Kautsky.**
Zweite durchgesehene Auflage.
Erster Band.

Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.
Preis gebunden 3 Mark.

Expedition des Vorwärts
BERLIN SW.
Lindenstr. 69, Laden.

---

†

Billigste Bezugsquelle
gedieg. Trauergarderobe

Westmanns

Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

Sanssouci,

Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.

Wegen Vorbereitung zu den

Pfingst-Feiertagen geschlossen.

An allen drei Feiertagen:
Gastspiel
des **Possen-Ensembles:**

Die Weltenbummler
mit ihrem
Kolossal-Programm!

Damms Volkspark-Theater

Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Sächsischen Volks-Theaters
nebst Auftreten erstkl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüsiert sich köstlich.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Köpenicker Viertel
Bezirk Nr. 203 Teil I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Sattler

Stefan Krolikowsky

Wrangelstr. **84**
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Plus-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Am 24. Mai verstarb nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Mitglied

Stephan Krolikowsky

(Treibriemenbranche).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Plus-Kirchhofes (Wilhelmsberg) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
157/2 **Die Ortsverwaltung.**

Nachruf!

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Frankfurter Viertel.
Bezirk Nr. 318.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schankwirt

Karl Paech

Markusstr. 16/17
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

218/1 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 24. Mai verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

Richard Heinsler

Hennigsdorfer Straße 8.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Kögelstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
227/10 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Alois Wurstbauer

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 26. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des neuen Michael-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Am 22. Mai starb unser Kollege, der Möbelpolierer

Paul Keusch.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des dritten Schönholzer Gemeinde-Friedhofes, Schönholzer Heide, aus statt.

Am 23. Mai starb unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Johannes Meißner.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 26. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Simeons-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

84/12 **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schlossers

August Bähne

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangverein „Rote Rose", den Mitgliedern des 6. Berliner Reichstagswahlkreises, den ehemaligen Kollegen des Turbinenbaues Huttenstraße, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande sowie den Mitgliedern des Geselligen Vereins „Z. Kröte" meinen innigsten Dank. 2769b

Witwe Auguste Bähne.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börse).

Der Sturm

in den **letzten 3 Tagen vor dem Feste** zum

Spezial-Konfektionshaus Westmann

Hauptgeschäft: **Berlin W., Mohrenstraße 37a** { kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße,
und **Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115** { kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße,

ist **nachmittags nicht zu bewältigen! Kommen Sie daher möglichst vormittags!**
Sehen Sie sich meine Auswahl u. meine Preise an! Tausende hocheleganter, moderner Sommermodelle fast umsonst!

Vielseitige Größenauswahl! Auch die stärksten Figuren finden hier das Passende!

Vormittags! Gratis!! Vormittags!
1 Rock oder **1 Bluse** oder **1 Cape,** je nach Wahl bei Einkauf von M. 20 an.

Kostüme × Kleider × Blusen × Prinzeß-, Mieder-,
Entre-deux-Röcke × Leinen-, Seiden-, Rips-Konfektion!
Hunderte verschiedener Muster! Selten schicke Fassons!
Reise-, Regen-, Staubmäntel und Paletots! Wetterfeste Lodencapes!
Jacketts × Kimonos × Fichus × Kinder-Konfektion!
Wert bis M. 25, bis M. 25, bis M. 38, bis M. 60, bis M. 105, bis M. 175 usw. bis M. 600.
jetzt nur M. 4½, nur M. 6, nur M. 9, nur M. 15, nur M. 25, nur M. 40 „ „ M. 140.

Diese Gelegenheit kommt nicht wieder!

Beachten Sie genau meine Firma und Hausnummer!

Sämtliche Einkäufe werden bestimmt bis Sonnabendabend event. mit Aenderung zugestellt.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Friedenau. Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr, bei Schellhase in Steglitz, Ahornstr. 15a: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Paul Göhre, Prediger a. D.

Berliner Nachrichten.

Der Rettungshafen am Mühlendamm.

In stechendem, augenblendendem Gelb leuchtet am Mühlendamm die Stadtburg mit ihren Zinnen und Türmen mitten aus dem Wasser empor, unter halbverfallenen, schwarzgeräucherten Ueberbleibseln des alten Berlin ein modernes Wahrzeichen großstädtischen Bienenfleißes. Millionen liegen festverwahrt, todsicher vor den Gelüsten des verwegensten Langfingers, in diesem Gemäuer, Millionen, die in besseren Zeiten der „kleine Mann“ mit emsigem Fleiß in Nickeln und Markstücken zusammentrug. Eine halbe Stunde vor Neun zeigt die mächtige Rathausuhr in der Nähe und schon harren im Vorraum und auf der Straße wohl an hundert Personen des Einlasses in jene Hallen zu ebener Erde, die so prunklos, so bureaukratisch einfach und in ihrer Bedeutung doch so schwerwiegend sind. Frau Berolina ist manchmal eine pünktliche Dame. Erst mit dem vollen Glockenschlage öffnet sie die weiten Flügeltüren, um zu geben und zu nehmen, wie es der Geldbeutel ihrer Getreuen begehrt. Und wir haben Muße, in dieser halben Stunde auf diesem winzigen Fleckchen Erde Großstadtleben und Großstadtphysiognomie zu studieren. Ein paar Dutzend drängen und schieben sich dort ganz vorn, die Nase fast an die sperrenden Scheiben gedrückt. Ungeduldig treten sie von einem Fuß auf den anderen. Sie wollen die ersten sein dort hinten an den Schaltern. Lieber vorher eine halbe Stunde warten, als nachher eine ganze oder vielleicht noch länger. Denn das hier sind alles Leute, die Geld haben wollen, schleunigst Geld, weil sie wichtige Zahlungen leisten müssen. Und namentlich vor dem Monatsersten ist die Sparkassenpforte schon von 8 Uhr morgens ab belagert. Die Geld bringen, haben es nicht so eilig. Die werden ihre zusammengesparte „Asche“ noch früh genug los. Scharf unterscheiden sie sich von den anderen, von den Nervösen. Mit kalter Ruhe und großer Selbstgefälligkeit schauen sie herunter auf jene, die der Dalles hertreibt. Wenn sie ihre Angelegenheit so oder so erledigt haben, die Glücklichen, die „Geld zu liegen“ haben, dann seht euch mal die strahlenden Gesichter auf der Straße an. Zaghaft fühlen die einen nach dem herrlichen Golde in der Tasche, ob es auch noch da ist. Wie einen Schatz führen die anderen das in ein Stück Zeitungspapier gewickelte Sparbuch hinweg.

Und mitten hindurch schreitet — die Armut. Dort unten die Spargroschen der Weltstadt, getürmt zu Hunderttausenden und Millionen, und im selben Gebäude, nur ein paar Treppen höher, Tausende von Akten, die erzählen können von unendlichem Leid, von Großstadtjammer in seiner krassesten Form — es ist ein seltsamer Kontrast. Achtlos streift vor der Sparkasse der glückliche Sparer das härene Gewand des Armen von Berlin . . . die Gegensätze berühren sich.

Da stehen sie, die armseligen, gedrückten Gestalten, dicht gedrängt im ersten Stockwerk vor der Tür des „rettenden Engels“, des „mächtigen“ Stadtrats, der ermöglichen soll, was die hartleibige Armenkommission nicht leisten kann oder will. Unglück macht mitteilsam. Jeder erzählt dem andern sein spezielles Leid. Dutzende von Armenvorsteher müssen in dieser Armutsgalerie moralisch Spießruten laufen. Was man da oft hört, mit überzeugender Wahrheit vorgetragen, läßt eine Gänsehaut über den Rücken laufen. Die eine Frau da, in Lumpen gehüllt, und noch eine hat halbverhungerte Kinder mitgebracht. Wird der Stadtrat helfen, sofort helfen? Wird er den Hunger der Armut stillen und ein paar Stunden ruhigen Schlafes in verweinte Augen zaubern? Ach, ihr ewig Hoffenden kennt noch nicht den Bureaukratismus der Berliner Armenverwaltung. Diese Sprechstunde des obersten Armenrats ist auch ein bißchen viel von dem, was man Sand in die Augen streuen und Honig um die Lippen schmieren nennt. Der Zeiger der Uhr hat längst die festgesetzte Stunde überschritten. Eine Viertelstunde nach der anderen verrinnt. Die Hungrigen werden ungeduldig, fragen immer von neuem nach dem Vielbegehrten. Da stürmt er mit langen Sätzen, stets eilfertig, die breite Treppe hinauf. Gemach — es dauert wieder noch eine Viertelstunde, bis der erste vorgelassen wird. Und dann gehts . . . eins, zwei, drei . . . Geschwindigkeit ist keine Hexerei! Mancher kommt fast schneller heraus als hinein. Was muß das für ein tüchtiger Mann sein, daß er all dieses furchtbare Elend einer einzigen Stunde im Kopfe behalten kann! Und wie gepanzert muß seine Stadtratsbrust sein, kühl und nüchtern erwägend zu bleiben gegen alle diese gequälten Aufschreie aus gepeinigten Herzen! Nicht selten wird da drinnen in der höchsten Verzweiflung ein Fußfall riskiert . . . überflüssig, umsonst, in den Wind. Der allmächtige Stadtrat kennt solche Demonstrationen und hat einen prächtigen Blitzableiter für den Anblick des grauenvollsten Elends . . . seine Unterschriften. In dieser schweren Stunde, wo er ganz Mensch sein soll, ist er ganz Bureaukrat. Hoch türmen sich vor ihm die Akten und ein Blatt nach dem anderen wird mit dem bekannten besenstieligen Namenszug versehen. Zwischendurch ein beruhigendes Wort, ein halbes, zu nichts verpflichtendes Versprechen oder auch eine ablehnende Geste und meist stereotyp, aus der Zwangsjacke amtlicher Gewohnheit heraus, die Weisung, sich nach einem der beiden Terminszimmer 36 oder 38 zu verfügen und die speziellen Wünsche dort zu Protokoll zu geben.

Darum seid ihr hergekommen, habt geduldig gewartet, ihr Aermsten, die ihr auf den „rettenden Stadtengel“ eure ganze Hoffnung setztet? Dem einen oder anderen wird nach Wochen geholfen . . . mit ein paar Mark . . . vielleicht! Die weitaus meisten müssen sich trösten mit dem hier oben sehr beliebten, billigen Hinweis, daß es ein „Recht auf Armenunterstützung“ nicht gibt. Und der Herr Stadtrat kann sich in die Brust werfen: „Ich bin für jeden, der arm und bedürftig ist, mehrere Male in jeder Woche zu sprechen . . . wenn ich die Sprechstunde abhalten kann.

Wegen schleuniger Reformen im Droschkenwesen wollen die Pferdedroschkenbesitzer beim Polizeipräsidium vorstellig werden. In einer Montag abgehaltenen Versammlung der Fuhrherrnvereine wurde eine Kommission gewählt, die dem Polizeipräsidenten folgende Resolution übergeben soll: In Erwägung des Umstandes, daß die Polizeiverordnung vom 22. Januar 1909, betreffend die Beschränkung der Benzin-Autodroschken, eine Aenderung in den Verhältnissen der Pferdedroschken nicht herbeigeführt hat, werden die Vorstände der hier bestehenden Fuhrherrnvereinigungen beauftragt, bei den Aufsichtsbehörden dahin zu wirken, daß eine Nummernbeschränkung im allgemeinen eingeführt wird, und daß es gestattet sein soll, bei Außerbetriebsetzung von zwei bis drei Pferdedroschken dafür eine Automobildroschke einzustellen. Außerdem erklärt sich die Versammlung gegen die gänzliche Abschaffung der Scheuklappen, deren Benutzung unter gewissen Umständen gestattet sein muß. Schließlich wird eine Herabsetzung des Nachttarifs für Pferdedroschken, um der Konkurrenz der Kraftdroschken wirksam entgegentreten zu können, gewünscht.

Eine anderweitige Regelung der Gepäckbeförderung von den Bahnhöfen verlangen die Vororte. Das seit dem 1. Mai getroffene Abkommen der kgl. Eisenbahndirektion mit der Genossenschaft der Gepäckträger entspricht den Wünschen der Vororte in keiner Weise, weil die neue Genossenschaft die weiter gelegenen Vororte nicht berücksichtigt. Um zu verhindern, daß die früher so oft beklagten traurigen Zustände wieder eintreten, wird die kgl. Eisenbahndirektion ersucht, andere Unternehmer auch zur Beförderung des Reisegepäcks von und zu den Bahnhöfen Berlins zuzulassen. Der Bürgerverein in Britz hat es in die Hand genommen, eine gemeinsame Aktion der Vororte für diesen Zweck in die Wege zu leiten.

Der Achtuhr-Ladenschluß in den östlichen Vororten dürfte in kurzer Zeit zur allgemeinen Durchführung kommen. In Friedrichshagen ist er am gestrigen Tage in Kraft getreten und vom 1. Juni ab wird für Ober- und Nieder-Schöneweide die verkürzte Geschäftszeit eingeführt. Am 1. Juli erhält dann auch Köpenick den Achtuhr-Ladenschluß. In den nachfolgenden Vororten Lichtenberg und Rummelsburg besteht er bekanntlich bereits seit dem 1. März.

Ueber den Besuch der Berliner Stadtvertreter in London wird berichtet, daß deutsche und englische Vertreter fortgesetzt und zwar bei den verschiedensten Gelegenheiten sich gegenseitig ihre Friedensabsichten attestieren. Nach einem solennen Frühstück am Montag im Liverpoolstreet-Hotel begab sich die deutsche Deputation zum Empfang bei König Eduard nach dem Buckingham-Palast, wo der König folgende Ansprache ohne jeden politischen Hinweis hielt:

„Ich freue mich sehr, die Herren bei mir zu sehen. Ich denke noch mit vielem Vergnügen an den liebenswürdigen und herzlichen Empfang zurück, den Sie mir vor einigen Monaten in Ihrem schönen Rathause bereitet haben und der auf mich einen sehr angenehmen Eindruck gemacht hat. Ich hoffe, daß es den Herren in England recht gut gefallen möge und daß man Ihnen alles zeigt, was Sie interessiert. Ich wünsche Ihnen allen eine glückliche Heimkehr.“

Dann passierte etwas Unerwartetes. Es war nicht der Oberbürgermeister, sondern der Botschaftsrat, der zur Ueberraschung aller dem Könige mit einigen Worten für den Empfang dankte, den er den Vertretern der größten Stadt Deutschlands, Berlin, gewährt hat, wobei er die nahen Beziehungen hervorhob, die zwischen den verwandten Herrscherhäusern und den stammverwandten Völkern bestehen. Der König erwiderte mit einigen Dankesworten. Einige Mitglieder der städtischen Deputation haben die Ansprache des Königs etwas knapp gefunden.

Abends wurde den deutschen Vertretern zu Ehren in der Guildhall ein glänzendes Bankett veranstaltet, wobei wiederum gegenseitige Freundschaft gelobt wurde. An der Veranstaltung beim Könige wie bei dem mit Toasten auf Wilhelm II. und Eduard gespickten Bankett nahmen natürlich die vier sozialdemokratischen Vertreter keinen Anteil.

Die Kirche und das Begräbniswesen.

In der kürzlich stattgefundenen Berliner Synodalversammlung haben unsere Frommen noch besonders beschlossen, daß den aus der Kirche Ausgeschiedenen das Begräbnis auf den Kirchhöfen der Kirchengemeinden verwehrt werde. Wir haben im Anschluß an diesen Beschluß darauf hingewiesen, daß es sich auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde mindestens ebensogut ruhe wie auf einem der Kirche gehörigen Friedhofe und daß niemand anders als allein die Kirche den Schaden habe, indem ihr sehr erhebliche Gebühren entgehen. Die Kirche geht in dieser Beziehung sogar so weit, Gebühren in Form von „Auslösungsgebühren“ zu erheben, wenn noch formell der Kirche Angehörende nicht auf ihren Kirchhöfen, sondern auf einem der städtischen Friedhöfe beerdigt werden. Wie wenig Ursache aus der Kirche Ausgetretene haben, die „schreckliche“ Androhung der Synode bezüglich Nichtbeerdigung von Dissidenten auf Kirchhöfen zu bedauern, dürfte aus nachstehender Zuschrift ersichtlich sein, die wir der „Vossischen Zeitung“ entnehmen. Dieser schreibt ein Ministerialbeamter folgendes: „Auf einem Kirchhofe an der Britzer Chaussee sollte ein alter Mann, der Vater eines meiner Freunde, zur Ruhe bestattet werden. Die Familie, durchweg unbemittelte Leute, hatten nur die Kosten eines Begräbnisses 3. Klasse aufbringen können. Im letzten Augenblicke verständigte ich mich mit anderen Befreundeten der Angehörigen darüber, auf unsere Kosten statt des bestellten einen Leichenwagen 2. Klasse benutzen zu lassen. Die Leidtragenden standen an der offenen Gruft, der Sarg wird herbeigetragen und inmitten der Versammlung niedergesetzt. Der schmerzlichste Augenblick naht. Da kommt der Herr Kirchhofsinspektor dahergesprungen und ruft: „Was ist das, was ist das? Es ist ein Begräbnis dritter Klasse bestellt und jetzt kommt ein Wagen zweiter Klasse! Die Beerdigung erfolgt nicht, bevor die höheren Gebühren nachgezahlt sind!“ Ebenso empört wie die anderen Teilnehmer, sagte ich zu meinem Freunde: „Komm, lassen wir den Sarg stehen. Man wird ihn schon unter die Erde bringen, und Dein Vater würde, lebte er noch, damit einverstanden sein.“ Mein Freund mochte das jedoch nicht und so blieb für uns nur übrig, wieder den Geldbeutel zu ziehen und den Preisunterschied zu bezahlen. In welcher Stimmung das Trauergefolge die Friedensstätte verließ und mit wie heftigen Worten auf dem Heimwege das Gebaren des Kirchhofsbeamten besprochen wurde, kann man sich denken. Später habe ich in Potsdam und in Brandenburg eine ähnliche Aufbesserung der äußeren Gestalt von Leichenbegängnissen veranlaßt; in beiden Fällen ist es niemandem eingefallen, die Bestattung von Nachzahlungen abhängig zu machen. Der zweite Fall! Unser Erstgeborenes war nach seinem allzu frühen Ableben auf einem Friedhofe des Südwestens gebettet worden. Als die Verwesungsfrist zu Ende ging, wandte ich mich an den Kirchenvorstand mit der Bitte, mir die Weitererhaltung des kleinen Grabes zu gestatten und die Kosten von mir einzuziehen. Meine Frau und ich hatten den herzlichen Wunsch, so lange wir noch leben, uns den Hügel als Andenken an unser verstorbenes Kleines zu erhalten. Ich erhielt zunächst den Bescheid, man würde mich, sobald die anderweite Belegung jenes Platzes in Aussicht genommen sei, benachrichtigen; ich müsse mich jedoch darauf gefaßt machen, daß statt der Kinderstelle eine Stelle für Erwachsene mir zugeteilt werden würde. „Nun, dachte ich, das wird also etwa 60 M., statt 20 oder 30, kosten; meiner guten Frau zuliebe werde ich das schon aufbringen.“ Nicht lange danach erhalte ich vom Kirchhofsvorstande die Mitteilung: „Die neue Platzeinteilung ist erfolgt, und Sie können nunmehr die gewünschte Stelle wieder erwerben, jedoch nur als Begräbnisplatz für zwei Erwachsene zum Preise von 2000 M.“ Ich war wie vor den Kopf geschlagen. Soviel Geld für die Erfüllung einer Pietätspflicht aufzuwenden, konnte ich vor Frau und Kindern nicht verantworten, zumal ich voraussetzen mußte, daß unsere Kinder, wollten sie etwa für ihre Eltern von den angebotenen Begräbnisplätzen Gebrauch machen, die für derartige Wahlstellen enorm hohen Gebühren nicht ohne Schädigung ihrer Verhältnisse daranzuwenden vermögen würden. Es blieb mir also nur übrig, zu entsagen. Aber meine Abneigung gegen die rücksichtslose Ausnutzung der Zwangslage, in die jeder, der einen Todesfall in seiner Familie zu beklagen hat, durch die kirchliche Begräbnisverwaltung versetzt wird, und mein Zorn darüber, daß man mit der Uebertragung der so leicht zu mißbrauchenden Kirchhofsordnung auf die weltlichen Gemeindebehörden noch immer kaum den Anfang gemacht hat, sind stetig gewachsen. Wer schadenfroh zusehen mag, wie das Band, das den größten Teil unserer Mitbürger — und darunter nicht die schlechtesten — noch mit der Kirche verknüpft, täglich schwächer wird, der braucht nur die Fortdauer des jetzigen Begräbniswesens zu wünschen. Lange dauert es nicht mehr, dann reißt dieses Band, zerfressen durch Verkennen der Ansprüche unserer Zeit und Raffgier einerseits, vergebliche Besserungswünsche und Unmut andererseits vollends.“

Unseres Erachtens wäre es das einzig Richtige, wenn die Stadtgemeinde das gesamte Begräbniswesen in eigene Regie nähme, eine Forderung, die unsere Nachbargemeinde Schöneberg bereits verwirklicht hat.

Belästigung an öffentlichen Anlagen. Parteifreunde, die am Sonntag eine ganze Schar Rixdorfer Arbeiterkinder nach dem Treptower Spielplatze geführt hatten, um ihnen unter kundiger Leitung einige angenehme Stunden zu verschaffen, klagen über Belästigungen, denen sie durch fortwährende Predigten und Gesänge religiöser Sekten ausgesetzt waren. Die Folge des Auftretens dieser Mucker ist dann nicht selten, daß der ganze Tag verdorben ist, denn ein allgemeines Gaudium für Jung und Alt löst die Augenverdrehung dieser „sonderbaren Heiligen“ aus. Auch den Friedrichshain machen Anhänger der Heilsarmee unsicher. Kürzlich berichtete uns ein Genosse, daß dort Heilssoldaten am Sonntagnachmittag einen Gesang mit Guitarrebegleitung anstimmten, der Steine zum Erweichen hätte bringen können. Auf einer Bank hatten sie sich niedergelassen, um ihre einfältigen Lieder zu singen, und dies hatte eine Anzahl Schaulustiger herbeigelockt. Kinder, insbesondere Mädchen, die mitplärrten, halbwüchsige Burschen, die ihre mehr oder minder saftigen Witze rissen, Erwachsene, zumeist mit mitleidigem Lächeln auf dem Gesicht So wurden zwei bis drei Lieder heruntergeleiert, um auf einer anderen Bank das Treiben zu wiederholen. Schließlich gelangten sie auf das große Rondell mit dem prächtigen Stiefmütterchenbeet und dem Friedrich-Denkmal und machten Miene, dem hier in großer Anzahl vorhandenen Publikum das unsäglich alberne Schauspiel zu bieten, als der hier anwesende Wärter dem Treiben ein Ende machte.

Unser Genosse schreibt uns ob dieses Vorkommnisses:

„Ich war empört, mir von der Heilsarmee, die so schon hier in Berlin von Polizeiwegen eine Freiheit genießt, wie sie fast keine andere Vereinigung besitzt, in meinem Genuß der Natur stören lassen zu müssen; die Empörung wuchs, als ich daran dachte, wie kurz zuvor ein anständig gekleideter Arbeiter arretiert wurde, der auf einer Bank geschlafen hatte und der polizeilichen Aufforderung, sich zu entfernen, nicht gleich nachkam.“

Wegen des Ueberfalles auf den Geldbriefträger Eulenburg haben in der Bessellstraße nochmals Ortsbesichtigungen und Zeitprüfungen stattgefunden. Der Schneider Drechsler, der sich dieses Ueberfalles selbst beschuldigt, hatte in bezug auf sein und des von ihm der Anstiftung geziehenen Handlungsgehilfen Kayser Verhalten auf der Straße die genauesten Angaben gemacht. Der einzige Zeuge, der bisher Bekundungen über zwei verdächtige Männer machte, war der Schneider Wolff. Nachträglich hat sich noch ein Zeuge gefunden. In allen Aussagen herrscht jetzt Uebereinstimmung. Daß die beiden Männer, die sie an der Ecke der Bessel- und Charlottenstraße sahen, Drechsler und Kayser gewesen seien, können die Zeugen nicht sagen. Auch Wolff hat sie dafür zu flüchtig gesehen. Aber Drechslers Angaben sind doch so genau und bestimmt, daß er in der kritischen Zeit dagewesen sein muß. In bezug auf Vorgänge im Innern des Hauses hatte er Bekundungen gemacht, die mit den Aussagen eines Dienstmädchens aus dem 3. Stock des Hauses nicht ganz in Einklang zu bringen waren. Das Mädchen, das schon drei Jahre in dem Hause dient, glaubte den Geldbriefträger Eulenburg an seinem Schritt erkannt zu haben. Hätte es richtig gehört, dann hätte Drechsler den Zeitangaben nach das Mädchen sehen müssen. Er behauptete aber von Anfang an, daß er es nicht gesehen habe. Jetzt ist auch dieser Widerspruch aufgeklärt. Das Mädchen hat nicht Eulenburg gehört, sondern einen Geheimrat, der den in dem Hause wohnenden Rechtsanwalt zu einer Besprechung aufsuchte. Fast zwei Minuten nach diesem Mandanten kam der Geldbriefträger mit der Anweisung zu dem Rechtsanwalt. So erklärt sich auch die Aussage des Mädchens, daß es beim Betreten der Küche durch das offene Fenster die Pförtnersfrau habe rufen hören. Durch die genauesten Nachprüfungen ist jetzt festgestellt, daß Drechsler die Vorgänge am Tatorte in allen Einzelheiten richtig dargestellt hat.

Von einer Kraftdroschke überfahren und getötet wurde vorgestern am Tempelhofer Ufer ein zunächst unbekannter Knabe. Der Verunglückte ist jetzt erkannt als der 7 Jahre alte Sohn Georg der Witwe Rodloff aus der Steglitzer Straße 56. Der Knabe lief hinter einem Rollwagen her und bog dann plötzlich nach links ab. Nun geriet er unter die Kraftdroschke Nr. 4813, die in demselben Augenblick aus der entgegengesetzten Richtung kam.

Eine Kindesleiche wurde gestern von einem Mieter des Hauses Beusselstr. 44R in dem Wasserabflußbassin des Hofes aufgefunden. Die Leiche war in Zeitungspapier und in ein Tuch eingewickelt. Die Polizei forscht nach, wer die Mutter des Kindes ist.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend, hielt am 23. Mai in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschußsitzung ab. Aufgenommen wurden Gesangverein „Eichwalde“ sowie „Frisch auf“-Weißensee. Bezüglich des Provinzialsängerfestes in Fürstenwalde macht Kupfer einige Mitteilungen: Der Sonderzug fährt am Sonnabend, den 19. Juni, abends 8.06 Uhr vom Schlesischen Bahnhof. Die Rückfahrt erfolgt am Sonntag, den 20. Juni, abends 11.17 Uhr. Der Fahrpreis beträgt für Hin- und Rückfahrt in dritter Klasse 1,75 M. Anmeldungen sowie Gelder für Fahrkarten sind bis 30. Mai an Gustav Barowski, Lichtenberg, Gudrunstr. 5, oder an August Seikrit, Rixdorf, Hobrechtstr. 8, einzusenden. Die gemeinsame Probe der teilnehmenden Berliner Vereine findet am Mittwoch, den 16. Juni, abends 8½ Uhr, im Friedrichshain statt, dortselbst erfolgt auch die Billettausgabe.

Zur Festschrift des Berliner Sängerfestes ersucht Kupfer, rege Inserate zu sammeln. Ein Schreiben der Lokalkommission wegen Berücksichtigung von Lokalen wird zur Kenntnis genommen.

Die Mitteilung einiger Delegierten, daß ihre Vereine sich zusammengeschlossen haben respektive in diesbezügliche Unterhandlungen stehen, wird lebhaft begrüßt.

Arbeiter-Samariter-Kolonne.

Aus dem in der Generalversammlung gegebenen Vorstandsbericht ist folgendes zu entnehmen:

Die Kolonne zählt zurzeit 263 Mitglieder. Es mußten gestrichen werden 91 Mitglieder. Zu dem Sommerkursus hatten sich 66 und zum Winterkursus 96 Personen zur Aufnahme gemeldet. Zu den Kursen waren außerdem im Sommer 23 und im Winter 53 Teilnehmer zugelassen, welche von Arbeiter-Radfahrervereinen delegiert waren.

Die Sommerübungsstunden hatten folgenden Durchschnittsbesuch: 1. Abteilung 43, 2. Abteilung 30, 3. Abteilung 18, 4. Abteilung 17 und 5. Abteilung 28 Teilnehmer.

Die Winterübungsstunden: 1. Abteilung 74, 2. Abteilung 58, 3. Abteilung 18, 4. Abteilung 19 und 5. Abteilung 25 Teilnehmer. In diesem Jahre ist die Neuerung eingeführt worden, daß im Sommer kein Samariterkursus, sondern in jeder Abteilung monatlich ein Uebungsabend stattfindet. Dafür wird der Winterkursus weiter ausgebaut und beginnt dann schon im September. Von besonderem Interesse für die Mitglieder waren der Besuch und die Führung

durch das Pathologische Museum sowie ein Vortrag des Herrn Prof. Kaiserling daselbst.

Die Bibliothek wurde besonders im Winter rege in Anspruch genommen. Es sind in den Bibliotheken 400 Bücher vorhanden.

Die diensttuende Abteilung war, wie immer, im Sommer besonders stark beschäftigt. Die Unfallstation wurde viermal in Benutzung genommen, sonst waren noch 48 Aufträge zu erledigen. Es wurden an 64 Tagen 184 Samariter in Dienst gestellt. Von denselben wurden 66 Hilfeleistungen ausgeführt. Es stehen der diensttuenden Abteilung 26 Mann und 5 Frauen jederzeit zur Verfügung.

Nach dem Bericht von der Konferenz der Samariter-Vereine und Kolonnen in Magdeburg, welche zur Gründung eines Samariter-Bundes geführt hat, gehören diesem neugegründeten Bunde die Arbeiter-Samariter-Kolonnen in Berlin, Dresden, Meißen, Köln, Elberfeld, Barmen, Hamburg, Nürnberg, Magdeburg und Kassel an. Unterhandlungen mit anderen Städten sind noch im Gange.

Der Bund erhebt pro Jahr und Mitglied 80 Pf. Beitrag. Dafür wird das Bundesorgan „Die Sanitätswarte" frei geliefert.

Als offizielles Bundesabzeichen wird die Armbinde im Dienste getragen, wie die Berliner Kolonne sie bereits eingeführt hat, jedoch mit Buchstaben A. S. B.

Der neue Bund rechnet auf die Unterstützung der Arbeiterorganisationen, die ihm, nach den bisherigen Erfahrungen, auch zuteil werden dürfte. Die Neuwahlen ergeben folgendes Resultat: Stein erster, Meyer zweiter Vorsitzender; Krämer erster, Vogt zweiter Kassierer; Rhein erster, Krause zweiter Schriftführer. Beisitzende Frau Holzapfel. Abteilungsleiter und Beitragssammler sind: 3. Abteilung: Hackelbusch und Grüning; 4. Abteilung: Keseler und Walter; 5. Abteilung Fischer und Frl. Altmann; Revisoren sind: Dietrich, Havemann und Goldbach.

Der Monatsbeitrag wurde auf 30 Pf. erhöht. Die Revision der Statuten wurde beschlossen, wozu eine Kommission gewählt wurde. Lehrpläne für das Geschäftsjahr sind durch den Vorsitzenden E. Stein, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 40, zu beziehen. Auch sind alle Anfragen, welche die Kolonne oder den Bund betreffen an diesen zu richten, auch Bestellungen von Samaritern.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Erhöhung der Gehälter und Löhne der von der Stadt Charlottenburg beschäftigten Beamten und Arbeiter liegt jetzt endlich in der Vorlage über die Revision des Normalbesoldungsetats der Stadtverordnetenversammlung vor. Lange genug hat es gedauert und wiederholt hatte der Magistrat Anfragen nach dem Verbleib der Revision zu beantworten, ehe dieselbe ausgearbeitet war. Der Haupteinwand, den der Magistrat entschuldigend für seine Säumnis ins Feld führte, war die langweilige Verzögerung, mit welcher in Preußen die Regulierung der Gehälter der staatlichen Beamten hingezogen wurde. Nun war es höchste Zeit, daß in Charlottenburg der provisorische Zustand mit den widerrufbaren Teuerungszulagen beseitigt wurde und an dessen Stelle die endgültige Erhöhung der Gehälter und Löhne treten soll.

Aber selbst jetzt ist die Regelung keine vollständige. Die Lehrer an den höheren, mittleren und Gemeindeschulen konnten noch nicht berücksichtigt werden, da zur Zeit der Ausarbeitung der Revision noch nicht feststand, wie die von den gesetzgebenden Körperschaften Preußens beratenen Bestimmungen in bezug auf die Gehaltsregulierung der Lehrer sich endgültig gestalten würden.

So beschränkt sich denn die vorliegende Regulierung auf 852 Beamte, 284 im Privatdienstvertrag angestellte Personen, 119 städtische Schwestern und auf 820 ständige Arbeiter, zusammen auf 2025 Personen, für welche insgesamt die Erhöhung der Gehälter und Löhne für 1908 und 1909 1 579 463,35 M. beträgt. Werden hierzu noch die für die Lehrer reservierten Beträge von 340 000 M. und 360 000 M. gerechnet, so ergibt sich für die zwei Jahre ein Mehr von 2 279 463,26 Mark. Die für die Regulierung festgelegte Summe von 2 Millionen Mark ist also um über 12 Prozent überschritten worden.

Angeblich sollen nun bei dieser Verteilung die Arbeiter prozentual am besten gefahren sein. So rechnete der Magistrat heraus, daß für die Beamten durchschnittlich 17,05 Proz., für die Privatdienstverpflichteten 18,62 Proz., für die Schwestern 23,44 Proz. und für die ständigen Arbeiter 19,76 Proz. an Einkommenerhöhung eintreten würde. Die Rechnung stimmt nicht ganz, und bei näherer Betrachtung ergibt sich, daß die Arbeiter durchaus nicht am günstigsten gefahren sind. Bei den Beamten entspricht der angegebene Prozentsatz von 17,05 Proz. nur ungenügend den wirklichen Verbesserungen. Diese liegen nämlich nicht nur in der numerischen Erhöhung der Gehälter — dafür würde vielleicht die Prozentzahl zutreffen —, sondern auch in der Abkürzung der Wartezeit für die Erlangung des Höchstgehaltes. Die Zeitdauer der Gehaltsskala wurde für 16 Beamtenklassen um je drei Jahre gekürzt. Das bedeutet ohne weiteres eine sehr beträchtliche Verbesserung der Einkommensverhältnisse, die nicht prozentual erfaßt wurde.

Doch noch ungünstiger wird das Bild für die Arbeiter, wenn man sieht, daß nur die ständigen Arbeiter in die dauernde Regulierung einbezogen wurden. Der größte Teil der städtischen Arbeiter, die sogenannten „nicht ständigen", sind nach wie vor bei der Erhöhung ihrer Löhne auf die wechselnden Beschlüsse der Deputationen und der Verwaltung angewiesen. Warum man die nichtständigen Arbeiter nicht in die Revision eingeschlossen hat, ist uns unverständlich. Der „nichtständige" Arbeiter ist zumeist auch jahrzehntelang in den städtischen Betrieben beschäftigt. Der stärkere Arbeiterwechsel beschränkt sich auf die Leute, die mehr für Verrichtungen vorübergehender Dauer eingestellt werden. Der Begriff nichtständiger Arbeiter trifft also die Mehrzahl der städtischen Arbeiter völlig unberechtigt. Im Magistrat herrscht aber die Auffassung vor, daß für die Lohnnormierung der nichtständigen Arbeiter die Lage des Arbeitsmarktes mit maßgebend sein müsse, das heißt die Löhne dieser Arbeiter müßten beweglich bleiben. Damit aber steht im Widerspruch, daß von einzelnen Deputationen beschlossen wurde, auch für die einzelnen Kategorien nichtständiger Arbeiter Lohnstaffelungen festzulegen, auf Grund deren die Arbeiter in 7, 8, 10 oder 11 Jahren die Höchststundenlöhne erreicht haben würden. Da diese Stundenlöhne nun aber nicht unbeträchtlich hinter den Forderungen der Arbeiter zurückstehen, so fahren die Arbeiter doppelt schlecht dabei.

Im Wunsche der Arbeiter liegt vielmehr, ganz abgesehen von höheren Durchschnittslöhnen, Wochenlöhne zu erlangen. Noch immer zahlt die sozial sehr vornehm tuende Stadt Charlottenburg ihren „nichtständigen" Arbeitern Tage- oder Stundenlöhne, bei denen die Feiertage unbezahlt bleiben. Weiter fordern die Arbeiter fünfjährige Lohnsteigerungsperioden. — Es fragt sich, wieviel die liberale Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung diesen berechtigten Wünschen der Arbeiter nachkommen wird.

Jedenfalls wird vielen dieser Herren schon der Beschluß des Magistrats sehr unangenehm sein, daß nun endlich der 9- oder 9½stündige Arbeitstag in allen städtischen Betrieben eingeführt wird. Trotzdem sich auch hierin die „Stadt des sozialen Fortschritts" von anderen Gemeinden und selbst vom preußischen Staat den Rang hat ablaufen lassen, begrüßen wir diesen Teil der Vorlage als einen erfreulichen Ruck nach vorwärts. Es ist nun aber auch zu erwarten, daß in allen kontinuierlichen Betrieben der Stadt der Achtstundentag auch konsequent durchgeführt wird.

Weniger entsprechen die Bestimmungen über die Familienzulagen, die als Ergänzung der Revision beigegeben sind, unseren Erwartungen. Selbstverständlich sind wir im Prinzip für die Familienzulagen. Nach der Vorlage werden aber Familienzuschüsse nur bei vier bis sechs oder mehr Kindern gewährt. Und dann nur auf Antrag der betreffenden Beamten und ständigen Arbeiter. Auch steht den Beziehern dieser Zulage ein Rechtsanspruch darauf nicht zu. So kommt diese Einrichtung in letzter Linie auf eine Almosengewährung heraus. Das widerspricht unseren Forderungen, auf Grund deren wir Familienzulagen obligatorischer Art, beginnend bei einem Kinde und gestaffelt entsprechend der größeren Kinderzahl verlangen. Ebenso wollen wir den Beziehern dieser Zulage einen Rechtsanspruch darauf sichern.

Neben allen diesen Punkten der Vorlage enthält dieselbe auch noch eine geringe Erhöhung der Witwen- und Waisenpensionen.

In dem Ausschuß, der die Revisionsvorlage eingehend durchzuprüfen hat, wird wohl um einzelne Positionen viel gestritten werden. Unsere Vertreter werden wahrscheinlich allein dafür zu sorgen haben, daß auch auf die berechtigten Wünsche der Arbeiter genügend Rücksicht genommen wird.

Rixdorf.

Das Organ der Wahlrechtsräuber über sozialdemokratischen Terrorismus. Wenn sich das „Rixdorfer Tageblatt" mal den Luxus erlaubt, eine eigene Meinung in seinen Spalten zum besten zu geben, so ist diese derart, daß die Interessen und Anschauungen der breiten Volksmassen verhöhnt oder verraten werden. Oft hatten wir Gelegenheit, die Stirn zu bewundern, mit der das ehrsame Organ Dinge behauptet, wofür es jeden Beweis schuldig blieb. In seiner Nummer vom Sonnabend ist uns hierzu aufs neue Gelegenheit geboten. Es wirft die Frage auf: „Welches sind die Aussichten bei den bevorstehenden vier Landtags-Neuwahlen?" Wer da glaubt, daß in dieser Notiz etwa das Gebaren der Landtagsmehrheit kritisiert wird, die ohne mit der Wimper zu zucken der Sozialdemokratie vier Mandate raubte, irrt sich gewaltig. Vielmehr kommt die Seelenverwandtschaft dieses edlen Organs mit der gleichgestimmten Landtagsmehrheit voll zur Geltung. Kein Wort gegen den Mandatsraub, sondern vielmehr ein Ausfall gegen die Sozialdemokratie Schlankweg wird behauptet, die sozialdemokratischen Siege seien nur durch den Terrorismus der Partei zustande gekommen. Diese Behauptung wirkt um so frivoler, wenn man bedenkt, daß gerade das „R. T." es war und ist, welches den schlimmsten Terror dadurch übte, indem es den Plänen der Rixdorfer Wahlrechtsräuber Vorschub leistete und so die schamlose Wahlentrechtung zum Siege verhalf. Wir verstehen die stille Hoffnung der Wahlrechtsräuber, die sie ihren Kollegen vom Landtag bei den bevorstehenden Neuwahlen angedeihen läßt. Vielleicht lernen wir hierbei aufs neue, wie Terrorismus geübt wird.

Der Magistrat und der Neunstundentag für die städtischen Arbeiter, so lautete das Thema einer gut besuchten Versammlung der Arbeiter der Stadt Rixdorf. Der Referent, Stadtverordneter Gröger, beleuchtete die Verhältnisse und den Geist der städtischen Körperschaften. Er geißelte aufs schärfste die Verschleppungspolitik der bürgerlichen Mehrheit und des Magistrats in bezug die neunstündige Arbeitszeit für sämtliche städtischen Arbeiter. Der Redner schloß unter dem lebhaften Beifall der Versammlung mit der Aufforderung, die Reihen der Organisation zu stärken und die Agitation zu beleben. Das wird eine wirksame Demonstration für die Forderung der Arbeiter sein. — Eine lebhafte Aussprache folgte dem Referate. Es wurde von den verschiedenen Rednern betont, daß die neue Arbeitsordnung bereits am 1. April 1908 eingeführt wurde und trotz dieser langen Zeit ihres Bestehens sind seitens der einzelnen Betriebsleitungen sowie vom Magistrat jetzt erst Schritte unternommen worden, um den „gemeinsamen Arbeiterausschuß" auf Grund dieser neuen Arbeitsordnung wählen zu lassen. Durch diesen Zustand mußten sich die städtischen Arbeiter mit mancher Maßnahme der Betriebsverwaltung zufrieden geben, die aber unter ihnen tiefen Unwillen hervorgerufen hat. So ist z. B. die Tatsache zu verzeichnen, daß trotz der einheitlichen Arbeitsordnung in einzelnen Verwaltungen die Zuschläge für Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen, die in die Woche fallen, eine Zeitlang gezahlt, plötzlich verweigert wurden. Ueberhaupt ist die Auslegung der Arbeitsordnung seitens der Verwaltung eine ganz willkürliche; in erster Linie dahingehend, daß eine Ersparnis für die Verwaltung dabei herauskommt, natürlich auf Kosten der Arbeiter. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen und sollen dem Magistrat unterbreitet werden:

Resolution 1: Die am 24. Mai bei Wolff, Kirchhofstr. 41, versammelten Arbeiter der städtischen Betriebe der Stadt Rixdorf bedauern, daß der Magistrat bisher nicht der Resolution der Stadtverordnetenversammlung zum diesjährigen Etat, betreffend Einführung der neunstündigen Arbeitszeit nähergetreten ist.

Die Versammelten ersuchen den Magistrat dringend, die neunstündige Arbeitszeit in allen städtischen Betrieben — mit Ausnahme der kontinuierlichen Betriebe, in denen die achtstündige Arbeitszeit besteht, baldigst zur Durchführung zu bringen.

Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit wird zu einer Frage der Gerechtigkeit angesichts der Tatsache, daß Berlin, Schöneberg, Lichtenberg für ihre Eigenbetriebe die neunstündige Arbeitszeit eingeführt haben.

Die Versammelten beauftragen das Bureau der Versammlung, vorstehende Resolution dem Magistratskollegium zu übermitteln.

Resolution 2: Die am 24. Mai versammelten städtischen Arbeiter haben erneut zur Einberufung des „Gemeinsamen Arbeiterausschusses" Stellung genommen. Sie erhoffen, daß der Magistrat die angekündigte Einberufung einer Sitzung des „Gemeinsamen Arbeiterausschusses" baldigst vollzieht.

Die Versammelten beauftragen die Arbeiterausschüsse, für diese Sitzung dem Magistrat die nachstehenden Anträge zu unterbreiten:

1. Regelung des Sommerurlaubs;
2. Feststellung des Begriffes „planmäßige Sonntagsarbeit";
3. die Bezahlung der Feiertage nach § 23 bezw. § 28 der „allgemeinen Arbeitsordnung".

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Einführung des neugewählten Stadtverordneten Abel (lib. Frakt.).

Auf Antrag des Wahlprüfungsausschusses werden die in letzter Zeit stattgefundenen Ersatzwahlen sämtlich für gültig erklärt.

Stadtv. Kraaz (lib. Frakt.) berichtet über die Ausschußberatungen betr. den Rathausneubau. Der Ausschuß beantragt, dem Stadtbaurat Egeling, der die bisherigen Projekte entworfen hat, eine weitere Frist von zehn Wochen zur Anfertigung eines neuen Entwurfes zu geben. Dieser Entwurf soll von einer Jury, bestehend aus fünf außenstehenden Architekten und dem Ausschuß, einer Prüfung unterzogen werden.

Stadtvv. Kuznitzky und Gottschalk (lib. Frakt.) empfehlen, dem Ausschußantrage nicht zuzustimmen, sondern ein öffentliches Preisausschreiben zu erlassen.

Stadtv. Fritzsch (Soz.) erklärt sich für den Ausschußantrag. Mit dem Bau des Rathauses muß endlich der Anfang gemacht werden. Jetzt, nachdem ein ganzes Jahr lang an den Projekten herumgearbeitet ist, kann unmöglich noch zu einer Ausschreibung geschritten werden. Wozu ist denn auch die Rathausbaudeputation auf Reisen zur Besichtigung anderer Rathäuser geschickt worden. Der Grundriß hat allgemeine Anerkennung gefunden, nur die Fassade scheint den Wünschen aller Herren nicht zu entsprechen. Hier läßt sich aber immer noch ein Ausweg finden.

Der Antrag der liberalen Fraktion, ein öffentliches Preisausschreiben zu erlassen, wird abgelehnt und der Ausschußantrag angenommen.

Darauf nahm die Versammlung den Bericht des Etatsausschusses betreffend die Besoldung der städtischen Beamten und Arbeiter entgegen.

Stadtv. Bertelt (lib. Vg.) gibt einen kurzen Bericht und empfiehlt namens des Etatsausschusses, den ganzen Vorlagen nach den Beschlüssen des Ausschusses en bloc zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Graf v. Matuschka (lib. Frakt.) ersucht, von weiteren Abänderungsanträgen Abstand zu nehmen und die ganzen Besoldungsvorlagen sofort ohne weitere Diskussion anzunehmen.

Stadtv. Wollermann (Soz.) erkennt an, daß Magistrat und Ausschuß sich große Mühe bei Ausarbeitung der Besoldungsvorlagen gegeben haben und daß wesentliche Verbesserungen dabei erzielt worden sind. Wenn auch die sozialdemokratischen Anträge bei den Vorberatungen zum Teil angenommen sind, so kann der Lohntarif für die städtischen Arbeiter, wie derselbe vom Ausschuß festgesetzt ist, unmöglich die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion finden. Deshalb muß der En bloc-Annahme der ganzen Vorlage widersprochen werden. Die nichtständigen und Aushilfsarbeiter müssen den gleichen Lohn erhalten, wie ihn die ständigen Arbeiter als Anfangslohn bekommen. Es läßt sich keine Rechtfertigung dafür finden, die nichtständigen und Aushilfsarbeiter um 25 und 50 Pf. niedriger zu entlohnen. Der Lohnsatz von 4 M. pro Tag sollte einem jeden Arbeiter als Anfangslohn garantiert werden. Nach oben hin sind sogar Zulagen von 1000 M. bis 4000 M. vorgesehen. Deshalb sollte man hier nicht wegen der Erhöhung um 25 resp. 50 Pf. feilschen. Redner empfiehlt namens der sozialdemokratischen Fraktion die Festsetzung eines einheitlichen Anfangslohnes für alle Arbeiter. Im übrigen würde dann die sozialdemokratische Fraktion den Vorschlägen des Ausschusses zustimmen, trotzdem noch manche Verbesserungen daran nötig wären.

Stadtv. Hoffmann (Soz.) weist darauf hin, daß die unteren Beamtenklassen bei der Gehaltsregulierung am schlechtesten weggekommen seien. Eine weitere Aufbesserung wäre hier unbedingt erforderlich.

Stadtv. Hepner (Unabh. Vg.) steht auf dem Standpunkt, daß eine Notwendigkeit für die Aufbesserung der Gehälter und Löhne nicht vorliegt. Schöneberg zahlt so hohe Beamtengehälter wie keine zweite Stadt Preußens. Die Wohnungsmieten und Lebensmittel sind nicht in dem Maße gestiegen, daß eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne notwendig wäre. Es liegt kein Grund vor, die Beamten und Arbeiter der Kommune höher zu entlohnen, wie dies vom Reiche und Staate geschieht. Wo soll denn das Geld dazu herkommen? Alles, was besteuert werden kann, ist in Schöneberg schon besteuert. Schließlich sind es wieder die Grundbesitzer, die die Kosten aufzubringen haben. Redner stellt namens seiner Fraktion den Antrag, von den vorgeschlagenen Gehalts- und Lohnerhöhungen Abstand zu nehmen und den Magistrat zu beauftragen, eine neue Vorlage auszuarbeiten, in welcher die Sätze der Staatsverwaltung als Grundlage zu nehmen sind.

Stadtv. Küter (Soz.) wendet sich mit kurzen, scharfen Worten gegen den Vorredner, der sich mit seinem Antrage wohl einen Aprilscherz erlauben wollte. In Wirklichkeit liegen die Dinge doch ganz anders, als sie vom Vorredner geschildert sind. Am ratsamsten ist es, den Antrag einfach dem Papierkorb zu überweisen.

Stadtv. Zobel (lib. Frakt.) wendet sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Stadtv. Hepner. Im Ausschuß haben alle Fraktionen die Versprechungen abgegeben, daß sie für die En bloc-Annahme der ganzen Vorlagen eintreten werden. Deshalb ist es auch nicht zu verstehen, warum von der sozialdemokratischen Fraktion noch Abänderungsanträge gestellt werden. Die Annahme der Vorlagen wird dadurch nur gefährdet. Uebrigens sind die Arbeiter bei der Aufbesserung prozentual am besten weggekommen.

Stadtv. Schellack (Unabh. Vg.) tritt für den Antrag seiner Fraktion ein. Er hält die vorgeschlagenen Aufbesserungen für viel zu hoch.

Stadtv. Wollermann (Soz.) gibt darauf namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie den gestellten Antrag zurzeit zurückziehen, um die Annahme der Vorlagen nicht zu gefährden. Die sozialdemokratische Fraktion behält sich aber vor, bei der ersten besten Gelegenheit ihre Abänderungsanträge zu stellen. Wenn der Stadtverordnete Zobel sagt, die Arbeiter wären prozentual am besten weggekommen, so mag das vielleicht daran liegen, daß die städtischen Arbeiter Schönebergs im Gegensatz zu den Beamten bisher in Groß-Berlin mit am schlechtesten entlohnt worden sind.

Der Antrag Hepner wird darauf gegen 7 Stimmen abgelehnt und die Vorlagen werden nach den Beschlüssen des Ausschusses en bloc angenommen.

Der Ausschuß empfiehlt sodann auch eine Aufbesserung der Magistratsgehälter. Nach kurzer Debatte wird gegen 12 Stimmen beschlossen, das Gehalt des Oberbürgermeisters von 19 000 Mk. auf 23 000 Mk. zu erhöhen. Das Gehalt des zweiten Bürgermeisters wird über die Beschlüsse des Ausschusses (14 000 Mk.) hinausgehend auf 15 000 Mk. erhöht.

Stadtv. Wollermann (Soz.) benutzt die Gelegenheit, um gegen das Vorgehen der Mehrheit zu protestieren, die es ablehnte, sich mit Abänderungsanträgen bezüglich der Arbeiterlöhne zu beschäftigen, um die Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses zur Annahme zu verhelfen. Hier, wo es sich um die höchsten Gehälter handle, pfeife man auf die Beschlüsse des Ausschusses und gehe noch darüber hinaus. Diese Handhabung müsse festgenagelt werden.

Das Gehalt der Bauräte wird von 12 000 auf 13 000 M. erhöht. Das Gehalt der besoldeten Stadträte wird festgesetzt auf 8500 M. steigend in zwölf Jahren auf 12 500 M.

Sodann wird beschlossen, den Beamten und Arbeitern die erhöhten Sätze vom 1. April 1908 ab und den Magistratsmitgliedern vom 1. Oktober 1908 ab nachzuzahlen.

Weißensee.

Es war ihm wohl zu wenig. Am Sonntag gab's hier einen großen Tag. Der Kampfgenossenverein hatte ein Fest, wozu die ganze Umgebung eingeladen und zum Teil auch erschienen war. Als Zugmittel war das persönliche Erscheinen des Kronprinzen als Förderer des Kriegervereinswesens in Aussicht gestellt. Wer aber nicht kam, war der Kronprinz. An seiner Stelle war ein Offizier als Vertreter erschienen, der den versammelten Kriegern mitteilte, der Kronprinz habe anderen Versprechungen folgen müssen. Trotzdem wurde ein Telegramm abgesandt, worüber einige Kameraden murrten, weil sie in Erfahrung gebracht hatten, daß der so sehnsüchtig Erwartete an der Eröffnung der Grunewald-Rennbahn teilnahm. Diese voreiligen Zweifler an der Treue des Kronprinzen werden sich noch zu verantworten haben.

Rummelsburg.

Gewerbegerichtswahlen. Das Kartell beschäftigte sich in seiner am Sonnabend abgehaltenen Delegiertensitzung mit den am 8. Juni bevorstehenden Ergänzungswahlen zum hiesigen Gewerbegericht.

Zur Wahl stehen vier Beisitzer der Arbeitnehmer und vier Beisitzer der Arbeitgeber. Es wurde beschlossen, am Donnerstag, den 27. Mai, abends 8½ Uhr, im Saale der Witwe Weigel, Türrschmidtstraße 45, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung abzuhalten. Arbeitersekretär Eug. Brückner spricht über „Die Bedeutung der Gewerbegerichte für die Arbeiter". Beisitzer Grimm erstattet Bericht über die Tätigkeit des Rummelsburger Gewerbegerichts. Darauf soll die Aufstellung der Kandidaten erfolgen.

Gewerkschaftler, Parteigenossen, sorgt für regen Besuch dieser Versammlung.

Berliner Gewerkschaftskommission. Abt. Lichtenberg-Rummelsburg.

Friedenau.

Der dankbare Herr Kommerzienrat. Wie der „Friedenauer Lokalanzeiger" mitteilt, läßt der in den westlichen Vororten bekannte Kommerzienrat Haberland in einer der neu angelegten Straßen am Südwest-Korso ein Denkmal, die Sündflut darstellend, errichten. Es soll dies ein Geschenk an die Gemeinde Friedenau sein. Man sieht: der Herr Kommerzienrat kargt nicht mit seinem Dank für all die vielen kleinen Freundschaftsbeweise, welche ihm von unserer Gemeindevertretung erwiesen wurden. Wenn jetzt der Friedenauer Bürger sich durch die engen und verbauten Straßen des früheren Sportparkviertels hindurchgeschlängelt hat, kann er sich am Denkmal des Herrn Haberland niederlassen und Berechnungen darüber anstellen, was wohl für den „hochherzigen" Denkmalspender bei Parzellierung und Verkauf dieses Geländes herausgekommen sein mag.

Mittenwalde und Umgegend.

Ueber Steuerforderungen referierte am letzten Sonntag Genosse Ulm-Schlachtensee, indem er mit kräftigen Worten die Ausbeutung des Proletariats durch die Regierung brandmarkte. Leider entsprach der Besuch der Versammlung nicht unseren Erwartungen. Die Verhältnisse am Orte wie die Situation im allgemeinen sind in der Tat nicht solche, daß sich die Arbeiter schlafen legen können.

Wilhelmsruh.

In der hiesigen Badeanstalt können die Mitglieder des Wahlvereins gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches an den Wochentagen wie Sonntags bis 10 Uhr vormittags zu halben Preisen baden.

Spandau.

Zu dem ablehnenden Bescheid des Magistrats, die Vornahme der Gewerbegerichtsbeisitzerwahl an einem Sonntag betreffend, wird eine öffentliche Versammlung, die am Mittwoch, den 28. d. M., also heute bei Gottwald, Schönwalder Str. 80, Stellung nehmen. Das hiesige Gewerkschaftskartell ladet alle Arbeiter sowie Stadtverordnete und Magistratsmitglieder zu dieser Versammlung ein.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenstimmrecht in England.

Es dürfte wohl allgemein bekannt sein, daß das bisher in England gültige Wahlrecht an den Besitz geknüpft, also **kein** allgemeines Wahlrecht ist.

Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erstrebt von den Frauenvereinen, wie an dieser Stelle schon des öfteren ausgeführt, lediglich die „Adult Suffrage Society".

Während aber nun die übrigen englischen Frauenrechtlerinnen aus ihrem Herzen gar keine Mördergrube machen, sondern freimütig erklären, daß sie das allgemeine Wahlrecht, das auch „Universal-right" genannt wird, gar nicht wünschen, bemühen sich deutsche Frauenrechtlerinnen, besonders in Berlin, es so darzustellen, als ob die englischen Kämpferinnen zuerst nur das Frauenstimmrecht erreichen wollten, (das heißt ein Frauenstimmrecht unter denselben Voraussetzungen wie die englischen Männer es haben) quasi als erste Stufe, als eine Etappe, zum allgemeinen Stimmrecht, was den Engländerinnen vollständig fern liegt.

Das kam ja auch bei der Berichterstattung über den internationalen Londoner Stimmrechtskongreß hier in Berlin in den Vereinen „Frauenwohl" und „Frauenstimmrecht" zum Ausdruck, wenigstens versuchte dort Else Lüders es so darzustellen, als ob historisch das Frauenstimmrecht **immer** das allgemeine Stimmrecht nach sich ziehen würde, was gerade in England nicht der Fall sein dürfte, da sich die Besitzenden dort mit Händen und Füßen gegen das allgemeine Wahlrecht sträuben. Wenn das Stimmrecht dort den Frauen zu den gleichen Bedingungen wie den Männern zugestanden werden sollte, so würden die das Wahlrecht erreichenden $1^1/_2$ Millionen Frauen die Gegnerschaft gegen das allgemeine Stimmrecht noch ganz beträchtlich verstärken, vielleicht ganz illusorisch machen, wogegen gar nicht früh und gar nicht scharf genug Front gemacht werden kann. Das wissen unsere englischen Genossen und Genossinnen auch ganz genau und richten ihre Taktik danach ein.

Um aber die unwahren Darstellungen der deutschen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nach dieser Richtung in das richtige Licht zu setzen, geben wir die Stimmen einiger der bedeutendsten englischen Frauenrechtlerinnen wieder, wie sie sich zu dieser Frage geäußert.

So schreibt Mrs. Millicent Garett Fawcett, die Führerin der Suffragists in den „**Times**" vom 23. November 1907:

„In Ihrem Leitartikel zitieren Sie Mr. Lloyd George, als ob er gesagt habe, daß das Frauenstimmrecht als ein Teil des großen Schemas des allgemeinen Stimmrechtes kommen müsse. Diese Anschauung entspricht keineswegs den Ansichten der verschiedenen Frauenstimmrechtsverbände. **Manche von uns wünschen** das allgemeine Stimmrecht **nicht**."

In „**The Worlds Work**" vom Januar 1907 läßt Lady Frances Balfour, Vertreterin einer anderen Frauenstimmrechtsgruppe, sich also vernehmen:

„Das Frauenstimmrecht würde fast mit Gewißheit als Barriere gegen die extremen Maßnahmen der Ultra-Radikalen, der Adult Suffrage zum Beispiel, dienen. Manche von uns befinden sich im größten Gegensatz zu der Adult Suffrage. Was wir fordern ist, daß die Frauen zu denselben Bedingungen wie die Männer das Stimmrecht erhalten, nach dem sogenannten Landeswahlrecht, wie man sagt. Wenige verheiratete Frauen würden das Stimmrecht erhalten, wenn das Gesetz käme, aber es würde 1 500 000 bis 2 000 000 Frauen (Damen!) das Wahlrecht verschaffen."

Und Miß Pankhurst, Vertreterin der Suffragettes, äußert sich in einem Artikel des „**Daily Mail**" vom 13. Juni 1908, worin sie die Forderungen der Suffragettes darlegt, wie folgt:

„Viele Leute befinden sich in der Meinung, daß wir das Stimmrecht für alle Frauen fordern, aber das ist **nicht** der Fall. Im Gegenteil, unsere bescheidene Forderung geht dahin, daß solchen Frauen, die eine Stellung einnehmen und die gleiche Verantwortung tragen wie die Männer, das Wahlrecht zu den gleichen Bedingungen wie dem männlichen Wähler zu übertragen sei. Ob verheiratete Frauen das Stimmrecht haben sollen, ist eine häufig geäußerte Frage, worauf wir zur Antwort geben, daß wir das Stimmrecht für die verheiratete Frau **nicht** wünschen, es wäre denn, **daß sie sich im Besitz einer** selbständigen Stellung befände."

Diesen klaren Aussprüchen gegenüber gehört doch ein gewisser Mut dazu, immer und immer wieder in Deutschland die Ansicht verbreiten zu wollen, die englischen Frauenrechtlerinnen erstrebten das Frauenstimmrecht als erste Etappe auf dem Weg zum allgemeinen Stimmrecht. **Das ist eben nicht wahr!** Sie erstreben lediglich ein „**Damenwahlrecht**", wie wir das hier von jeher ausgeführt haben, und es ist traurig, daß sich sogar Genossinnen und Genossen in England finden, die diese Frauenrechtlerinnen, die zu unseren Feindinnen werden müssen, unterstützen. Hoffentlich wird das Vorgehen der jungen „Adult Suffrage Society" da bald Wandel schaffen.

Bemerkenswert ist auch noch, daß mit dem Emporkommen der „Adult Suffrage Society" das Emporkommen der Antisuffrageliga zusammenfällt. Diese betätigt sich **scheinbar**, als ob sie gegen **alle** Frauenstimmrechtsverbände kämpfe, in Wirklichkeit aber ist diese Antifrauenbewegung ein Angstprodukt, das aus Furcht vor der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts der Arbeiterinnen hervorgegangen, und das nur gegen das „Universal-right" arbeitet.

Leseabende.

Treptow-Baumschulenweg. Donnerstag, den 27. Mai, $8^1/_2$ Uhr, bei Erbe.

Gerichts-Zeitung.

Ein Raubmordversuch

liegt einem Strafprozeß zugrunde, der gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann. Aus der Untersuchungshaft wurde der am 27. März 1889 in Wien geborene frühere Student, zuletzt beschäftigungslose Johann **Gangler** vorgeführt, der sich wegen versuchten Mordes und versuchten schweren Raubes verantworten mußte. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsrat von Lorsen, die Anklage vertritt Staatsanwalt Weihmann, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Walter Jaffé. — Aus der Vernehmung des Angeklagten ging folgendes hervor: Er ist als unehelicher Sohn des früher in Wien, jetzt in einem kleinen Oertchen in Ungarn wohnhaften katholischen Geistlichen Titus Schwaiger und dessen Wirtschafterin geboren. Nach Absolvierung der Volks- und Bürgerschule in Wien besuchte der Angeklagte die Handelsschule und nahm dann an den Kursen für Staatsrechnungswissenschaft teil, um sich für eine Stellung im Finanzministerium vorzubereiten. Der Angeklagte behauptet, daß er gegen seinen Willen von seinem Vater zum Studium gezwungen worden sei. Er habe aus diesem Grunde kurz vor Weihnachten 1908 einen Selbstmordversuch unternommen und sich eine Revolverkugel in die Brust geschossen. — Um angeblich dem lästigen Studium zu entgehen, fuhr der Angeklagte am 3. März dieses Jahres ohne Wissen seines Vaters von Berlin nach Wien. In Wirklichkeit war ihm jedoch in Wien der Boden zu heiß geworden, da er einem gewissen Seiler 1300 Kronen und verschiedene Schmucksachen gestohlen hatte und er eine Verhaftung befürchten mußte. In Berlin logierte sich der Angeklagte in dem Hotel „Oldenburger Hof" in der Chausseestraße unter dem Namen eines „Privatiers Alois von Lichtenfels" ein. Es begann nun ein sehr flottes Leben des 20jährigen jungen Menschen. Die Folge war, daß die Kasse des G. bald erschöpft war. Er fuhr dann nach Dresden, um hier einen Teil der in Wien gestohlenen Schmucksachen zu versetzen. Der Erlös war ebenfalls in wenigen Tagen verjubelt. Als der Angeklagte noch bare 95 Pfennige in der Tasche hatte, faßte er den Entschluß, sich durch einen Ladenkassenraub wieder in den Besitz von Geldmitteln zu setzen. Als geeignetes Lokal hierzu schien ihm die Gastwirtschaft einer Frau Schreiber in der Scharnhorststraße 5 zu sein, die er schon mehrere Male vorher aufgesucht hatte. Hierbei hatte er gesehen, daß die Inhaberin ihr Geld in einem besonderen Kasten im Schanktisch aufbewahrte. Der Angeklagte faßte nun den Entschluß, das Dienstmädchen Ursula Sadewater, die des Morgens im Lokal aufräumte, zu töten und dann die Kasse zu rauben. Am 13. März kaufte er sich in der Markgrafenstraße einen Revolver, mit dem er sich am nächsten Tage kurz nach 7 Uhr morgens in das Schreiberische Lokal begab. Er bestellte hier ein Glas Bier und unterhielt sich längere Zeit mit der Sadewater über allerlei gleichgültige Dinge. Als diese sich über einen Eimer bückte, holte er blitzschnell den Revolver hervor, zielte einige Sekunden nach dem Kopf des Mädchens und drückte dann ab. Die S. richtete sich erschreckt auf und rief dem Angeklagten zu: „Was ist Ihnen denn, sind Sie denn närrisch, was haben Sie getan?" Gangler legte noch ein zweitesmal an und schoß. Erst als die Ueberfallene laut um Hilfe rief, ergriff der gefährliche Gast die Flucht durch eine Hintertür, die er sich zu diesem Zweck schon vorher unbeobachtet geöffnet hatte.

Die erste Kugel hatte das Mädchen in das Genick getroffen, wo sie stecken blieb und nach Ansicht der Aerzte gut verheilt ist. Der zweite Schuß traf die S. an der Nasenspitze. Nach Verübung der Tat mischte sich der Angeklagte als ob nichts geschehen war unter die Menschenmenge, die sich vor dem Lokal angesammelt hatte und rauchte seelenvergnügt eine Zigarette. An demselben Tage stellte er sich dann freiwillig der Polizei.

Vor Gericht war der Angeklagte im wesentlichen geständig. Er behauptete, durch eine gewisse Betty Ampft, die er hier kennen gelernt habe, auf die schiefe Ebene gelangt zu sein. Er habe die Absicht gehabt, dieses Mädchen wieder auf einen anständigen Weg zu bringen, da sie ihm sehr gefallen habe. Mit dem Gelde, welches er zu rauben gedachte, habe er sich solange über Wasser halten wollen, bis er eine Stellung gefunden habe.

Die Beweisaufnahme erbrachte keine besonders bemerkenswerten Momente. Der Gerichtsarzt Dr. Strauch, der auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Walter Jaffé den Angeklagten im Untersuchungsgefängnis auf den Geisteszustand untersucht hatte, bekundete, daß dieser ein geistig und körperlich nicht vollwertiger Mensch sei, der den an ihn herantretenden Versuchungen und Verführungen nur geringen Widerstand entgegenzusetzen imstande sei. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage im Sinne der Anklage. **Das Gericht erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus.**

Der expresse Bote.

Von der Anklage der Uebertretung des Postgesetzes war der Buchbindermeister Gustav Börschel vom Schöffengericht freigesprochen. Die Berufung des Staatsanwalts wurde vom Landgericht III in Berlin am 5. Februar verworfen. Er vertreibt in Oranienburg den „Berliner Lokalanzeiger". Mit Gäde hat er die Vereinbarung getroffen, daß dieser als expresser Bote die Zeitungen nach Oranienburg mit der Bahn bringen sollte. Gäde bekam dafür einen ominösen Entschädigung. Er führte die Pakete als Passagiergepäck bei sich. Aber an 28 Sonntagen, als die Zeitungen zu dick waren, hat er sie als Pakete im Zuge mitgehen lassen. Gäde war jedenfalls, so heißt es im Urteil, der Absender der Pakete und als solcher strafbar. Den Angeklagten Börschel ging es nichts an, ob Gäde die Pakete bei sich führte oder im Zuge mitgehen ließ. Gäde bekam dafür keine besondere Entschädigung. Als Gäde mit Frau U., die ihm die Zeitungen auf dem Bahnhofe in Oranienburg abnahm, diese Art der Beförderung besprach, war Börschel zugegen, aber es ist nicht zu widerlegen, daß er nicht hingehört hat. Daß er gewußt hat, daß Gäde die Zeitungen auf Bahnpaketadresse hat befördern lassen, ist nicht als erwiesen angesehen worden. — Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Der Bote, so bemerkte er, muß nach früheren Entscheidungen des Reichsgerichts selbst das Beförderungsmittel sein. Das ist er aber nicht, wenn er die Pakete im Gepäckwagen hat. Gäde ist nur das Werkzeug des Angeklagten gewesen und hat seine Tat nur für Börschel gewollt. Festgestellt ist, daß Börschel möglicherweise gewußt hat, daß die Zeitungen im Packwagen befördert wurden; ob als Passagiergut oder als Gepäck ist ganz gleichgültig. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Gäde war der expresse Bote Börschels und dieser kann fahrlässig gehandelt haben, wenn er die gesetzwidrige Beförderung verschuldete.

Tolle Schweinereien

in einem Sommerlokal, welches hauptsächlich von Berliner Ausflüglern stark frequentiert wurde, kamen in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern unter Vorsitz des Amtsrichters Körner das Schöffengericht Berlin-Wedding beschäftigte. Angeklagt wegen wissentlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz war der Gastwirt Ernst Ziekow und dessen Ehefrau Pauline Z. geb. Klein aus Heiligensee.

Die beiden Angeklagten sind Besitzer eines großen Sommerlokals in Heiligensee an der Havel, welches hauptsächlich von Tegel aus von den Berliner Ausflüglern aufgesucht wird. In der Beweisaufnahme wurde durch das eidliche Zeugnis mehrerer Zeugen folgender Tatbestand festgestellt, der auch zum Teil von den Angeklagten nicht bestritten wurde. Die sämtlichen Speisen und Getränke wurden mit schmutzigem Havelwasser angerichtet, welches mit Eimern direkt aus dem Flusse geschöpft wurde. Größere Unreinlichkeiten, wie tote Fische, Wasserpflanzen und Froschlaich, wurden mit der Hand aus dem Wasser entfernt. Mit Hilfe der zum Wasserschöpfen benutzten Eimer wurde sonst der Tanzboden aufgewischt, auch fanden sie bei der Klosettreinigung Verwendung. Am Morgen wurden die Nachtgeschirre aus den Schlafzimmern in die Eimer entleert, mit denen dann bald darauf das Kaffeewasser aus der Havel geholt wurde. In einem in der Küche befindlichen Kessel wurde von der Frau Ziekow des Morgens ihre besonders stark verunreinigte Leibwäsche eingeweicht. In demselben Kessel wurde dann für die Gäste Kaffee gekocht, ohne daß er vorher irgendwie gereinigt oder ausgespült wurde. Vielfach wurde in dem Kessel auch die Suppe zu dem Diner angerichtet, welches dann von den Ausflüglern teuer bezahlt werden mußte. Noch schlimmer wurde in dem Lokal mit der Backware umgegangen. Die Brödchen wurden in einem schmierigen Holzfaß untergebracht, in welchem früher eine Katze Mutterfreuden erlebt hatte. Zwischen den Brödchen tummelten sich einträchtig Mäuse mit ihrer Nachkommenschaft, wodurch die Brödchen ekelhaft beschmutzt wurden. Um diesem „Uebel" abzuhelfen, kamen die Angeklagten auf den genialen Gedanken, noch den Hund dazuzusetzen, der nun zwischen den Brödchen herumwirtschaftete bis er auch dem letzten Mäuslein den Garaus gemacht hatte. Der Einfachheit halber wurde dann die ganze Geschichte umgekippt, wobei die Brödchen samt dem Hunde auf den ebenfalls nicht sauberen Fußboden rollten. Dieselben Brödchen wurden dann den Gästen vorgesetzt. In dem Z.schen Lokal wurde ferner auch Milch verkauft, welche die Ausflügler pro Glas mit 25 Pf. bezahlen mußten. In der Milch schwammen zu wiederholten Malen Mäuseleichen. Die Frau Z. machte dann mit der Milch kurzen Prozeß, sie fischte die toten Mäuse heraus und setzte das in dieser Weise „veredelte" Getränk den Dienstboten vor. Als diese sich weigerten, die Milch zu trinken, wurde sie von der Angeklagten mit den Worten: „Für die Berliner ist sie gut genug," wieder in den Topf zurückgegossen. — Diese Wirtschaft in dem Lokal der Angeklagten, die vor Gericht von dem Vorsitzenden mit dem treffenden Wort „Schweinerei" charakterisiert wurde, währte über zwei Jahre. Zu der gestrigen Verhandlung waren als Sachverständige Prof. Dr. Juckenack und auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Werthauer der Chemiker Dr. Aufrecht geladen, die übereinstimmend bekundeten, daß in der Verwendung des ungereinigten Havelwassers nur unter Umständen eine Verwendung eines gesundheitsschädlichen Stoffes zu erblicken sei, auf jeden Fall aber der § 10 des Nahrungsmittelgesetzes zutreffe. — Der Antrag des Staatsanwalts lautete gegen die Ehefrau auf 6 Monate Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, gegen den Ehemann auf 2 Monate Gefängnis und ebenfalls 500 M. Geldstrafe. — Wie der Vorsitzende in seiner Urteilsbegründung ausführte, scheinen die Angeklagten von der vielfach außerhalb verbreiteten Ansicht ausgegangen zu sein: „Für den Berliner ist alles gut genug." Die Angeklagten hätten, obwohl sie selbst wohlhabende Leute sind und noch reiche Eltern haben, ihren Gästen in des Wortes vollster Bedeutung für schweres Geld „Dreck" vorgesetzt, wie die Beweisaufnahme ergeben habe. Die Triebfeder hierzu sei ein mehr als schmutziger Geiz gewesen, wie festgestellt sei. Eine derartige Handlungsweise sei viel schlimmer, als die eines gemeinen Betrügers oder Hochstaplers. Das Urteil lautete deshalb gegen die Ehefrau auf 3 Monate Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, gegen den Ehemann auf 1 Monat Gefängnis und die gleiche Geldstrafe. Um dem Treiben der Angeklagten außerdem ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, erkannte das Gericht ferner auf Publikation des gesamten Urteils mit den Urteilsgründen in einer großen Berliner Zeitung, ferner in dem Kreisblatt für Niederbarnim und in der „Tegeler Zeitung".

Polizeiverordnungen über das Aufbewahren geistiger Getränke sind ungültig.

Der Wirt Klossop betreibt in Buttrop eine Reformwirtschaft. Er hat keine Konzession zum Ausschank geistiger Getränke. Er soll durch Aufbewahren einer Kirschfaftessenz die Regierungs-Polizeiverordnung vom 13. November 1890 übertreten haben, welche u. a. bestimmt: „In offenen Läden und Verkaufsstellen, deren Inhaber nicht die Erlaubnis zum Betriebe der Gast- oder unbeschränkten Schankwirtschaft oder zum Kleinhandel mit geistigen Getränken beziehungsweise zum Handel mit feinen Likören in versiegelten Flaschen haben, dürfen Branntwein, Spiritus sowie andere weingeisthaltige Getränke **nicht aufbewahrt** werden. Dies darf auch nicht geschehen in den mit dem Verkaufslokal offen oder durch eine Tür unmittelbar in Verbindung stehenden Geschäftsräumen. In offenen Läden der Personen, die die Erlaubnis zum Kleinhandel mit geistigen Getränken, **nicht** aber die Erlaubnis zum Ausschank von Branntwein beziehungsweise Likören haben, dürfen Gläser und sonstige für den Genuß auf der Stelle dienende Gefäße nicht aufbewahrt werden." — Es wurde vom Gericht festgestellt, daß jene Kirschfaftessenz, die namentlich von den Polen mit einem Zusatz von Wasser gern getrunken wird, zu den alkoholhaltigen Getränken zu rechnen ist. Das **Landgericht Essen** als Berufungsinstanz sprach den Angeklagten **frei**, weil die Verordnung ungültig sei. — Die **Staatsanwaltschaft** legte **Revision** ein und machte geltend, die Verordnung sei lediglich zur Steuerung des Alkoholmißbrauchs erlassen, diene somit dem Schutz der Gesundheit und werde durch § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes in Verbindung mit § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts gerechtfertigt.

Das **Kammergericht** erklärte dieser Tage jedoch die **Polizeiverordnung für ungültig** und darum unanwendbar. Es verwies zwar die Sache an das Landgericht zurück, aber nur, damit dies nachprüfe, ob nicht der angeklagte Reformwirt unbefugt die Schankwirtschaft ausgeübt habe. Bezüglich der Polizeiverordnung wurde ausgeführt: Vor vielen Jahren habe das Kammergericht allerdings eine solche Polizeiverordnung für gültig erachtet. Jetzt nehme es aber einen anderen Standpunkt ein. Wenn § 10, II 17 des Allgemeinen Landrechts die Polizei berechtige, das Publikum vor drohenden Gefahren zu schützen, so meine er **unmittelbar bevorstehende** Gefahren. Von einer solchen, dem Publikum etwa in gesundheitlicher Beziehung unmittelbar bevorstehenden Gefahr könne aber nicht die Rede sein, wenn eine der in der Verordnung bezeichneten Personen geistige Getränke, beziehungsweise Gläser **aufbewahre**. Der Senat sei nun auf die Motive zum Erlaß der Verordnung zurückgegangen, um zu sehen, ob eine andere gesetzliche Stütze vorhanden sei. Das müsse verneint werden. Die Verordnung sei auf eine Eingabe einer Kommission des westfälischen Städtetages zur Förderung der Bestrebungen des Deutschen Vereins gegen Mißbrauch der geistigen Getränke erlassen. Und zwar sei damals verlangt worden, gegenüber dem von vielen Spezereien betriebenen unbefugten Ausschank Maßregeln zu schaffen, **die die Kontrolle erleichtern**, damit dem unbefugten Schank besser vorgebeugt werden könne, **Maßnahmen zur Erleichterung der polizeilichen Kontrolle** stellen aber **nicht** unter die Gegenstände polizeilicher Vorschriften. Die Verordnung sei deshalb ungültig.

Lese- und Diskutierklub Baumschulenweg. Heute abend 9 Uhr im Lokal von Georgens, Baumschulenstr. 27: Sitzung. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, hier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Briefstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

A. S. 21. 1. Nein. 2. Ihnen steht das Pflichtteil in dem Nachlaß Ihrer Mutter zu. Sie würden also $^1/_{16}$ des Nachlasses zu beanspruchen haben. 3. Die Mutter hätte eine standesmäßige Aussteuer zu geben. Der Betrag derselben wird vom Gericht von Fall zu Fall festgesetzt. 4. Wenn Ihnen das Sparkassenbuch geschenkt war, ja. — **H. O. 8.** 1. Vor Gericht oder vor dem Notar kann solcher Vertrag zwischen Ehemann und Ehefrau geschlossen werden. Er ist jedoch rücksichtlich der bis zum Abschluß des Vertrages bestehenden Gläubiger nicht gültig. — **Sch. 22.** 1. Polizeipräsidium ohne nähere Angabe der Abteilung genügt. 2. Ja. — **Karl H. 24.** 1. Der Lohnarrest wäre nicht zulässig. Sollte ein solcher ergehen, so würden Sie gegen ihn Beschwerde zu erheben haben. 2. Das Gericht kann, braucht aber in dem von Ihnen Geschilderten keine Verzeihung erblicken. 3. Auf Antrag wird der Frau ein Anwalt gestellt. 4. Nein. **O. P. M.** Der Mieter ist für die volle Vertragsdauer haftpflichtig. **W. 100, 1.** Ja; von 1200 M. an ist in Berlin Kirchensteuer zu zahlen. 2. Der Mann würde als Zeuge vernommen werden können; ein Eid der Frau würde nicht für zulässig erachtet werden. **B. Sch. 21.** Der Schaden müßte leider ersetzt werden; freilich nur mit dem wirklichen Wert, der kaum 1 M. übersteigen dürfte. **K. G. 22.** Klagen Sie zunächst bei dem Gewerbegericht auf Zahlung für 14 Tage. Erst wenn Sie das Gewerbegericht durch **Urteil** deshalb abweist, weil Sie landwirtschaftlicher Gärtner seien und deshalb das Amtsgericht zuständig sei, wenden Sie sich an dieses mit derselben Klage.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. **Alle** Adressen müssen jeden Monat **neu eingesandt** werden.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr reichlich, Geschäft rege, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr genügend, Geschäft genügend, Preise genügend. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft genügend, Preise genügend. **Fische:** Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr mäßig, Geschäft flau, Preise wenig verändert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 27. Mai, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 7), Engelufer 15:

Branchen-Versammlung
der
Elektromonteure und Helfer Berlins
und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Ritter über: Das Genossenschaftswesen.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

In Anbetracht des äußerst wichtigen und lehrreichen Vortrages werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Donnerstag, den 27. Mai, abends 8½ Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45:

Versammlung
der
Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:
1. Die Arbeiterbewegung und das Genossenschaftswesen. Referent: Genosse Karl Giebel.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
117/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 27. Mai 1909, abends 8½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstraße 3:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Regelung des Extrabeitrages und Anträge zu derselben. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 84/11

Pflicht eines jeden Kollegen ist, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 53. **Zweigverein Berlin.** Telephon: Amt IV, 4093.

Mittwoch, den 26. Mai, abends 8½ Uhr:
im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4:

General-Versammlung
aller Sektionen und Zahlstellen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Kassenbericht vom 1. Quartal 1909. 3. Bericht der Delegierten zur Berliner Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl derselben. 4. Gewerkschaftliches. 137/18*

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet **Der Zweigvereinsvorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin II.

Mitglieder aller Branchen!

Donnerstag, den 27. Mai, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (großer Saal):

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Mitteilungen. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Anträge und Verschiedenes. 67/14

Das Verbandsbuch ist am Eingang des Saales vorzuzeigen.
Wer mit seinen Beiträgen über zehn Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Die Verwaltung II. J. A.: Albert Uthes.

Ausverkauf
der aus der S. Hoffmanschen 13652
Konkursmasse
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 12, Ecke Schulstraße,
stammenden
Herren- und Knaben-Garderoben
findet täglich von 8—12 und 3—8 Uhr statt.
Die enorm billigen Preise sind aus den 5 Schaufenstern ersichtlich.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt 62/9*
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Von der Reise zurück
Freischmidt, prakt. Arzt.
Wundarzt u. Geburtshelfer
Charlbg. Berlinerstr. 98, E. Lohmeyerstr.
Sprechstunden 9-10, 5-½7. 1*

Steppdecken
kauft man nur am besten und billigsten direkt in der Fabrik Bernhard Strohmandel.
Berlin, **72 Wallstr. 72,**
Zweiggeschäft Joachimsthalerstr. 25-26.
Alte Steppdecken werden aufgearbeitet.
Illustr. Preiskatalog gratis.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. H. No. 2 Hamburg.)

Oertliche Verwaltung Berlin.

Freitag, den 28. Mai 1909, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer Nr. 15, Saal V.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. — 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. **Der Vorstand.** 259/2*

J. A.: Richard Schröder, Berlin O., Tilsiter Str. 7, v. IV.

Wohin die Feiertage? Nach
C. B.
Da haben wir keine lebensgefährliche Eisenbahnfahrt!

„Café Bellevue"
am Rummelsburger See.
Großer schattiger Garten mit uralten Bäumen.
Konzert. Volksbelustigungen. **Kaffeekochen.**
Am 2. Feiertag: **Frühkonzert.** 13642*
Um geneigten Zuspruch bittet **Gustav Tempel.**

15. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 25. Mai vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

55 625 793 [3000] 817 55 1114 239 410 531 2077 331 795 [1000] 814 80 911 3040 42 53 103 281 804 [500] 4016 [1000] 80 [500] 218 [1000] 64 373 76 444 633 56 784 [500] 5156 258 491 525 [500] 53 716 989 6032 196 375 421 74 636 [500] 95 709 7090 134 259 338 796 8061 298 443 [1000] 784 99 929 9004 139 306 43 48 506 873

10216 50 413 564 71 672 777 861 945 11023 [500] 314 49 717 31 12034 98 298 323 51 426 534 701 13105 368 72 433 560 604 710 [3000] 23 14261 498 54 69 880 909 15096 123 [500] 567 [1000] 643 737 802 969 16138 289 [1000] 600 763 834 911 17618 823 [500] 64 971 18124 341 335 87 681 19139 54 344 470 517 [500] 781

20026 67 344 450 373 800 69 84 722 86 21372 784 802 49 980 22024 90 91 [1000] 185 479 80 681 851 961 23353 753 883 92 24099 [1000] 188 78 224 69 306 28 69 [3000] 433 42 96 [500] 533 918 [500] 25137 360 402 16 596 99 617 32 64 26138 355 69 405 647 94 [500] 979 27313 767 881 28124 273 75 980 29401 558 894 937 50

30124 358 418 [500] 48 631 49 765 44 [3000] 74 31006 135 87 265 423 [3000] 583 98 692 905 32117 920 72 26 339 81 422 512 49 75 638 785 33550 708 38 48 821 34196 289 35017 [500] 37 257 [1000] 94 424 35 45 [500] 63 619 700 36124 360 88 37065 230 673 79 739 814 47 38044 908 [1000] 87 483 92 673 717 55 91 885 905 [500] 90 [500] 39246 531 [3000] 44 485 722 812 904 43 79

40106 221 [1000] 68 540 69 731 46 41329 406 540 614 715 [3000] 42163 996 43136 261 371 [500] 79 737 79 44073 157 87 200 507 13 39 [500] 673 [3000] 797 [500] 95 45039 229 [500] 57 72 379 [500] 489 510 798 818 83 46079 87 [1000] 134 215 320 436 623 [500] 60 947 47101 [1000] 84 [500] 483 615 62 908 48034 226 87 213 42 618 959 96 49763 70 489 590 661 933 66 55

50004 506 49 78 739 59 819 51136 285 375 444 98 653 935 52034 222 895 923 53080 258 383 585 827 94 54001 173 218 45 [1000] 434 80 84 667 741 [500] 55238 443 [1000] 77 [1000] 639 810 558 91 67 [3000] 56045 146 423 [1000] 560 703 30 962 57011 72 [500] 498 505 75 787 843 58047 50 115 250 [500] 386 579 658 737 59000 [1000] 25 195 345 401 [500] 915

60083 254 62 261 467 [500] 651 987 [1000] 61188 267 422 589 85 62072 199 309 22 629 943 63128 [1000] 63 301 590 93 610 66 716 850 64377 612 [3000] 73 737 808 65268 441 570 786 66219 650 82 856 [500] 97 67102 214 52 429 [1000] 77 587 645 724 68207 318 [500] 37 430 575 900 4 69036 158 265 64 319 414 29 47 [500] 654 42 [500] 736 934

70032 261 628 93 950 71004 93 187 231 96 344 48 463 640 [1000] 88 935 99 72160 469 661 615 17 [3000] 999 73010 78 277 337 586 645 748 74069 115 [500] 72 893 422 749 71 896 75032 96 115 337 492 651 98 739 41 96 838 [3000] 76055 498 649 703 8 939 67 77411 [1000] 609 [500] 728 50 78012 22 147 48 56 [500] 287 559 703 38 924 80 79534 720 64 864 [3000] 70 983 [1000] 71 81

80021 158 249 481 577 [1000] 606 44 701 846 627 81135 46 398 527 59 643 886 [3000] 82000 49 818 329 614 853 66 83002 [1000] 30 103 211 77 769 813 84042 221 38 413 533 38 [3000] 43 [3000] 635 906 [2000] 85267 78 342 [500] 441 902 [1000] 43 [3000] 86020 236 68 462 653 87329 70 447 90 88358 365 615 89118 557 722 73

90103 599 717 810 47 [3000] 79 975 91129 [3000] 740 93 975 92270 406 67 [500] 828 32 93296 371 714 815 55 94052 98 [1000] 169 [3000] 986 331 405 11 [1000] 39 563 605 67 91 95093 291 [500] 368 623 704 96 883 87 984 96231 320 632 90 789 95 832 97096 463 500 33 605 9 749 66 810 29 82 [1000] 89 98210 94 356 76 467 600 45 72 99081 [3000] 172 239 342 658 723 982

100151 432 764 65 614 101288 347 523 [500] 72 671 731 831 82 102096 327 55 [1000] 406 782 869 987 [500] 103076 81 388 [1000] 360 51 95 [3000] 634 770 [3000] 990 [500] 104043 508 646 83 775 814 33 47 911 105007 70 276 91 [3000] 429 74 526 932 [1000] 94 106031 270 636 450 359 [500] 107034 145 364 [3000] 615 843 903 80 108060 160 529 [500] 624 759 558 109261 448 [3000]

111079 [500] 118 723 112502 [3000] 36 600 13 78 783 [1000] 855 68 113314 432 678 815 [500] 940 114088 370 798 819 115000 543 628 667 985 116141 465 76 879 739 63 805 [3000] 24 [500] 966 117144 347 451 531 82 606 [500] 309 21 921 65 118009 159 236 418 [500] 539 40 [3000] 862 984 119015 [500] 107 343 459 63 502 643 818 27

120031 356 679 906 [500] 54 64 121518 30 610 753 122080 139 307 71 807 123094 321 387 722 124093 41 304 69 340 43 534 753 125132 [500] 92 259 649 126280 619 43 28 833 127186 [500] 672 792 942 128101 71 582 629 819 63 97 932 129001 213 [500] 429 968

130110 612 777 131196 [500] 328 [500] 429 43 [500] 596 650 709 62 809 94 [500] 132006 [1000] 173 [1000] 270 63 758 61 843 48 70 971 [500] 133302 38 67 499 798 923 134257 70 424 580 24 643 785 991 135035 171 [3000] 68 420 864 969 136091 97 157 377 556 613 [1000] 702 884 90 987 137181 281 890 78 477 505 733 695 962 138068 71 442 56 643 862 139030 30 267 601 815

140089 267 338 57 498 503 [500] 86 729 931 141006 215 74 94 475 92 700 979 142158 276 464 577 143117 64 [500] 65 312 57 517 27 [3000] 633 63 [1000] 65 904 5 87 144026 [500] 137 349 334 767 145151 201 40 235 407 506 47 636 770 879 904 146115 46 295 362 453 [500] 67 609 954 55 147003 112 19 [500] 73 86 249 404 [3000] 88 922 148025 72 76 210 [3000] 657 149173 212 413 98 [1000] 841 810 11

150047 587 [500] 658 754 151162 [1000] 66 212 380 468 [1000] 82 665 152064 152 245 [1000] 80 94 481 579 88 153333 79 458 74 711 154005 192 281 352 453 753 155047 127 88 208 91 374 715 831 37 49 156022 136 380 479 92 [1000] 517 31 838 39 [1000] 73 157056 238 96 311 415 70 572 845 66 158057 83 122 285 430 61 70 505 407 159005 180 92 [500] 330 457 555 879 925

160137 67 92 263 70 76 314 504 644 69 161209 37 335 533 713 959 162129 [500] 204 47 [1000] 77 92 163079 327 564 635 883 164250 48 [1000] 165074 [1000] 215 425 572 608 42 773 871 166019 83 634 789 167136 284 324 450 735 168042 135 89 244 420 823 979 169161 [500] 96 [500] 213 630 804

170102 204 399 651 703 986 171042 282 73 477 515 804 24 46 894 45 [3000] 172108 509 800 27 76 976 78 173181 81 277 348 82 785 174021 318 434 687 885 969 175200 49 321 89 [500] 437 81 674 713 928 [500] 176943 608 793 [500] 872 981 177855 69 178429 620 730 65 814 [3000] 76 961 96 179061 323 482 324 69 [3000] 642 828 54

180010 [1000] 402 90 364 722 82 181068 298 370 523 182005 34 308 [500] 687 88 948 183067 132 249 54 66 303 443 615 797 828 913 184071 86 183 789 812 966 185023 107 26 247 60 70 186258 92 427 793 896 187139 75 486 871 950 73 188228 189096 194 230 551 711 58 54

190213 598 684 707 808 191101 256 453 [500] 80 [3000] 625 58 886 192034 99 205 93 315 86 [3000] 567 760 193096 88 173 300 [1000] 431 507 21 98 [500] 650 753 [500] 96 813 [3000] 194170 367 366 538 [1000] 795 928 82 195253 [1000] 90 352 77 796 196090 246 79 393 414 22 771 880 980 197078 212 358 475 536 631 965 198027 708 [500] 372 498 327 36 612 35 39 96 885 [1000] 956 199258 358 494 623 914

200025 41 85 137 462 78 668 979 81 201122 238 348 [3000] 563 845 61 202041 [3000] 247 314 91 613 59 93 721 35 859 203255 95 360 569 53 84 664 737 876 [1000] 204003 64 93 161 74 83 342 80 82 684 747 852 205179 63 328 426 569 657 708 928 [1000] 34 98 206018 42 337 425 37 856 63 207228 842 434 71 647 78 714 37 902 208098 134 51 259 392 [3000] 36 460 78 [500] 653 [500] 209029 255 330 25 [500] 488 758 875

210166 344 531 735 [1000] 67 81 852 80 82 211454 603 44 909 212028 47 205 47 457 [3000] 613 [3000] 51 52 66 856 213227 32 454 668 74 770 99 847 214050 126 67 433 731 91 819 [500] 90 215109 245 358 [1000] 85 705 39 26 216085 107 [500] 234 75 331 418 825 [500] 985 [1000] 217090 245 278 508 15 94 635 [1000] 72 945 218803 778 880 219400 679 768 806 905 35 75

220138 299 377 86 93 408 25 67 504 38 44 609 [500] 27 [3000] 886 221316 [500] 61 [500] 351 55 666 67 792 843 222108 [1000] 238 440 46 [1000] 679 739 91 813 978 [1000] 223107 243 305 10 71 526 43 [1000] 763 818 224160 226 92 568 850 225027 77 [1000] 132 224 448 540 918 24 [500] 226164 307 92 742 901 [1000] 227136 337 [500] 500 8 903 [500] 80 228045 126 [500] 47 249 229056 173 98 217 432 42 [3000] 352

230130 219 [500] 347 [1000] 458 98 384 609 14 739 71 841 231009 223 508 35 651 781 881 946 232208 45 60 90 309 [1000] 485 574 611 26 38 233129 224 329 490 234058 [500] 76 278 327 [3000] 92 485 47 533 235076 182 [500] 98 481 578 [3000] 601 702 236065 76 [500] 185 366 421 74 556 713 936 [1000] 77 237118 414 56 78 601 736 865 913 85 238490 585 78 718 905 239050 146 270 695 953 64

240045 222 73 398 427 556 92 726 41 886 990 241033 [3000] 102 362 491 668 852 974 242193 307 470 504 14 627 60 769 820 243305 47 65 416 535 46 683 96 751 811 67 244063 95 465 [500] 627 789 946 245056 132 87 309 21 493 [3000] 750 97 866 19 954 [1000] 246454 [3000] 603 33 53 765 247396 482 665 71 731 902 69 248122 324 76 587 717 893 95 249039 210 14 271 412 596 99

250155 237 [500] 370 441 [1000] 749 86 810 251041 42 773 878 903 252713 171 342 79 940 79 253074 185 483 [500] 575 703 19 254362 77 145 75 362 456 255248 [500] 386 454 844 [3000] 915 256034 [3000] 490 594 651 865 906 257255 [1000] 302 906 258080 437 530 689 [3000] 978 259623 91 97 896

260147 96 562 784 838 261127 69 691 898 262074 391 440 89 568 664 [1000] 752 903 18 263157 365 89 458 572 82 670 964 73 264110 233 658 715 862 265246 334 419 742 54 946 79 91 [3000] 266012 173 225 466 96 879 906 37 267085 [1000] 354 714 67 815 268339 [1000] 418 565 269337 453 634

270136 43 [500] 343 628 [3000] 33 45 794 816 73 271124 231 53 601 29 845 272119 88 [1000] 581 [3000] 745 848 273304 [500] 35 434 764 [500] 274006 [500] 325 712 913 [3000] 21 275047 92 104 245 60 666 770 883 [3000] 934 276066 271 519 [1000] 620 90 793 829 913 277190 480 561 [1000] 975 80 278025 142 50 258 97 353 72 [500] 649 750 77 86 938 64 279160 423 60 727 67

280110 202 489 94 98 856 89 [1000] 945 67 281012 56 121 55 [1000] 364 487 501 [500] 696 940 282042 87 132 [1000] 60 293 537 64 839 92 924 283001 84 110 15 253 90 [500] 390 995 284463 507 285012 392 515 637 718 [500] 939 286003 385 623 844 953 287063 [1000] 250 384 [1000] 594 675 780 956

Im Gewinnrade verblieben: 1 Prämie à 300000 M. 1 à 500000 1 à 300000 1 à 150000 2 à 50000 3 à 40000 8 à 30000 10 à 15000 39 à 10000 71 à 5000 879 à 3000 1429 à 10000 2308 à 500

15. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 25. Mai nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

64 88 142 43 360 85 363 645 73 950 1093 110 61 72 600 62 78 724 43 55 930 2133 351 416 577 861 904 3388 590 646 60 732 94 841 [3000] 4138 287 685 936 56 [3000] 72 77 5041 [1000] 91 [500] 809 962 6028 [3000] 108 537 90 [3000] 645 887 915 [3000] 7059 174 [1000] 85 [1000] 222 53 71 [500] 414 616 38 741 96 869 967 8078 106 290 395 501 [500] 650 [500] 9105 7 67 433 [500] 69 553 657 [500] 788 806 86 [500] 903 6

10145 371 475 568 758 [500] 803 692 11019 41 71 62 [1000] 580 [1000] 847 [500] 65 12017 120 317 342 404 629 950 13137 492 [500] 613 740 931 14695 865 688 798 15316 [10000] 526 738 984 16001 150 317 [500] 587 80 676 706 17187 213 [500] 646 780 18122 19060 104 209 257 71 454 584 793

20182 273 [500] 97 461 723 [500] 959 [3000] 21049 715 882 22313 401 [500] 858 696 23090 288 392 610 66 709 989 24207 15 29 58 782 847 25039 129 [500] 91 233 318 448 63 504 673 714 952 76 26438 75 866 908 27154 63 [500] 282 404 [3000] 28073 104 65 74 205 [3000] 476 586 641 [500] 744 873 616 69 29350 56 57 87 82 [1000] 657 842 45 949 64 [3000]

30015 241 88 [500] 552 536 625 51 961 31086 [500] 89 125 437 544 744 830 951 94 32604 747 80 853 918 [1000] 88 33061 82 817 [500] 82 925 34119 71 [500] 207 75 [500] 79 410 54 694 [1000] 35037 85 761 598 36050 309 400 75 707 825 79 37299 339 846 73 38070 281 435 [3000] 554 75 [3000] 682 365 39011 73 265 [1000] 436 78 79 84 632 735 38 60 831 900 46 66 83

40134 295 444 78 676 94 [3000] 751 69 858 94 41405 89 726 31 [3000] 42172 99 370 808 687 [1000] 60 [500] 43231 86 [500] 496 543 616 648 [3000] 87 511 44726 452 62 573 699 721 863 966 [10000] 45045 [500] 65 75 100 436 543 632 46013 219 59 334 66 79 552 627 47103 [1000] 455 771 48159 74 575 49063 154 [3000] 215 299 404 636 863 [500]

50017 [1000] 406 [500] 30 35 [1000] 54 926 51117 263 479 585 727 52086 355 69 305 [500] 6 522 638 847 954 53432 54 719 24 [500] 54123 [500] 38 287 300 51 87 724 882 55184 407 [500] 693 56034 242 349 432 65 847 [1000] 747 933 57064 481 505 22 894 58077 60 226 89 503 90 772 947 63 72 59071 112 85 278 369 438 552 73 666 [500] 709 81

60144 [1000] 91 389 98 470 667 [3000] 606 61196 [500] 330 370 862 62129 87 593 582 614 818 63050 218 40 305 408 343 668 [1000] 914 69 64050 239 75 454 681 41 84 793 65113 [1000] 207 341 85 447 689 965 66500 786 909 14 80 67342 533 742 862 68036 86 233 67 350 429 610 714 997 69068 170 312 404 20 80 653 761 843

70061 213 328 547 729 71151 288 [1000] 357 953 [1000] 72048 54 266 309 506 19 736 834 86 73072 202 44 544 81 973 85 74103 90 204 730 [1000] 839 75 [500] 75170 251 454 308 54 848 76027 133 54 69 [500] 567 617 700 77005 195 205 346 893 912 78088 365 73 [500] 325 97 403 682 865 905 68 79120 404 33 607 87 985

80138 236 318 879 716 895 [1000] 81063 987 444 583 82195 [500] 699 83028 291 [1000] 274 29 336 999 84301 17 850 93 900 61 85248 373 [500] 613 758 924 86060 129 62 65 329 93 452 585 633 735 91 [500] 880 967 [500] 87010 141 232 [1000] 213 27 44 49 69 71 477 583 [1000] 931 35 [500] 88067 269 356 648 74 864 89022 40 324 286 70 736 922 [500]

90136 381 460 502 634 788 91447 61 95 [500] 572 811 80 92237 468 631 926 93157 281 437 893 921 30 [1000] 81 94201 [500] 743 986 95153 [1000] 64 [500] 233 48 866 96000 116 55 490 [1000] 605 65 731 874 915 80 87 97016 518 36 98021 [500] 77 115 60 235 47 546 695 703 99045 188 201 90 384 415 [1000] 717

100256 305 85 486 874 [500] 878 918 101021 [500] 24 76 333 568 767 [1000] 102198 242 379 430 [1000] 631 728 885 969 96 103080 112 [500] 212 440 [1000] 763 93 97 812 908 104021 113 413 62 649 67 [500] 166 77 920 54 99 105042 247 93 629 751 950 106043 584 631 727 [500] 968 107028 36 156 73 357 68 781 860 108001 65 193 745 311 [500] 24 421 510 66 782 945 109002 242 639 656 76 781 [500] 44

110012 419 20 69 79 647 724 111082 [500] 168 77 217 434 [500] 635 [500] 79 [1000] 709 56 996 112021 81 460 113025 [500] 326 [500] 881 785 842 78 95 114422 39 706 873 [3000] 75 115402 [1000] 38 61 80 [500] 676 [500] 707 873 116394 441 506 [500] 684 944 54 117229 [3000] 628 [500] 708 802 118022 136 210 87 79 472 523 785 [1000] 604 119004 68 158 283 340 64 443 54 707 903 67 [1000]

120235 349 77 603 741 809 919 67 121011 181 360 410 500 29 32 789 62 122069 396 [1000] 488 777 123024 100 71 222 40 88 414 [3000] 73 99 543 97 810 124043 272 577 795 806 987 125022 145 377 417 539 30 603 [500] 953 78 97 126341 [1000] 239 [3000] 430 61 687 738 814 24 96 127276 79 400 518 56 62 632 46 861 128337 460 98 584 129043 124 [1000] 74 311 680

130068 482 719 67 98 818 131036 95 [1000] 97 814 [500] 459 605 603 132106 10 284 426 551 786 95 133145 82 363 487 631 700 36 945 134439 68 827 820 135018 171 378 [1000] 435 883 83 968 136034 817 [500] 685 780 137097 300 [1000] 303 [1000] 433 658 68 712 138085 196 356 634 51 64 707 139051 235 400 61 75 503 693 968

140016 57 227 64 412 655 56 853 58 141010 79 353 424 537 42 [3000] 733 142098 634 [500] 85 764 994 143078 [500] 404 583 61 672 704 56 144287 [1000] 415 145146 63 211 15 300 90 508 77 609 72 928 146012 440 528 618 53 911 52 147151 [3000] 806 [500] 15 79 626 87 709 [3000] 814 935 [1000] 148276 469 615 788 149050 256 [500] 91 505 866 974

150098 217 319 430 [500] 71 75 810 79 151118 50 296 693 707 97 852 152043 [500] 449 818 965 153024 280 [500] 93 419 645 857 950 [500] 154046 61 88 204 [1000] 311 535 66 79 88 626 58 [500] 749 983 155097 202 842 [500] 58 974 156602 68 882 75 157095 396 936 158066 153 275 314 678 756 958 159042 43 131 319 [500] 30 77 606 [500] 756 96 825 72 968

160259 232 61 371 415 32 561 [500] 692 747 819 39 48 161182 278 [3000] 499 905 162182 98 262 590 [3000] 94 430 573 963 89 163071 186 74 98 451 594 629 704 45 164180 [500] 599 759 96 807 959 66 165069 141 296 339 [500] 545 55 59 86 655 166113 635 167142 43 48 [1000] 70 244 405 51 66 542 976 168111 89 51 770 [500] 380 [1000] 452 527 691 923 73 91 169113 55 [500] 292 937 540 722 64 98

170131 312 453 520 738 61 874 946 78 81 [500] 171005 291 97 345 401 553 77 720 842 929 172239 439 84 505 961 173043 68 245 88 [1000] 503 68 [3000] 697 968 95 174169 371 501 61 175083 834 42 176150 226 834 434 90 688 [1000] 177168 532 77 750 932 178234 702 938 [500] 64 84 179026 106 34 48 219 377 423 63 543 45 719

180172 79 277 92 583 770 850 181119 416 44 [500] 71 565 605 709 49 62 72 965 182151 349 77 427 [1000] 609 78 733 992 183007 12 45 48 180 [3000] 894 502 65 184300 41 400 320 675 91 734 185008 125 794 864 925 186186 433 61 67 92 302 [3000] 600 55 [500] 997 187220 323 413 22 91 653 84 890 [500] 994 188160 68 257 619 19 910 [3000] 189049 279 516 649 64 713 59 831 998

190222 416 639 [500] 191005 125 787 675 192203 549 [3000] 609 [1000] 947 193009 341 54 649 727 244 194373 354 72 99 [10000] 691 131 59 837 195039 254 257 443 [1000] 196017 477 342 92 637 970 197230 414 42 [500] 98 512 64 063 89 975 198219 71 302 499 555 699 713 199005 217 560 637 811 973 [1000] 75

200049 [1000] 343 493 590 648 806 [1000] 949 201068 118 78 255 [500] 72 623 202244 [500] 477 927 [1000] 321 78 957 [500] 65 89 203040 134 479 684 28 [500] 725 98 945 204051 491 [500] 562 829 [500] 205062 349 505 92 451 206133 723 341 593 95 615 49 742 91 96 903 207283 437 [3000] 607 767 77 869 208060 243 417 562 64 78 000 209057 [500] 324 29 67 429 577 80 842 86 [3000] 958 91

210003 [1000] 46 50 81 91 150 87 458 501 7 [3000] 7 [500] 70 63 778 211354 [1000] 89 472 [1000] 87 44 508 52 [3000] 753 853 212851 100 [3000] 216 19 43 43 95 845 [500] 90 968 02 213017 89 182 66 401 12 717 19 214029 60 256 77 387 429 [3000] 583 215008 [1000] 72 78 571 651 32 782 968 216120 78 309 780 994 217308 63 780 848 967 218470 219022 [1000] 334 780 831 48 64

220013 148 78 298 [500] 470 553 94 221003 [1000] 133 [500] 201 60 330 565 747 222450 582 223310 473 78 739 44 224107 [10000] 86 775 76 833 934 225056 [3000] 126 30 89 229 [500] 60 [500] 744 69 73 226133 277 559 460 639 34 730 227017 144 57 59 60 285 457 [1000] 371 [3000] 602 [500] 676 228040 469 675 711 861 995 229495 639

230394 421 [40000] 34 535 964 88 231251 314 232103 335 [500] 509 726 21 931 233039 211 427 915 234208 433 696 740 938 68 235009 96 701 8 201 419 43 236154 [500] 232 307 709 890 941 237105 221 567 [1000] 59 238143 339 45 668 81 812 320 67 91 239197 255 439 531 67 731 943 [3000] 940 [500] 54 59

240028 397 635 707 10 820 241291 [500] 547 773 877 87 987 242233 448 610 21 54 802 243391 629 883 960 244051 151 455 517 76 724 36 932 968 245007 245 52 218 [500] 435 534 665 755 71 [500] 912 246232 89 509 752 [1000] 924 45 247076 810 36 457 71 871 729 38 248026 70 76 130 266 [1000] 421 99 249070 103 70 269 436 571 72 83

250009 24 162 281 [500] 396 424 96 347 251218 367 328 847 86 960 252100 636 896 253076 113 [500] 99 213 319 598 618 [500] 704 [500] 632 254095 154 64 818 255040 48 [3000] 411 98 893 256039 64 94 119 [3000] 45 240 304 554 823 257135 [3000] 85 523 682 709 24 47 [3000] 84 [500] 970 [500] 258159 335 743 996 259045 58 [3000] 186 397 302 39 715 54 830 90 254

260222 81 449 763 261035 614 782 [1000] 96 821 75 262088 [3000] 242 499 964 263093 449 532 689 264133 245 540 90 670 868 265100 [3000] 50 314 15 25 22 696 [3000] 701 858 971 266006 113 202 57 65 78 [1000] 370 431 731 [500] 28 37 850 267045 119 793 317 903 34 30 268042 177 311 209 672 [1000] 745 47 90 683 269010 53 175 430 [500] 647 87 775

270047 64 221 328 82 406 [500] 31 591 779 965 [1000] 271007 305 630 37 41 63 807 272118 721 227 671 858 958 74 273162 673 677 941 274069 187 264 391 554 681 877 275275 970 72 276003 109 239 515 637 63 729 98 882 277026 89 126 73 280 430 503 427 772 922 278098 235 [1000] 426 [500] 41 [500] 520 627 917 279041 132 55 [3000] 772 [500] 38 [1000] 69 574 687 [1000] 527

280081 156 279 [500] 416 540 612 711 631 961 [500] 63 281103 [3000] 9 281 [500] 286 483 560 [3000] 784 [1000] 282089 107 37 308 300 576 [1000] 84 741 93 283014 219 418 [500] 585 679 815 910 284003 564 683 285340 76 469 520 617 740 [500] 932 [500] 38 72 286031 67 [3000] 197 223 48 [1000] 79 301 621 791 287171 343 77 349 499 357 [1000] 89 607 813 964 91

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

43. Verbandstag süddeutscher Konsumvereine.

Der 43. Verbandstag süddeutscher Konsumvereine tagte am letzten Freitag und Sonnabend in Würzburg.

Angenommen wurde folgender Antrag:

„Der 43. ordentliche Verbandstag süddeutscher Konsumvereine stellt an den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Mainz den Antrag:

Es möge zur Schaffung zweckentsprechender Grundlagen für künftige Tarifvereinbarungen mit Gewerkschaftsorganisationen die Bildung einer Tarifkommission durchgeführt werden, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der für die Vereinbarungen in Betracht kommenden Genossenschaften einerseits und der in diesen Genossenschaften tätigen Arbeiter und Angestellten bezw. deren zuständigen Gewerkschaftsorganisationen andererseits zusammenzusetzen ist.

Die Zusammensetzung und die Kompetenzen dieser Tarifkommission sollen in Anlehnung an die Grundsätze der Tariforganisation im deutschen Buchdruckgewerbe geregelt werden.

Dem im Jahre 1910 stattfindenden Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist eine entsprechende Vorlage über die künftige Tariforganisation in ihrer Gesamtheit zu machen, die als Instanzengang für die Beratung und Feststellung, Genehmigung und Durchführung von Tarifen grundsätzlich folgende Gliederung erhalten soll:

1. Beratung und Feststellung durch die Tarifkommission;
2. Genehmigung durch die direkt beteiligten Genossenschaften auf dem jeweiligen Genossenschaftstage einerseits und durch die beteiligten Gewerkschaftsorganisationen andererseits;
3. Durchführung durch das Tarifamt.“

In großer Schärfe wurde auf dem Kongreß der Neutralitätsgedanke betont. Der Geschäftsführer Bösch-Darmstadt führte in seinem Referate über die paritätische Zusammensetzung des Aufsichtsrates aus: Die Prosperität jedes Unternehmens, sei es privat oder genossenschaftlich, hängt ganz wesentlich von der Leitung und Verwaltung desselben ab. Darum muß in der Auswahl der Personen des Aufsichtsrates die Frage aufs peinlichste geprüft werden, ob die betreffenden Personen mit all den Eigenschaften ausgestattet sind, die für die zweckmäßige Leitung eines genossenschaftlichen Unternehmens notwendig sind. Zu empfehlen sei, daß die Wahl der verantwortlichen Personen — eines dreigliedrigen Vorstandskörpers — durch die Generalversammlung geschieht, nachdem vorher von den maßgebenden Personen die Prüfung und Auswahl vorgenommen wurde. Aus dem Verwaltungskörper solle nie mehr als eine Person ausscheiden. Kommt der Geschäftsführer in Frage, so müsse der Termin des Ausscheidens derart gelegt werden, daß er noch die letzte Bilanz aufstellen kann. Ob der Geschäftsführer im Haupt- oder Nebenberuf tätig ist, wird von der Größe und den Verhältnissen der Vereins abhängen. Das Arbeitsfeld der Verwaltung muß von dem des Aufsichtsrates vollständig getrennt sein. So weit das Gesetz keine zwingenden Bestimmungen vorsieht, müssen sich die Mitglieder den vorherrschenden Verhältnissen anpassen. Bei der Besetzung der Kommissionen muß wieder vorsichtig individualisiert werden. Maßgebend für die Auswahl der Personen darf weder die Klasse, noch die politische oder religiöse Anschauung sein. Durch eine unkluge Taktik könne der Verein eminent geschädigt werden. Die Neutralität der Konsumvereine muß unbedingt bestehen bleiben. Die Gegner reden immer von sozialdemokratischen Konsumvereinen, wir müssen von vornherein unseren Neutralitätsstandpunkt immer wieder in den Vordergrund rücken. Dann wird der Verein vorwärts kommen und seine wirtschaftlichen Aufgaben ganz zu erfüllen imstande sein. Anschließend an das Referat beantragte Herr Bösch folgende Resolution:

Der 43. Verbandstag süddeutscher Konsumvereine erblickt in der geeigneten Zusammensetzung der Konsumvereins-Verwaltungen eine wesentliche Vorbedingung für die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung der Konsumvereine.

Er empfiehlt den letzteren, auch für die Zukunft an den Grundsätzen festzuhalten, in den Vorstand und Aufsichtsrat ohne Rücksicht auf soziale Stellung, parteipolitische oder religiöse Anschauungen nur solche Personen zu berufen, deren Fähigkeit, Tüchtigkeit und genossenschaftliches Verständnis eine gesunde Entwicklung des Vereins verbürgt.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

5. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Dresden, 24. Mai 1909.

Am Sonntag wurde der Verbandstag im schön geschmückten Saale des Dresdener Vollshauses eröffnet. Am Montag begannen die Sitzungen. Der Vorsitzende Mohs erläuterte den

Bericht des Vorstandes.

Der Bericht umfaßt drei Jahre. Er gibt ein anschauliches Bild von der Entwickelung des Verbandes. Anfang des Jahres 1906 hatte der Verband 20 818 eingetragene, aber nur 16 790 zahlende Mitglieder, am Jahresschluß betrug die buchmäßige Mitgliederzahl 29 316, davon zahlten 24 378 regelmäßige Beiträge. Die Mitgliederzahl verteilt sich auf 111 Zahlstellen in 120 Städten Deutschlands. Die Einnahme des Verbandes bezifferte sich während der Berichtszeit auf 819 759,36 M.; dem stellt sich eine Ausgabe von 644 326,99 Mark entgegen, so daß ein jährlicher Ueberschuß von zirka 58 477,44 Mark erzielt wurde. Dadurch hat sich der Vermögensbestand seit 1905 mehr als verdoppelt. Er betrug am Jahresschluß 1908 331 219,08 M. oder pro Kopf der Mitglieder 13,59 M.; davon befinden sich 9,67 M. in der Hauptkasse und 3,92 M. in den Lokalkassen. Die Gewöhnung der Mitglieder an regelmäßige Beitragszahlung wird im Bericht zum Teil auf die Aufrechterhaltung der Unterstützungsansprüche zurückgeführt, das Gros der Mitglieder zahlt jedoch deshalb regelmäßiger, weil sie erkannt haben, daß davon der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abhängig ist. Mit dem Erstarken hat der Verband auch an Einfluß gewonnen. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen konnten für viele Mitglieder errungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, Sommerurlaub, Zahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld, sowie Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung konnten günstiger gestellt werden. Die Arbeitgeber lernten die Organisation beachten und hier und da sogar anerkennen. An etlichen Orten versucht man jedoch, die Organisation zu hemmen, man läßt Traktätchen verbreiten, ja man subventioniert sogar Gegengründungen, um damit das „rote Gespenst“ abzuhalten. — Ferner wird die Polenpolitik der preußischen Regierung kritisiert; sie treibt die Polen geradezu zu polnischen Sonderorganisationen. Zwei in Posen aufgenommene Mitglieder sandten dem dortigen Kartellvorstand später auf einem Zettel folgende Absage: „Gelobt sei Jesus Christus! Da ihr Drüben keine Christen seid und auch nich pollnisch, tretten wir aus Eich aus. Polle gehört zum Polle und Deitscher zum Deitschen.“ Dazu kommt, daß ein Teil der Arbeiter der Stadtverwaltungen, nämlich die Invaliden und sonstigen Armenpfleglinge für die Organisation infolge ihres Abhängigkeitsverhältnisses gar nicht in Frage kommt. Allen diesen Hindernissen zum Trotz hat sich die Organisation ziemlich gut entwickelt.

Die Einzelmitglieder des Verbandes rekrutieren sich durchweg aus den Reihen des Bade- und Massagepersonals und dem Krankenpflegerberuf, ihre Zahl im Verbande ist noch klein und es bedarf noch starker Agitation, damit auch diese Branche durch die Organisation ihre wirtschaftliche Lage zu bessern vermag.

Das Verhältnis zu anderen Organisationen war mitunter sehr gespannt, das liegt begründet in dem Organisationsgebiet, das der Verband zu bearbeiten hat. Es herrscht ja speziell unter den städtischen Arbeitern noch eine große Zersplitterung; mehr als 10 000 Arbeiter, die dem Verband der Staats- und Gemeindearbeiter angehören, sind heute noch Mitglieder anderer Organisationen, sind doch Fälle bekannt, wo die Arbeiter einer einzigen Stadtverwaltung sich als Gewerkschaftsmitglieder auf mehr denn 30 verschiedene Organisationen verteilen. In Offenbach a. M. sind bei rund 400 Beschäftigten 33 Gewerkschaften vertreten, in Lübeck sind es sogar 35. Den Vogel schießt aber wohl Gaarden bei Kiel ab. Da sind unter 26 Beschäftigten allein 15 verschiedene Organisationen zu finden. Dazu kommen noch drei Christliche und eine Hirsch-Dunckersche Organisationen, deren Konkurrenz sich auf bestimmte Landesteile erstreckt. Nach statistischen Erhebungen sind insgesamt 5421 Kollegen, die in diesem Fahrwasser segeln. In der lokalistischen Gewerkschaft sind in 6 Vereinen ungefähr 550 Mann organisiert.

Von den Ausgaben des Verbandes seien folgende genannt: für Agitation und Lohnbewegungen und Streikunterstützung anderer Verbände wurden 44 758,49 M. aus der Hauptkasse und 3548 M. aus den Lokalkassen gezahlt. An Unterstützung für Gemaßregelte gelangten 15 538,54 M., für Rechtsschutz 5263,75 M., für Arbeitslosenunterstützung, die seit 1907 eingeführt ist, 9414,61 M., für Unterrichtskurse und Bildungsmittel 4083,45 M., für Sterbeunterstützung 406,15 M. und für Krankenunterstützung 65 475,74 M. zur Auszahlung. Diese Rückzahlungen an die Mitglieder beweisen am besten, wie die Organisationen Schutz und Stütze in allen Situationen sind.

Die „Gewerkschaft“, das Organ des Verbandes, ist während der Geschäftszeit gut ausgebaut worden. Seit Januar 1908 erscheint es achtseitig in einer Auflage von 35 000 Exemplaren.

Die „Sanitätswarte“, Organ aller in Bade-, Kranken- und sonstigen Heilanstalten Beschäftigten erscheint in einer Auflage von 3500 Exemplaren. Die Mitarbeit der Kollegen an ihren Fachzeitungen wird als recht gut geschildert.

Die Anfänge der Internationalen Verbindung resultieren aus dem Jahre 1907, wo die Errichtung des Internationalen Sekretariats mit dem Sitz in Berlin beschlossen wurde. Angeschlossen waren am 1. Januar 1909 6 Länder, die eine Mitgliederzahl von 46 247 repräsentieren, darunter 979 weibliche, die auf Deutschland, Dänemark und Holland entfallen. Die Schweiz, Böhmen und Schweden zählen noch keine weiblichen Mitglieder.

Der Referent wünscht, daß in Zukunft die Kollegen mehr wie bisher mitarbeiten, damit der Verband der Staats- und Gemeindearbeiter an Achtung gewinnt.

Kassierer Aßmann gibt den

Kassenbericht.

Er wünscht, daß die Gauleiter sich mehr um die Kassenverhältnisse kümmern als wie bisher. — Des weiteren wird betont, daß für den Verband jetzt ungefähr 40 verschiedene Betriebszweige in Frage kommen. In einigen 30 davon hat der Verband Mitglieder. Von allen Mitgliedern arbeiten: in Gaswerken 40,4 Proz., in der Straßenreinigung 10,1 Proz., im Hoch- und Tiefbau 6,1 Proz., im Straßenbau 5,5 Proz., in Wasserwerken 5,3 Proz., in Elektrizitätswerken 3,2 Proz. usw.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind insgesamt 76 Delegierte anwesend, 53 sind aus der Wahl hervorgegangene Delegierte, 8 Vorstandsmitglieder und 15 Gauleiter, sowie der Genosse Bauer-Berlin als Vertreter der Generalkommission anwesend.

Sechster Verbandstag der seemännischen Arbeiter Deutschlands.

Hamburg, 24. Mai.

Am Montag trat im Gewerkschaftshause zu Hamburg der 6. Verbandstag der seemännischen Arbeiter Deutschlands zu einer auf vier Tage berechneten Tagung zusammen.

Vertreten sind die Mitgliedschaften Hamburg und Filialen, Bremerhaven und Filialen, Bremen und Filialen, Flensburg und Filialen, Kiel-Gaarden, Elmshorn, Lübeck, Rostock-Wismar, Stettin und Filialen, Danzig und Filialen, Wilhelmshaven und ausländische Filialen. Als Vertreter der Generalkommission ist der Genosse A. Cohen und als Vertreter des Hafenarbeiterverbandes Genosse Doering erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte Dillenberger-Hamburger an, weshalb nicht der Transportarbeiterverband eingeladen worden sei, einen Vertreter zu entsenden. Der Verbandsvorsitzende Müller-Hamburg erwidert, der Vorstand der Transportarbeiter habe auch die Verbände der Hafenarbeiter und Seeleute zu der in nächster Woche tagenden Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes nicht eingeladen. Die Einladungen habe der Vorstand der Bruderorganisation schon am 28. April, also vor unseren Einladungen, ergehen lassen. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, den Vorstand der Transportarbeiter telegraphisch zu ersuchen, einen Vertreter zu entsenden. Mit der Ausführung des Beschlusses wird das Bureau beauftragt.

Dem in Form eines Jahrbuches erstatteten

Rechenschaftsbericht

für 1907/08 entnehmen wir, daß der Verband der Krisis, die bekanntlich die Schiffahrt besonders wuchtig traf, ebenso Trotz geboten hat, wie den Machenschaften der Reeder und ihrer „gelben“ Handlanger. Die Mitgliederzahl (nach 44 Wochenbeiträgen berechnet) stieg von 7237 auf 7445. Vor fünf Jahren waren es nur 2944; es ist also eine erfreuliche Vorwärtsbewegung zu verzeichnen, die der Vorstand in erster Linie auf die neuen Unterstützungseinrichtungen zurückführt. Der „Seemann“ hatte eine Jahresdurchschnittsauflage von 234 000 Exemplaren. Das infolge der großen Kämpfe des Jahres 1907 auf 29 389,41 M. zurückgegangene Verbandsvermögen ist inzwischen wieder auf 97 672,01 Mark angewachsen. Die Einnahmen in den Mitgliedschaften beliefen sich in der Berichtszeit auf 305 044,55 M., gegen die vorige Berichtsperiode 139 211,90 M. mehr, die Hauptkasse vereinnahmte 284 472,57 M., mehr 147 699,73 M. Verausgabt wurden für Agitation 9722,05 M., für persönliche Verwaltungskosten 51 737,13 Mark, für Streiks 176 013,87 M., für Notfall-, Sterbe- Kranken- und andere Unterstützung 19 331,60 M., für den „Seemann“ 10 940,25 M.

Das Jahr 1907 brachte gewaltige Kämpfe, die das ganze Nord- und Ostseegebiet in Mitleidenschaft zogen und den Verband einer starken Belastungsprobe unterzogen, die er in Ehren bestand. Auch für die ärmsten seemännischen Arbeiter, die Heringsfischer, gelang es dem Verbande zum Teil gute Erfolge zu erzielen. Das Jahrbuch weist auf die scharfmacherische Tendenz der Reeder hin, rein wirtschaftliche Streitfragen mit parteipolitischen zu verquicken, und beklagt das Fehlen einer auf gesetzlicher, öffentlich-rechtlicher Basis ruhenden Körperschaft, die zur Vermittelung zwischen den streitenden Parteien angerufen werden könnte. Einigungsämter und Seeämter erklärten sich unzuständig. Es wird deshalb auch bedauert, daß die Seeleute beim Arbeitkammergesetz wiederum vergessen werden, und die Forderung nach seemännischen Einigungsämtern erneut erhoben.

Einen weiten Raum beansprucht die Erörterung der Fragen des seemännischen Rechts. Durch eine Fülle unwiderleglichen Materials wird dargetan, daß die Seegesetzgebung die Tendenz des geförderten Rückschritts und des gehemmten Fortschritts zeigt und daß, wenn Deutschland sich auch den Seeleuten als Kultur- und Rechtsstaat erweisen will, eine durchgreifende Reformierung der Rechtslage der seemännischen Arbeiter notwendig ist.

In eingehender Weise erläutert der Verbandsvorsitzende den Geschäftsbericht.

Nach dem Referat Müllers gibt der Zentralkassierer Waack einige Erläuterungen zum Kassenbericht.

Die Debatte dreht sich zunächst in der Hauptsache außer um die Anstellung des Sekretärs, die Bezirkskonferenzen und die Haltung der Presse fast nur um untergeordnete Verbands- und Zahlstelleninterna.

Gegen Abend lief ein Antworttelegramm von dem Vorstande des Transportarbeiterverbandes ein, in dem ersucht wird, die Frage der Einheitsorganisation bis Donnerstag zurückzustellen. Sollte sich dies nicht ermöglichen lassen, so ersuche der Vorstand, den Verbandstag davon in Kenntnis zu setzen, daß der Vorstand des Transportarbeiterverbandes nach wie vor für Schaffung der Einheitsorganisation auf Grundlage der Konferenzbeschlüsse vom 7. und 8. September 1906 eintrete.

Der Verbandstag beschloß, diese Frage als letzten Punkt der Tagesordnung zu behandeln, um so eventuell dem Transportarbeiterverbande die Möglichkeit zu gewähren, Vertreter zu entsenden.

Nach 7 Uhr abends wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Witterungsübersicht vom 25. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	762 WNW		3	bedeckt	10	Haparanda	762 NNO		4	halb bd.	5
Hamburg	765 WNW		2	halb bd.	12	Petersburg	762 SSO		1	bedeckt	7
Berlin	764 WSW		3	halb bd.	12	Scilly	755 WSW		4	bedeckt	12
Frankf. a. M.	763 NO		2	heiter	13	Aberdeen	762 SO		2	bedeckt	9
München	763 NO		3	wolkenl.	15	Paris	757 SO		2	bedeckt	19
Wien	764 N		1	halb bd.	15						

Wetterprognose für Mittwoch, den 26. Mai 1909.

Wärmer, zunächst meist heiter bei ziemlich lebhaften südöstlichen Winden, später zunehmende Bewölkung und Gewitterregen.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 24. 5. cm	seit 23. 5. cm [1]	Wasserstand	am 24. 5. cm	seit 23. 5. cm [1]
Memel, Tilsit	187	—1	Saale, Grochlitz	62	—11
Pregel, Insterburg	—15	—9	Havel, Spandau [2]	70	+8
Weichsel, Thorn	246	—32	„ Rathenow [2]	119	—1
Oder, Ratibor	160	—11	Spree, Spremberg [2]	68	0
„ Krossen	183	—14	„ Beeskow	88	—2
„ Frankfurt	194	—15	Weser, Münden	—88	+1
Warthe, Schrimm	66	—3	„ Minden	—14	—6
„ Landsberg	74	—4	Rhein, Maximiliansau	402	+5
Netze, Vordamm	28	—3	„ Kaub	157	+1
Elbe, Leitmeritz	—26	—7	„ Köln	139	—1
„ Dresden	—134	—6	Neckar, Heilbronn	40	+15
„ Barby	115	—5	Main, Wertheim	97	—1
„ Magdeburg	112	+6	Mosel, Trier	25	—4

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel.

Sunlicht Seife

wird in Sportskreisen als geeignetste Seife bevorzugt, da sie das notwendige häufige Waschen von Flanell- und Wollstoffen etc. ohne Schaden für diese gestattet. Man beachte die speziellen Anweisungen für das Waschen dieser heiklen Kleidungstücke. Sie bleiben dann stets wie neu in Farbe und Gewebe!

Sporkets Weltstiefel

Einheitspreis **7.50** Mark

für

Herren

und

Damen.

4441.*

Garantie für Haltbarkeit.

Direkter Fabrik-Verkauf

ohne jeden Zwischenhandel.

Verkaufsstellen:

Berlin:
1. Prinzenstraße 79
2. Oranienstraße 184
3. Wilsnacker Straße 18
4. Badstraße 42/43
5. Chausseestraße 77
6. Andreasstraße 46a.
7. Wrangelstraße 89
8. Frankfurter Allee 127
9. Brunnenstraße 182
10. Turmstraße 51
11. Schönhauser Allee 110

Rixdorf: Bergstraße 135

Weißensee: König-Chaussee 53

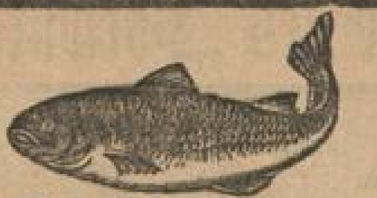
Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 52

Schöneberg: Hauptstraße 152

Spandau: Breite Straße 60

Schuh-Fabriken, **Burg** bei Magdeburg.

Riesige Fänge!



Billige Preise!

Prima Qualität! **ff. großer Schellfisch** im Anschnitt / **ff. großer Kabeljau** „ „ — pro Pfund **25 Pf.**

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee

Größte Hochseefischerei Deutschlands.

Verkaufsstellen in Berlin:
C., Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
N., Invalidenstr. 131.
O., Große Frankfurter Str. 85.
O., Madaistraße, Bogen 8—9, Fruchtstraße gegenüber.
S., Prinzenstraße 94.
W., Potsdamer Straße 112a.
NW., Wilsnacker Straße 57.
Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 111.
Spandau: Breite Straße 54.

In allen Verkaufsstellen gleiche Preise!

10000 Mark

in Reichsbanknoten habe ich mit dem Vermerk **„Lenkester Zigaretten" sind die besten** in Verkehr gebracht. Da aber das Reichsbank-Direktorium diesen Vermerk auf den Banknoten inhibiert hat, so ziehe dieselben wieder aus dem Verkehr und tausche solche Hundertmarknoten, welche meinen Vermerk **„Lenkester Zigaretten" sind die besten** tragen, mit 5 % Aufgeld um.

S. Rund,

Generalvertreter der „Lenkester Zigaretten" für Deutschland

Berlin N., Oranienburger Straße 4.

Gutes Restaurant Gewerkslokal.

Gr. Industrieort nahe Stettin, mass. Geb., gr. Saal u. Gart., Scharfschießstd. Ums. jährl. ca. Bier 170 To., Limonad. 10 900 Fl., Korn 6000 Ltr., Liköre Fl. 1800. Mietseinnahme 200 Mk., Preis 62 000 Mk., Anz. 10 000 Mk. Verkaufsgrund Todesfall. Offert. an **Ferd. Sanft, Greifenhagen i. Pomm.,** Winkstraße 128. 2768b

---

Ohne Anzahlung! Portieren, Stores, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und Federbetten. **Kleine Raten!**

L. Matzner, Auguststr. 50. Nur Postkarte erbeten. *

Damen-Konfektion direkt aus der **Fabrik.**

Kein Laden.

Nach beendeter Engros-Saison **auch Einzelverkauf**

Hausvogteiplatz 11

enorm billig!

Damen-Paletots

Kostüme

Kostümröcke

Blusen

Staubmäntel

Mädchen-Paletots

Robert Baumgarten

Hausvogteiplatz 11, I. Etg.

schrägüber Untergrund-Bahnhof.

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet.

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 115/I, a. Oranbg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Totalausverkauf. Restbestände Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 2.65, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75, 8.50, 9.50 usw. Weitzenbergs Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125 2008K*

Fußbettdecken, extra groß, 1.95, 2.25, 3.35, 4,25 usw.

Erbstüllstores, entzückende Ausführungen, 3.45, 3.85 4.50, 5.25, 6.00 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Gardinenreste und einzelne Fenster (2 Schal) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1.25, 1.85, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.25, 3.85, 4.50, 5.80, 6.50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Plüschteppiche mit kleinen Farbfehlern, 10 Prozent Extrarabatt, 7.50, 9.85, 11.—, 13.—, 15.— usw. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.50 usw.

Plüschdecken 3.85, 4.85, 6.50, 7.85, 9.25 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Steppdecken, Wolle und Similiseide, 3.25, 3.85, 4.50, 5.50, 6.50, 7.85 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Massenverkauf von Möbelstoffresten, Linoleum- und Läuferstoffresten zu Spottpreisen. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 2094K*

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Schülerplaids, großer Posten, unter Preis.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Schlafdecken, ein Posten, für halben Wert.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen.

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, spottbilliger Verkauf von Damenuhren, Herrenuhren, Ketten, Schmucksachen, Gardinen, große Auswahl Wäsche, Federbetten, Portieren, Steppdecken, Plüschdecken, verfallene Pfänder,

Landhaus, schöner Garten, 7000, Fredersdorf, Anzahlung Uebereinkunft, verkauft Krahé, Reichenbergerstraße 59. 2765b*

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern sechs Prozent. 1614K*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Hermannplatz 6. Großberlins staunendbilliger Pfänderverkauf! Bettenverkauf! Aussteuersachen! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Empfehlenswerte Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringauswahl! Freischwinger! Wertvolle extrabillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Sommerpaletots! Sonntags ebenfalls geöffnet. †102*

Monatsanzüge und Sommerpaletots, von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Rak, Pulackstraße 14

Monatsanzüge. Monatspaletots von 6,00 an, Gehrockanzüge 11,00 an, Hosen 1,50, Frack 4,00. Große Auswahl für starke Bauchfiguren. Abteilung für neue Garderobe billigst. Wiesenfels, Zentralhaus, Grüner Weg 78, am Schlesischen Bahnhof. Fahrgeld vergütet. 2542b*

1000 neue Nähmaschinen. Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Bessmann, Gollnowstraße 25, nahe Landsbergerstraße. 1962K*

Similiseidene Steppdecken, volle Größe 3,85, 4,75 bis 7,50. Hochelegante doppelseitige Steppdecken 6,85, 8,75. Kattundecken 2,35. Spezialhaus Richard Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten Rabatt. 2067K*

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig. Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. 1817K*

Kinderwagen, nagelneu, Gummiräder, sofort, 20,00. Exerzierstr. 19a, vorn II rechts. †96

Kinderwagen, hochfein, dringend, 16,00. Exerzierstraße 19a, Seitenflügel II links. †96

Sportwagen, zweisitzig. Oestrich, Müllenhoffstraße 12. †131

Einen Kinderwagen, elegant und gut erhalten, verkauft Weinberg, Eberthstraße 21 (Laden). †30

Kinderwagen, Gummiräder, verkauft Punicki, Waldemarstraße 19.

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 16. Sonntag den ganzen Tag. 272/15*

Geschäftsverkäufe.

Restaurant, zwei Vereine, Billard, sehr billig verkäuflich Berlichingenstraße 19, Schoder. †50*

Zigarrengeschäft, Ecke, mit Wohnung, Umsatz 7000 Mark, glänzender Nebenerwerb, zu verkaufen. H. 54 Postamt 18. †30

Seltene Gelegenheit! Gutgehendes Konfitürengeschäft, Eckhaus, verkauft unter günstigen Bedingungen billig. Caspar, Nazarethkirchstraße 39 II. †80

Zigarrengeschäft. An- und Abzahlung, verkaufen. Hagel, Lichtenberg, Rummelsburgerstraße 54. †116

Eckrestaurant, 23 Meter Front, Hauptstraße gelegen, großer Vorgarten mit Zeltdach, östlicher Vorort, 19 000 Einwohner, viele Fabriken, wegen dauernder Krankheit der Frau für 6500 Mark verkäuflich. Brauereihilfe 2500 Mark. Auskunft erteilt H. Lutterkort, Ober-Schöneweide, Rathenaustraße 4. 2119K

Möbel.

Wichtig für Brautleute und jedermann. Es werden diese Woche gebrauchte und verliehen gewesene Möbel billig verkauft. Vertiko, Kleiderspind 20, Ausziehtische, Sofatische 15, Kommoden, Waschtoiletten 20. Bettstellen mit Matratzen 18, Herrenschreibtische 36, Säulentrumeau 28, Wohnzimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen 55, Paneelsofas 85, Ruhebetten 20, Sofa 22. Ratenzahlung. Stargardt, Lothringerstraße 69. *

Möbel, gebrauchte, gut erhalten, Gelegenheit aus Konkursen, Auktionen, verfallene spottbillig. Möbelspeicher, Rosenthalerstraße 26, Fabrikgebäude. (Zahlungserleichterung.) 272/17*

Möbel-Gelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Speicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) 272/16*

Billiger wie fast jedes Möbelgeschäft! Im Aufbewahrungsspeicher Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, stehen billige Wohnungs-Einrichtungen bis zu 50 Prozent billiger! Einrichtung mit moderner Küche, statt 400 jetzt 250, bessere 325, 400, 500 bis 900. Säulentrumeau, Plüschsofa, Garnituren, Umbaue, Lederstühle, tiefe Kleiderschränke, Vertikos, Büfetts, Schreibtische, moderne Küchen 62—150. Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Hof, Speicher. 2739b*

Dresdenerstraße 107/108, Heinrich Stargardts Möbelspeicher, stehen zu billigsten Preisen Einrichtungen für Brautleute und Sommerwohnungen zum Verkauf. Darunter komplette Wohnungseinrichtung 150,00 an; einzelne Möbelstücke, eichene Speisezimmer, eichene Herrenzimmer, Schlafzimmer, Bibliotheken, Bücherschränke, Sofaumbauten, staunend billig, wunderbare Säulentrumeaus 30,00, Schreibtische 30,00, Ruhebetten 20,00, Kleiderschränke 24,00, Bettstellen mit Matratze 18,00, Ausziehtisch 18,00, Waschtoiletten 20,00, Taschensofas 45,00, bunte Küchen staunend billig. Nie wiederkehrende Gelegenheit. Keine Filialen, nur Hauptgeschäft und Fabriklager, Lagerung, Transport frei.

Möbel enorm billig, allergrößte Auswahl, Kastanien-Allee 56, direkt am Weinbergsweg. 2771b

Gelegenheitskauf! Gut erhaltenes mahagoni Kleiderspind, Vertiko, Sofa, Spiegel, Bettstellen, Sofatisch, Küchenmöbel verkauft billigst Höser, Dresdener Straße 124. 2118K

Säulentrumeau, Kinderwagen, Sportwagen, Spiritusgaskocher, zweiflammig, Wienerstraße 88, vorn IV rechts. †5

Ganz neue Sachen, Stube und Küche, wegen Auswanderung sofort zu verkaufen. Braun, Petersburgerstraße 31. †30

Fahrräder.

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Skalitzerstraße 40. Turmstraße 31. 1820K*

Groß-Berlins billigste Fahrräderbezugsquelle, Fahrradgroßhaus Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Arbeiter-Radfahrerbund 10 Prozent Rabatt. 1850K*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683K*

1000 Brennabor-, Adler-, Dürkopp-räder usw. 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Auch Einzelverkauf, Engrospreise. Fahrradgroßhaus Machnow, Weinmeisterstraße 14. 2048K*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, 20,00, 30,00. Schäbel, Inselstraße 13.

5000 neue Fahrräder, 35,—, 40,—, 42,—, 45,—, in elegantester Luxusausführung 75,—. (Zehnjährige Garantie.) Machnow, größtes Fahrradhaus Berlins, Weinmeisterstraße 14. Jahresumsatz zirka 10 000 Fahrräder. Tausende Anerkennungsschreiben. 2049K*

Fahrräder. 35,00, 45,00, 55,00. Riesenauswahl, langjährige Garantien. Fahrradzubehör spottbillig. Laufmäntel 1,45, 2,10. Luftschläuche 1,45, 2,00. Emaillierte Stahlfelgen 0,60. Vernickelte Lenkstangen 1,00. Gespanntes Hinterrad mit Schweinfurter Freilaufnabe und Rücktrittbremse 8,00. Freilaufnabe 4,00. Satteltaschen 0,25. Laternen 0,20. Lichtlaternen 0,25. Elektrische Laternen 0,70. Fußpumpen 0,60. Radbremsen 0,40. Kettenrad-Garnituren einschließlich Kurbeln 1,50. Schutzblech-Verlängerungen 0,40. Gebrauchte Fahrräder 10,00, 15,00, 25,00. Radreparaturen allerbilligst. Multiplex, Gitschinerstraße 15, Fabrikgebäude. Geschäftsschluß 9 Uhr. 2120K*

Herrenfahrrad, aufgabehalber, Spottpreis. Exerzierstraße 19a, II rechts. †96

Halbrenner, Stanke, Hussitenstraße 2. 2772b

Musik.

Nußbaumpianino, fast neu, spottbillig. Warschauerstraße 58, Quergebäude I. 65/20*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Pianino, hohes (Schnitzerei) 120,— Turmstraße 8, I. 71/14*

Verschiedenes.

„Volkssänger"-Gesellschaft Schmeltzer, Stettinerstraße 57. †96*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555K*

Lernt die Muttersprache beherrschen. Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kotosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Empfehle mein Restaurant und Kaffeelokal. Geöffnet von 4 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts. Warme Speisen zu jeder Tageszeit. Vereinszimmer zu vergeben. Hugo Lüdtke, Dorotheenstraße Nr. 83. 2062K

Vermietungen.

Zimmer.

Flurzimmer, möbliert, für 1 bis 2 Herren bei Witwe Wolf, Naunynstraße 58, I. †5

Möbliertes Parterre-Zimmer bis 18,00 inklusive gesucht. Offerten „Vorwärts", Prinzenstraße 31. †36

Freundlich möbliertes, kleines Zimmer, 20,00, Kaschewski, Schützenstraße 14. 2775b

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, Witwe Ulrich, Carmen-Sylvastraße 156. †71

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, Biehl, Petersburgerplatz 7. †30

Gut möblierte Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Oranienstraße 28 bei Künzel. †5

Möblierte Schlafstelle, Kuhn, Dresdenerstraße 38, vorn III. *

Möblierte Schlafstelle, separat, Grunzeck, Wilhelmstraße 143, Quergebäude IV. 2773b

Alleinige Schlafstelle Britzerstraße 82, Seitenflügel, Dremel. †36

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Witwe, Fünfzigerin, sucht Wirtschaftsstelle in kleinem Haushalt. Frau Schneider, bei Herzog, Stralau, Alt-Stralau 46. 2767b

Stellenangebote.

Deckenrohrer verlangt R. Arendt, Hohenstaufenstraße 28. †42

Walzer sucht per sofort Emil Liepmann, Goldleistenfabrik, Charlottenburg, Lützow 9. †135

Bürstenmacher, Holzwerker sucht sofort Wiesenz, Ackerstraße 133. †61

Suche Klavierspieler für ersten und zweiten Pfingstfeiertag. Borchardt, Rheinsbergerstraße 56. †61

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Redakteur

für ein täglich erscheinendes Parteiblatt zum sofortigen Antritt gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen und seitheriger Tätigkeit sind zu richten an

P. Ed. Wehder Sonneberg i. Th.

285/3*]

Achtung!

Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:

für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter**

Möbelfabrik **Saalfeld in Helmstedt.** Bautischlereien **Brand, Busch u. Weiland** in Strelitz.

Gleichzeitig ersuchen **wir** die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie die Vermittelungsbureaus **Blankenfeldestr. 4 u. Ansbacherstraße 16** streng zu meiden. Diese Bureaus bemühen sich, Arbeitswillige nach Helmstedt anzuwerben.

für **Kistenmacher:** **Kistenfabrik Drechsel,** Heinersdorfer Straße 15.

für **Korbmacher: Roesemann,** Schreinerstraße 22; **Huwe,** Friedrich-Karl-Straße 3.

Die Ortsverwaltung.

Die Mützenfabrik von

S. Gärtner & Co.

Markusstr. 50

ist **wegen Aussperrung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt!**

Zuzug ist streng fernzuhalten!

Deutscher Kürschnerverband Ortsverwaltung Berlin.

102/8*

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Auguststr. 50.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. W. Mann, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel,** Koppenstr. 83. **R. Wengels,** Andreasstr. 17.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. **J. Renl,** Barnimstr. 42.
N. **H. Raschke,** Ackerstr. 30. **F. Trapp,** Stettiner Str. 10. **Karl Marx,** Lychener Str. 123. **Karl Weitze,** Nazarethkirchstr. 49. **H. Vogel,** Lortzingstr. 37. **A. Tietz,** Invalidenstr. 124. **L. Dechand,** Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. **Weckert,** Gotzkowskystr. 29.
SW. **H. Werner,** Gneisenaustr. 72. **Dachn,** Hagelberger Str. 27.
S. **St. Fritz,** Prinzenstr. 31. **Rich. Schmidt,** Kottbuser Damm 8.
SO. **Paul Böhm,** Lausitzer Platz 14/15. **P. Horich,** Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Friedrichstr. 67.
Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6, III.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. Paul Bengsch, Grünauer Str. 8.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. August Henjes, Laufener Str. 2, I.
Pankow. Otto Ritzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Kamelestr. 12.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 7. **Conrad,** Hermannstr. 50.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Cunostr. 2.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau. Küppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. H. Berusee, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. **Schillert,** König-Chaussee 30a.
Wilmersdorf. Wirtnebel, Landhausstr. 27.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.